Beiträge
zur kurfürstlich-trierischen Politik unter Karl Kaspar von der Leyen 1652—1676.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

vorgelegt einer

Hohen Philosophischen Fakultät
der Kaiser Wilhelms-Universität
zu Straßburg

von

Jakob Lehnen
aus Hohenfels.

ACAD. LUGD. BAT. BIBL.

Trier 1914.
Buchdruckerei von Jacob Lintz.

Beiträge
zur kurfürstlich-trierischen Politik unter Karl Kaspar von der Leyen 1652—1676.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

vorgelegt einer

Hohen Philosophischen Fakultät
der Kaiser Wilhelms-Universität
zu Straßburg

von

Jakob Lehnen
aus Hohenfels.

ACAD.
GD. BAT.
BIBL.

Trier 1914.
Buchdruckerei von Jacob Lintz.

Von der Fakultät genehmigt
am 26. Juli 1913.

Dem teuren Andenken
meines Vaters.

Inhaltsübersicht.

Einleitung: Ausgang der Regierung des Kurfürsten Christoph v. Sötern 1

I. Kapitel: Karl Kaspars äußerer Lebensgang bis zu seiner Wahl. Die Aufgaben seiner äußern und innern Politik . . . 12

II. Kapitel: Des Kurfürsten Streit mit St. Maximin und dem Herzog von Lothringen auf dem Reichstag zu Regensburg 1653 und 1654 14

III. Kapitel: Karl Kaspars Anteil an den Kaiserwahlen 1653 u. 1658 24

IV. Kapitel: Des Kurfürsten Stellung zum Rheinbund u. zur Kurpfalz 33

V. Kapitel: Seine Teilnahme am Wildfangstreit und seine Politik nach der Auflösung des Rheinbundes bis 1671 53

VI. Kapitel: Karl Kaspars Politik während des zweiten Raubkrieges und seine endliche Beteiligung am Kriege gegen Ludwig XIV. 1671—79 60

Rückblick 86

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548002_0054

Verzeichnis
der hauptsächlich benutzten Literatur.

Abelin: Theatrum Europaeum. Frankfurt 1639—1738.
Baur: Philipp von Sötern, geistlicher Kurfürst von Trier. Speyer 1897.
Blattau: Statuta synodalia. Aug. Trev. 1844.
Brower et Masenius: Metropolis ecclesiae Trevericae. Confl. 1855.
Chéruel: Ligue ou Alliance du Rhin. Paris 1885.
Droysen: Geschichte der preußischen Politik. Leipzig 1855—86.
Ennen: Frankreich und der Niederrhein. Köln 1855—56.
Erdmannsdörffer: Deutsche Geschichte vom westfälischen Frieden bis zum Regierungsantritt Friedrich des Großen. Berlin 1892/93.
Frischmann: Schriften über die Kaiserwahl des Jahres 1657.
Gehrke: Joh. Philipp von Schönborn und das Marienburger Bündnis. Rostock 1888.
Goerz: Regesten der Erzbischöfe von Trier. Trier 1859—61.
Großmann: Montecuccoli (Archiv für österr. Geschichte Band 57)
Guhrauer: Kur-Mainz in der Epoche von 1672. Hamburg 1839.
Günther: Codex diplomaticus Rheno-Mosellanus. Coblenz 1822—26.
Hauck: Karl Ludwig Kurfürst von der Pfalz. Leipzig 1903.
Hontheim: Historia Trevirensis diplomat. et pragmatica. Aug. Vind. 1750.
Immich: Geschichte des Europäischen Staatensystems von 1660—1789. München 1905.
Joachim: Die Entwickelung des Rheinbundes. Leipzig 1886.
Kneschke: Neues allgemeines deutsches Adelslexikon. Leipzig 1859.
Knipschaar: Kurfürst Philipp von Sötern und seine Beziehungen zu Frankreich. Marburg 1895.
Köcher: Memoiren der Kurfürstin Sophie von Hannover 1879.
Landwehr von Pragenau: Joh. Ph. v. Mainz und die Marienburger Allianz von 1671—1672. (Mitt. d. Inst. f. Öst. G. 16.)
Leonardy: Geschichte des trierischen Landes und Volkes 1877.
Lettres de Mazarin p. p. chéruel. Paris 1872 ff.
Lundorp: Acta publica. Frankfurt.
Marx: Geschichte des Erzstifts Trier. Trier 1858/64.
v. Meiern: Acta comitialia Ratisbonensia publ. Leipz. Gött. 1738/40.
v. Meiern: Acta pacis Westphalicae publica. Hannover 1734/36.
Mentz: Joh. Philipp von Schönborn. Jena 1896/99.

Moser: Staats-Recht des Kurfürstlichen Erzstifts Trier. Leipzig und Frankfurt 1740.
Oeuvres de Louis quatorze 1806.
Pribram: Aus den Berichten eines Franzosen über den Wiener Hof. (Mitt. d. öst. Inst. 12.)
Pribram: Berichte des kaiserlichen Gesandten Franz v. Lisola. Wien 1887.
Pribram: Franz Paul Freiherr v. Lisola. Leipzig 1894.
S. de Pufendorf: De rebus gestis Friderici Wilhelmi Magni. Berlin 1695.
v. Ruville: Die Kaiserliche Politik auf dem Reichstag zu Regensburg 1653/54. Berlin 1896.
Schannat: Eiflia illustrata 1824.
Trierisches Archiv (Max Keuffer). Trier 1898 ff.
Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedr. Wilhelm. Berlin 1864 ff.
Wagner: Historia Leopold M. Aug. Vind. 1719—31.
Wild: Johann Philipp v. Schönborn Kurfürst von Mainz. Heidelb. 1896.
Wolf: Fürst Wenzel Lobkowitz. Wien. 1869.
Wyttenbach-Müller: Gesta Trevirorum 1836/39.
Wyttenbach: Versuch einer Geschichte von Trier 1810.
v. Zwiedineck-Südenhorst: Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gründung des Preußischen Königtums. Stuttgart 1894.

Aus den Beständen des Kgl. Archivs zu Koblenz verwertete ich folgende Faszikel:

Kurtrier Geheim-Kabinett: 44, 50, 50a, 51, 52.
Verhältnis zum Domkapitel: 1, 5.
Auswärtige Verhältnisse: 54, 70, 78, 104, 105, 108, 271 IV, 289. Mehrere Faszikel in dieser Rubrik hatten fast ausschließlich Berichte, die in Chiffernschrift niedergelegt waren. Ihre sehr langwierige Entzifferung brachte aber kaum nennenswerte Resultate.
Verhältnis zu Kaiser und Reich: 1, 7, 10.
Reichstagssachen: 7.

Beiträge zur kurfürstlich trierischen Politik unter Karl Kaspar von der Leyen.

1652—76.

Der Regierungsantritt des Kurfürsten und Erzbischofs von Trier Karl Kaspar von der Leyen fällt in eine politisch trübe Zeit. Soeben war in dem westfälischen Frieden dem dreißigjährigen Kriege ein Ende gesetzt worden, der dem heiligen römischen Reiche deutscher Nation fürchterliche Wunden geschlagen hatte. Hatte man auch das Erscheinen des jugendlichen schwedischen Eroberers, des Königs Gustav Adolf, als einen Hoffnungsstrahl für den am Boden liegenden Protestantismus begrüßt, so lehrte die Folgezeit, daß es dem nordischen Helden weniger um das hohe Ideal eines Vorkämpfers der protestantischen Sache zu tun war, als um die Verfolgung politischer Zwecke, die Begründung einer schwedischen Großmacht unter dem Hause Wasa.

Die politische Lage des deutschen Reiches schien überdies diesem Vorhaben sehr günstig, denn in dem westlichen Nachbarn, dem mächtigen Frankreich, war unter Ludwig XIII. und seinem allgewaltigen Minister Richelieu dem Reiche ein Widerpart erstanden. In heißem Kampfe gegen die territorialen Bestrebungen des Adels war dort eine starke Zentralgewalt geschaffen worden. Es war eine festgefügte, bis in das Kleinste ausgearbeitete Staatsmaschine, mit welcher der jugendliche, tatendurstige König den so lang ersehnten Stoß gegen die Casa d'Austria als aussichtsreich unternehmen konnte.

Ein geeintes Deutschland wäre gegen diese beiden von Norden und Westen anstürmenden Feinde wohl gefeit gewesen. Der Kaiser war sich seiner Pflicht bewußt, aber die deutschen Fürsten waren durch

unseligen Religionshader gespalten, unter dem ihr nationales Empfinden mehr und mehr gelitten hatte. Deutschlands Gaue lockten und seine reichen, fruchtbaren Gefilde waren ein köstlicher Kampfpreis. Zwar hatten die im Innern Deutschlands gelegenen Gebiete auch schwer unter der erdrückenden Last des Krieges zu leiden, aber diesem Verhängnis war der Westen und Süden in noch viel größerem Maße preisgegeben. In den Tälern der Mosel, des Rheines und des Neckar hauste die rauhe Soldateska jahrelang, verübte entsetzliche Greueltaten und viehische Roheiten.

Wohl suchten die Territorialherren, soviel es in ihrer Macht lag, den Schrecknissen und Brutalitäten zu steuern und zu wehren, aber in den meisten Fällen waren ihre Anstrengungen erfolglos; Land und Leute mußten schutzlos der dahinfahrenden Kriegsfurie preisgegeben werden. Von diesem Schicksale wurde vor allem das Kurfürstentum Trier betroffen. Sein Kurfürst hatte nie den Versuch gemacht, dem schwer bedrückten Lande auch nur leidliche Sicherheit zu verschaffen; nein, ein Verräter an der guten, nationalen Sache, hatte er sich in die Arme des feindlichen Nachbars im Westen geworfen und sein Bistum für länger denn zwanzig Jahre zum Tummelplatz der französischen und der mit ihnen im Bunde stehenden schwedischen Völker gemacht. Der Kurfürst von Trier, Philipp Christoph von Sötern[1], hatte sich infolge seiner absolutistischen Regierungsideen zu seinem Domkapitel in scharfen Gegensatz gestellt und in diesem Kampfe die Hülfe Frankreichs in Anspruch genommen.

Nur zu bereitwillig nahm die französische Regierung das Anerbieten an, bot sich doch so Gelegenheit, in die deutschen Verhältnisse einzugreifen. Sie ließ ihre Truppen in das trierische Erzstift einrücken und die vom Kurfürsten eingeräumten festen Plätze Koblenz, Trier und Ehrenbreitstein besetzen.

Über diese reichsverräterischen Maßnahmen empört, wandte sich das Domkapitel an den Kaiser; das hatte den Einmarsch der österreichischen und spanischen Regimenter in das Erzstift zur Folge. So war dieses vollständig der Willkür kriegslustiger Horden preisgegeben. Den Kaiserlichen gelang es zwar, das Erzstift zu behaupten und den Kurfürsten unschädlich zu machen — er wurde 1635 als Gefangener

[1]) Knipschar, Kurfürst von Sötern und seine Beziehungen zu Frankreich. 1895. Seite 16 ff.

nach Wien gebracht und dort in zehnjähriger Haft behalten — aber auch nach seiner Rehabilitierung im Jahre 1645 war Ruhe und Sicherheit dem Lande nicht beschieden. Von neuem warf sich der Erzbischof in die Arme der französischen Politik und ließ von Frankreich Truppen in das „spaniolisierte und österreichische Land" werfen und es bis aufs Blut aussaugen. Das arme Volk seufzte schwer unter dem Druck der Einquartierungen, der Kriegskontributionen und Durchzüge. Auch nach dem westfälischen Frieden herrschte in dem Erzbistum keineswegs Ruhe und Ordnung. Abgesehen davon, daß der Kurfürst in seinem Starrsinn den Frieden nicht anerkennen wollte und die fremden Truppen weiter im Lande hausten, verfolgte er in der innern Landespolitik Wege, die schließlich das Einschreiten des Kaisers und des in Nürnberg tagenden Reichskonventes veranlaßten.

Philipp von Sötern hatte nämlich die Durchführung des in den dreißiger Jahren begonnenen und durch die zehnjährige Gefangenschaft unterbrochenen Fideikommisses (auch Philippische Hospita genannt) wieder in Angriff genommen. Er entzog den Adligen größere und kleinere Gebiete und brachte sie an sein Haus. Da das Domkapitel, von dem einzelne Mitglieder selbst mehr oder weniger durch die Konfiskation geschädigt wurden, hierzu seine Zustimmung versagte, ging der Kurfürst mit Gewaltmaßregeln vor. Die Mehrzahl der Kapitulare wurde verbannt und suchte in Köln Zuflucht. Gegen die Reichssatzungen und Rechte des Domkapitels ernannte der Kurfürst im Jahre 1649 den Grafen von Reiffenberg zum Koadjutor. An die Stelle der verbannten Kapitulare, die alle adlig sein mußten, nahm er solche auf, die aus bürgerlichen Kreisen stammten[1]).

Hierbei fand er bei Frankreich Unterstützung, das im Winter 1649—50 den General Rose in das Erzstift einrücken ließ[2]). In seiner Bedrängnis rief das Domkapitel den Kaiser und den Reichskonvent um Hilfe an. Dieser übertrug die Angelegenheit einer Kommission, die aus Kur-Köln, Mainz und dem Bistum Bamberg bestand. Sie trat im April 1650 ihr Amt an und brachte bis zum 23. August eine endgültige Regelung zustande. Der Kurfürst gab gemäß diesem

---

[1]) Siehe Leonardy: Geschichte des trierischen Landes. Seite 752—790.

[2]) Siehe Knipschar: Christoph von Sötern und seine Beziehungen zu Frankreich. Seite 62 ff. — K. u. K. Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien. Geistl. Wahlakten. Erzstift Trier. Packet A/3 Faszikel 41.

Kommissionsbeschluß eine Reihe von Gebieten, Gütern, Rechten und Gefällen zurück[1]).

Sodann mußte von Sötern die Wahlkapitulation in allen Punkten anerkennen und sich der Teilnahme des Domkapitels an der Regierung fügen. Er verpflichtete sich, alle seine Mitglieder wieder in Gnaden aufzunehmen und keine Regierungshandlung ohne des Domkapitels Zustimmung auszuüben. Philipp von Sötern konnte infolge seines hohen Alters die Amtsgeschäfte nicht mehr allein führen und wünschte einen Koadjutor. Das Domkapitel zeigte sich seinem Wunsche willfährig. Der Koadjutor aber mußte den Rechten des Kapitels entsprechend aus seiner Wahl hervorgehen und erhielt bei dem Tode des Kurfürsten das Recht der Nachfolge. Diese Bedingungen nahm von Sötern an und setzte den Termin zur Eröffnung des Wahlverfahrens auf den 23. April fest. Monatelang jedoch zog sich die Sache hin, die gepflogenen Beratungen wollten nicht zu greifbaren Ergebnissen führen. Papst und Kaiser, die Kurfürsten wie auch Frankreich mischten sich hinein, sei es, daß man wie der Kaiser auf die Hinausschiebung der Wahl ausging[2], sei es, daß man sich maßgebenden Einfluß auf die Wahl selber zu verschaffen suchte. Die Angelegenheit schien überhaupt nicht in Fluß kommen zu wollen. Endlich führte von Sötern die Entscheidung herbei, indem er den Wahltermin auf den 11. Juli festsetzte[3]). Es mochte wohl der Kurfürst, der sich unter dem Drucke der Reichskommission mit dem Kapitel scheinbar ausgesöhnt hatte, jetzt in der frohen Hoffnung leben, nun in Güte das zu erreichen, was ihm trotz Gewaltmaßregeln nicht gelungen war: nämlich die Wahl eines Koadjutors nach seinem Sinne

[1]) 1. Das vom Erzstift im Amt Grimburg bisher beanspruchte Haus und Amt Hunolstein, die Gemeinschaft Merzig und Saarburg.

2. Dem Domkapitular Husmann die zu der Dompropstei Trier und Propstei Lüneburg gehörigen Renten und Gefälle.

3. Dem Obrist Chorbischof Hugo Friedrich von Eltz die vorenthaltenen Archidiakonalgefälle, den eltzschen Hof zu Koblenz, 700 Reichsthaler.

4. dem Archidiakon von Koppenstein das auf dem Haus Hunolstein vorhandene Vieh und die Mobilia.

5. Dem Domscholastiker Emmerich von Metternich den metternichschen Hof zu Trier mit den Pertinentien und Gütern zu Zell und Merl, beide Personaten zu Rief und Vallendar, dann die Forderungen zu Winneburg und Beilstein.

6. Freiherr von der Leyen den Wert der Weingärten zu Koblenz. Kgl. St. A. K. Geheim. Kabinett. Personalia 50/51.

[2]) K. u. K. H. H. u. St. A. W. G. Wahlakten (Trier). Fasz. 41

[3]) Kgl. St. A. Cobl. Geheim. Kabinett. Personalia 50/51.

leiten zu können. Für ihn kamen drei Kandidaten besonders in Betracht, nämlich die Grafen Cratz von Scharfenstein, von Fürstenberg und von Eltz[1]). Für die beiden ersten trat Frankreich bei dem Kurfürsten ein, da es in ihnen gefügige Werkzeuge zu haben glaubte. Allmählich fanden die Vertreter der benachbarten Fürsten und Stände sich in Trier ein. Als Vertreter des Kaisers erschien Generalfeldmarschall Melchior von Hatzfeld[2]). Am 2. Juni gab das Domkapitel formell die Kundgebung an die trierische Bürgerschaft, daß der Kurfürst für sich einen Koadjutor wünsche. An alle in Trier anwesenden und abwesenden Domkapitulare erging sodann eine Einladung zu einer Vorbesprechung der Wahl und der Kapitulation[3]).

Die Zusammenkunft wurde auf den 25. Juni festgelegt. Am 24. Juni erschien auch der päpstliche Nuntius in Trier. Der Morgen des 11. Juli, auf den die Wahl festgelegt war, brach an. Gegen 9 Uhr versammelten sich die Domkapitulare im Kapitelsaale. Der Akt begann mit dem Gesang: „Veni sancte Spiritus". Hierauf wurde ein Direktorium gewählt und zwei Schriftführer. Jenes bestand aus dem Archidiakon Grafen von Eltz, dem Scholastiker von Metternich und Johann Philipp von Waldersdorff. Diese waren Heinrich Saarburg und Johann Fusinger. Der Vorsitzende verlas die an die abwesenden Domkapitulare abgesandten Schreiben. Sodann trat man in die Besprechung der bei der Wahl üblichen Formalitäten ein. Nach langen Beratungen einigte man sich auf die geheime Abstimmung. Noch einmal wurde auf die Bedeutung des Augenblicks und die Verpflichtung hingewiesen, daß der, dem die Mehrzahl der Stimmen zufiele, als Koadjutor anzusehen sei. Graf von Eltz verlas noch einmal den Hymnus „Veni sancte Spiritus" und man schritt zur Abstimmung. Die ge-

[1]) Dies geht aus dem Schreiben an Karl Kaspar von der Leyen vom 25. IV. 1650 hervor. K. u. K. H., H. u. St. A. Wien. Geistl. Wahlakten. Faszikel 41.

[2]) Schreiben des Domkapitels an den Kaiser 31. VII. 1650; K. u. K. St. Wien. Faszikel 41.

[3]) Nos Praepositus decanus . . . . . notum facimus, quod Em. Dominus noster grandenv aetate corporis viribus destitutus lecto affixus petierit sibi a nobis, ex capitulo nostro Coadjutorem cum futura spe successionis eligi et desuper eum in finem litteras sui consensus originales manu propria subsignatas et sigillo consueto corroboratas nostro concessu tradi curavit. Unanimiter consulto duximus absentes Dominos capitulares conscribere ad diem 25. 6. pro matura consultatione et conclusione, quibus modis materialia capitulationis domini Coadjutoris eligendi cooptanda et inseranda sint. Kgl. St. A. Kobl. Geheim. Kabinett. Person. 50/51.

schlossenen Zettel wurden vom Direktorium gesammelt und das Resultat laut verkündet. Eine Einstimmigkeit zeigte sich nicht[1]).

Es hatte Scharfenstein 6 und der Domsänger Carl Caspar von der Leyen 9 Stimmen. Dieser war durch Krankheit verhindert gewesen, persönlich an der Wahl teilzunehmen. Das Direktorium begab sich zu ihm an das Krankenlager und ließ sich seine Stimme geben. Er gab seine Meinung dahin ab, daß er dem von der Mehrzahl Gewählten seine Stimme sichere[2]). Auf die Anfrage des Dekans von Eltz, ob die Wahl verkündet werden solle oder ob man zu einer Neuwahl schreiten solle, entstand eine heftige Aufregung im Domkapitel; diejenigen, die für Carl Caspar v. d. Leyen gestimmt, waren in der Mehrzahl und verlangten die Bekanntmachung. Die übrigen erhoben entschiedenen Protest. Gegen den Ausfall protestierte aufs heftigste Graf Cratz von Scharfenstein[3]). Ihm schlossen sich seine Parteigänger an und zeigten ihre Unzufriedenheit dadurch, daß sie sich von ihren Sitzen erhoben und in einem Vorzimmer verschwanden. Das Direktorium zog sich zur Beratung zurück und kam zu dem Beschlusse, die Wahl, falls sie von dem Domsänger Carl Caspar angenommen werde, zu verkünden. Wiederum begaben sich von Eltz, von Metternich und von Waldersdorff zu v. d. Leyen und stellten an ihn die offizielle Anfrage, ob er die auf ihn gefallene Wahl annehme[4]). Er gab eine bejahende Antwort. Nach ihrer Rückkehr wurde die Wahl des neuen Koadjutors verkündet. Johann Philipp v. Waldersdorff und Johann Konrad v. d. Leyen begaben sich zum Kurfürsten von Sötern, Karl Heinrich Baron v. Metternich und Damian Hartardt v. d. Leyen zum Gesandten des Kaisers, v. Metternich zum päpstlichen Nuntius, um ihnen das Ergebnis der Wahl mitzuteilen. Obgleich an der Rechtmäßigkeit und Unantastbarkeit der Wahl nicht der geringste Zweifel bestand, so erhob doch der Kurfürst Christoph v. Sötern Protest dagegen. Er veröffentlichte alsbald einen scharfen Einspruch gegen die Wahl des neuen Koadjutors und übersandte dem Papste ein Memorial,

[1]) Kgl. St. A. Koblenz. Geh. Kabinett. Personalia 51.

[2]) Post ea, cum dominus cantor adversa valetudine utens comparare non potuit domini scrutatores cum dom. testibus et notariis processerunt ad . . . . . cui in lecto decumbenti intentio dominorum scrutatorum per dominum archidiaconem Cratz indicta fuit, qui declamat . . . . . quo promittant, quem ipsi elegerint, quod ipse eo contentus sit et votum suum ipsi det.

[3]) cui publicationi ut invalidae omni modo et forma et contradicendo protestat.

[4]) Kgl. St. A. Cobl. Geheimes Kabinett. Personalia 51.

in dem die Wahl und die Qualifikation des Neuerwählten in den heftigsten Worten angegriffen wurde[1]). Das Eintreten des Kurfürsten für den Grafen Scharfenstein ermutigte diesen, nun auch selbst seinen bei der Wahl gemachten Einspruch wieder aufzunehmen und für seine Wahl Propaganda zu machen.

So war wieder der Grund zu Zwistigkeiten gelegt, die rasch über die Grenzen des Bistums hinaus ihren Schatten ins Reich und bis nach Frankreich warfen. Allerdings war hier die Regierung mit inneren Wirren vollauf beschäftigt und konnte nicht für ihren Schützling eintreten. Für den Augenblick war somit wenigstens die Gefahr kriegerischer Verwickelungen geschwunden. Die französischen Vertreter Courval und Vautorte waren bei der Wahl zu spät erschienen und konnten nur noch von der vollzogenen Wahl Kenntnis nehmen. Ihre Begeisterung für den Grafen Cratz v. Scharfenstein schien im übrigen stark abgenommen zu haben und die vollzogene Wahl auch ihnen nicht so ganz unangenehm zu sein.

„Ich konnte", so schrieb Vautorte an Brienne, „den Befehl nicht „ausführen, welchen ich brieflich erhalten habe, nämlich bei der Wahl „anwesend zu sein, weil sie schon geschehen war und es nichts mehr „zu verhandeln gab. Ich bin der Ansicht des Kollegen Courval in diesem „Punkte, daß es nur v. d. Leyen ist, welcher von Mainz gewünscht, „und daß er Frankreich weniger unbequem ist als der Graf Cratz, der „vom Kurfürsten von Trier gewünscht wird."

Die Mehrheit des Domkapitels stand auf der Seite Carl Caspars v. d. Leyen und hielt an dessen Wahl fest. Es richtete an den Kaiser und Reichskonvent eine Eingabe, in der es die Bestätigung des rechtmäßig gewählten Koadjutors nachsuchte[2]). Auch dieser wandte sich in einem längeren Memorial an den Kaiser[3]), um von ihm auf Grund

---

[1]) K. u. K. H. H. St. A Wien. Geistl. Wahlakten. Trier. Faszikel 41.

[2]) Schreiben des Domkapitels an den Kaiser 14. XI. 1650. K. u. K. H. H. St. Wien. Geistl. Wahlakten. Fasz. 41.

[3]) Schreiben v d. Leyen an den Kaiser, Oktober 1650. Er berief sich in seinem Briefe auf die Rechtmäßigkeit der Wahl, auf sein Alter, auf seine Verdienste und auf die stets bewährte treue Anhänglichkeit seines Hauses an den Kaiser, vor allem auf seinen Ahnen Johann v. d. Leyen, der von 1556—1567 Erzbischof von Trier war. Auch bat er den Kurfürsten Johann Georg von Sachsen, sich beim Kaiser für ihn zu verwenden. Vom 16. VIII. 1650. K. u. K. H. H. und St. Wien F. 41. Das diesbezügliche Schreiben Sachsens an den Kaiser vom 26. VIII. 1650. K. u. K. H. H. u. St. Fasz. 41.

der rechtmäßigen Wahl des Kapitels seine Konfirmation als Koadjutor zu erhalten. Sobald jedoch sollte die Wahlangelegenheit noch nicht zur Ruhe kommen. Des Kaisers Bestätigung ließ lange auf sich warten. Der päpstliche Nuntius, der sich von Trier nach Aachen begeben hatte, war trotz erneuten Bittens seitens des Domkapitels nicht dazu zu bewegen, den bei der Wahl gebräuchlichen „processum informationum" vorzunehmen und er begründete dies dadurch, daß es sich hier nicht um den Fall „sede vacante" handele, „daß es diesenfalls ein Unter-„schied wäre unter den ordinariae electiones, welche sede vacante, und unter denen, welche vivente episcopo in coadjutoriis vorgenommen würden[1])." Sobald ihm die Erlaubnis hierzu gegeben werde, würde er die Regelung der Angelegenheit einer Kommission übertragen. Zwar versuchte v. d. Leyen, der soeben schwer leidend von dem Nürnberger Deputationstage zurückgekehrt war, persönlich den Nuntius in Aachen zur beschleunigten Erledigung der Wahlangelegenheit zu bestimmen, aber auch er mußte unverrichteter Sache zurückkehren. So blieb es eine Zeitlang bei diesem unhaltbaren Zustande. Endlich nahm sich auch der Nürnberger Reichskonvent der Sache an und ersuchte den Kaiser, energische Maßregeln gegen den Kurfürsten zu ergreifen und gegebenen Falls gegen ihn in contumaciam vorzugehen[2]). Doch dessen sollte es nicht mehr bedürfen: die Nachricht von dieser Reichsresolution verfehlte ihre Wirkung nicht auf den Grafen Cratz v. Scharfenstein. Unter ihrem beängstigenden Eindrucke gelang es dem Einflusse seines Freundes, des Kaiserlichen Generalfeldmarschalls von Hatzfeld, ihn von der Aufrechterhaltung seiner Ansprüche auf die Anerkennung seiner Wahl als Koadjutor abzubringen. Anfangs des Jahres 1651 erfolgte endlich die kaiserliche und päpstliche Bestätigung, und somit war die Wahl Carl Caspars von der Leyen zum Koadjutor des Erzbischofs von Trier cum jure successionis endgültig erledigt.

Untersuchen wir nun, weshalb der Kurfürst von Sötern so zäh an der Wahl des Grafen Cratz von Scharfenstein festhielt, so kann etwa eine französische oder antiösterreichische Gesinnung des Grafen nicht in Betracht kommen[3]). An seiner gut österreichischen Gesinnung

[1]) Zu jenen könnten „nuntii apostolici vigore nuntiaturae" das Examen alsobald vornehmen, in diesem aber nicht ohne päpstlichen Auftrag.

[2]) K. u. K. H. H. St. Wien. Geistl. Wahlakten. Fasz. 41.

[3]) Vergleiche: Leonardy, Geschichte des Trierischen Landes und Volkes Seite 787. — Vergleiche Schreiben des Cratz v. Scharfenstein an den Kaiser vom 20. Juni 1650. K. u. K. H. H. St. Wien. Geistl. Wahlakten. F. 41.

bestand kein Zweifel. In österreichischen Dienst getreten, war er 1628 zum Reichshofrat ernannt, ein begeisterter Parteigänger des Kaisers geblieben. Er war vom Kaiser als Kurfürst von Mainz ausersehen und erst dann fallen gelassen worden, als die freie Wahl des Domkapitels gegen ihn ausfiel. Sein Verhältnis zu Frankreich wird am besten durch seine eigenen Worte beleuchtet: „Ich will bezeugen mit „dem gütigen, allwissenden Gott, daß nach der Wahl zu Mainz mir „solche Offerten a coronae Galliae ministris an Geld und Mitteln, zu „hiesiger Coadjutorie durch Beistand des Herzogs von Longeville zu „gelangen, anerboten, die sich mit meinem Gewissen zum zweitenmal „und öfters constructissime abgeschlagen, et que j'avais une aversion „vers le roi de ne point vouloir accepter une gratification."

Es waren lediglich Familieninteressen, die den Kurfürsten zur Aufrechthaltung der Wahl des Grafen Cratz von Scharfenstein bestimmt hatten. Während letzterer als Kur-Mainzischer Gesandter an den Verhandlungen des westfälischen Friedens teilnahm, hatte des Kurfürsten Neffe die Nichte des Grafen von Scharfenstein geheiratet[1]. Von Sötern glaubte nun wegen dieser verwandtschaftlichen Beziehungen, an dem Grafen von Scharfenstein ein gefügiges Werkzeug seiner politischen Bestrebungen zu haben.

Durch die Wahl von der Leyens wurde des Kurfürsten Tätigkeit mehr oder weniger lahm gelegt. Altersschwäche und ein schwerer Gelenkrheumatismus warfen ihn aufs Krankenbett. Infolgedessen mußte er die Zügel der Regierung Carl Caspar v. d. Leyen überlassen, einem Manne, gegen den seine Mißstimmung und sein persönlicher Haß von Tag zu Tag zunahm. Anfänglich versuchte der Kurfürst scheinbar unter dem Deckmantel kollegialer Freundschaft seinen Koadjutor ins Fahrwasser der französischen Politik hineinzuziehen[2]. Dieser blieb jedoch den Versuchungen gegenüber standhaft. Der Kurfürst versuchte es nun mit Drohungen und erklärte, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln in Rom die Wahl des Koadjutors rückgängig zu machen, falls er sich Frankreich nicht nähern wolle[3]. Zu Anfang des Jahres 1651 verbreitete sich das Gerücht, daß der Kurfürst wieder in engere

[1]) K. H. H. und St. zu Wien. Geistl. Wahlakten, Erzstift Trier. Fasz. 41. Schreiben des Grafen an den Grafen Kurz vom 20. Juni 1650.

[2]) K. u. K. H. H. St. Wien. Trier. Fasc. 41.

[3]) 19. II. 1651 schrieb Carl Caspar v. d. Leyen an den Kaiser: „Sonsten Seine Kurfürstlichen Gnaden alleräußerst mitzutun der französische Ministern zu Rom meine Konfirmation zu hintertreiben, mit dieser Unterrichtung und

Beziehungen zu Frankreich treten wollte[1]). Der Koadjutor ließ daraufhin den Briefwechsel des Kurfürsten überwachen, da er nach all den bisherigen Erfahrungen befürchten mußte, daß v. Sötern mit französischer Hülfe ihn zwingen würde, sich neutral zu verhalten. In der Tat wurden auch mehrere Briefe aufgefangen, die diese Befürchtungen in vollem Umfange bestätigten[2]). Von der größten Bedeutung war es jedoch, daß ein Schreiben an den Kardinal Pancirollo abgefaßt wurde, aus dem klar hervorging, daß v. Sötern sich mit dem Gedanken trug, sein Erzstift vom Reiche los zu reißen und an Frankreich zu bringen, um sich hierfür mit dem Titel eines Erzkanzlers von Gallien zu schmücken. Sofort legte C. C. v. d. Leyen das Schreiben dem Domkapitel vor, dieses übersandte es dem Kaiser Ferdinand III und richtete zugleich an die Reichsdeputation die Bitte, auf Grund dieser hochverräterischen Anschläge gegen den Kurfürsten vorzugehen[3]). Der Reichskonvent gab dem Antrag des Koadjutors und des Domkapitels statt und forderte den Kaiser auch seinerseits auf, gegen den Kurfürsten

---

Vorwandt mich pro coadjutore nimmer anzuerkennen wolle noch wurde, bis dahin die mit der Krone Frankreich habende und bisherende unterhaltene Neutralität acceptieren und eingehen tate, wozu ich über die zum öftern mir beschehene Zumutung keineswegs verstehe, noch davon wissen wolle, auch ohne Euerer Kaiserlichen Majestät allergnädigst Vorwissen und Consens desfalls nicht das geringste eingehen noch nicht berichten lassen werde." K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trier. Fasz. 41.

[1]) Schreiben des Domkapitels an den Kurfürsten vom 25. I. 1651: „Euer Kurfürstlichen Gnaden ist zu demonstrieren welchen Gestalt in als außerhalb des Erzstiftes ein öffentlich Ruf und Meinung geht, daß Euer Kurfürstlich Gnaden sich abermals um Kriegsassistenz und Sukkurs am Königlich französischen Hof bewerben". K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trier. Fasz. 41.

[2]) Am 23. I. 1651 gelang es dem Kommandanten von Trier, eines Schreibens des Kurfürstlichen Agenten zu Paris Escapolier habhaft zu werden. Der Agent berichtet, daß er ihro Kurfürstlich Gnaden Schreiben empfangen hätte und wollte gern den begehrten Succurs solicitiert haben. Es sei aber seither wegen Verwirrung der Geschäfte am königlichen Hof nicht auszurichten gewesen, weilen aber sich nun zur Ruhe schickete, wollte er nit unterlassen, die Sache bestens zu treiben und bevor er Mr. Servient deshalben anspreche mit Mr. Vautorte (den er allezeit ihro Kurfürstlichen Gnaden wohl geneigt verspürt) daraus reden, nicht zweifelnd ihro Kurfürstlichen Gnaden alle Satisfaction widerfahren würde. K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trier. F. 41.

[3]) Schreiben des Domkapitels an den Kaiser. 30. I. 1651. — Schreiben des Domkapitels an den Kaiser. 28. II. 1651. K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trier. F. 41.

als Hochverräter einzuschreiten. Jedoch der Kurfürst Johann Philipp von Mainz erklärte, daß ein Kurfürst nur von Kurfürsten gerichtet werden könnte, und meinte auch, man solle die Sache auf den nächsten Reichstag vertagen. Dieser aber trat erst nach dem Tode des Kurfürsten von Sötern zusammen, und so blieb die ganze Angelegenheit auf sich beruhen. Es hatten im übrigen die physischen Leiden des 86jährigen Greises stark zugenommen, so daß er auch seine Korrespondenzen aufgeben und sich unter der strengen Bewachung seines Koadjutors in sein Schicksal ergeben mußte. Von der Leyen hatte von Rom die päpstliche „administratio ex causa necessaria senii et continui morbi" erhalten. Obschon das Domkapitel in einem längeren Memorial den Kaiser von der Notwendigkeit zu überzeugen suchte [1]), so war von ihm die Übertragung der weltlichen Regierung nicht zu erlangen, weil er glaubte, in diesem Falle Frankreich allzusehr zu affrontieren, wenn er den Franzosen-Schützling vollständig aller weltlichen Macht entkleidete. „Des Kurfürsten „Leibesgebrechen und pas-„siones zur Rachsüchtigkeit und andern Extremitäten" nahmen in „erschreckender Weise zu. Um Kirchen- und weltliche Angelegenheiten kümmerte er sich nicht mehr." Mit keinem Reichsstand und Kurfürsten hatte er mehr Verkehr. Auch einem erneuten Gesuche des Domkapitels schenkte der Kaiser kein Gehör [2]). Er war wohl des Glaubens, daß die Tage des 87jährigen Mannes nicht mehr lange währen konnten. Zu einer Aussöhnung mit Carl Caspar von der Leyen kam es nicht. Die strenge Überwachung seitens des „unwürdigen und unfähigen" Koadjutors, hatte die Abneigung des am Rande des Grabes stehenden Greises zu blindem Haß gegen ihn gesteigert. „Zuvor „ich den gemelten Herrn Carl Caspar von der Leyen aus einem wissent-„lichen Feind zum Freund mache, eher soll solcher Todvogel mir ins „Haus geführt und schädlicher serpens in sinum hineingeschickt werden, „welcher vielen Kurfürsten zu böser Consequenz gereichen und ex „iusto iudicio Dei wachsen wird" [3]). Nicht lange mehr sollte es dauern, da erschien der „Todvogel", um ihn von der Bühne der Welt abzurufen. Am 4. Februar 1652 schied er aus diesem Leben, „um im

---

[1]) Schreiben des Domkapitels an den Kaiser 22. V. 1651. K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trier F. 41.

[2]) Schreiben des Domkapitels an den Kaiser vom 20. VIII. 1651. K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trier. F. 41.

[3]) Eigenhändiges Schreiben J. Chr. v. Sötern an den Kaiser. Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Gerichtsakten.

Tode die Ruhe zu finden, die er im Leben nicht finden konnte," weil er sie nicht finden wollte[1]). Von Niemand wurde das Hinscheiden des Kurfürsten als Verlust bedauert. Das unter der despotischen Regierung gequälte Volk faßte jetzt endlich unter dem Nachfolger Hoffnung auf bessere Zeiten. Mit begeisterter Freude wurde der Regierungsantritt des neuen Kurfürsten in der ganzen Erzdiözese begrüßt[2]). er wurde als der Bringer des langersehnten Friedens gepriesen und seine Thronbesteigung als das Morgenrot einer besseren Zeit angesehen.

Im Folgenden soll versucht werden die Wirksamkeit v. d. Leyen's zu würdigen. Bei der Lösung dieser Aufgabe wird man mir, dem Anfänger, Nachsicht nicht versagen. An den Lücken, die der Arbeit anhaften, trage ich die Schuld nicht allein. Das Quellen-Material ist stellenweise sehr dürftig, oft fehlt es ganz. Deshalb war es mir nicht möglich, ein anschauliches, ausgemeißeltes Bild zu schaffen von dem Menschen, dem geistlichen Würdenträger und dem Landesherrn. Meinem jahrelangen Bemühen, reicher fließende Quellen zu erschließen, blieb nur zu oft der Erfolg versagt. Die Archive zu Koblenz, Düsseldorf, Münster i. W., Luxemburg und Wien und die Bibliotheken zu Trier und Köln boten keineswegs immer lückenlose Unterlagen für die Darstellung der äußeren Politik. In Brüssel fand sich kein Material, das für die Arbeit in Betracht kam. Das von der Leyen'sche Hausarchiv auf Schloß Waal in Unterfranken öffnete mir seine Pforten nicht. Zwei schriftliche Gesuche an den Fürsten von der Leyen blieben unbeantwortet, eine Unnahbarkeit, die nicht gerade vorteilhaft absticht gegen die Zuvorkommenheit, mit der mir Gelehrte und die Verwaltungen der genannten Archive und Bibliotheken sonst entgegentraten. Herr Dr. Frankl aus Wien besaß die Liebenswürdigkeit, das reichhaltige Material im K. u. K. Haus-, Hof- und Staatsarchiv einzusehen und mir eine Abschrift der in Betracht kommenden Akten anzufertigen.

I. Kapitel.

Karl Kaspars äußerer Lebensgang bis zu seiner Wahl. Die Aufgaben seiner äußern und innern Politik.

Karl Kaspar erblickte im Jahre 1618 das Licht der Welt. Er stammte aus dem hochangesehenen und begüterten reichsfreiherrlichen Geschlechte der v. d. Leyen. Der Stammsitz der Familie war Gondorf an der Mosel. Über die Jugendjahre Karl Kaspars wissen wir

[1]) Knippschar S. 66. — [2]) Vergleiche Leonardy Seite 790.

so gut wie nichts. Er teilte das Los der nachgeborenen Söhne adliger Familien und wurde zum geistlichen Stande ausersehen. Das Kurfürstentum Trier, bei dem vor und nach ihm geistliche Glieder seiner Familie Unterkunft fanden, war dazu bestimmt, ihm eine auskömmliche und standesgemäße Stellung zu verschaffen. Von seiner Erziehung und Ausbildung ist wenig bekannt. Es ist anzunehmen, daß er die damals bei den Theologen übliche Bildung in sich aufnahm. Größere Reisen, die seinen Gesichtskreis zu erweitern imstande gewesen wären, machte er wegen der unruhigen und gefahrvollen Zeit des 30jährigen Krieges wohl nicht. Zum Priester geweiht, versah er zuerst längere Zeit das angesehene Amt eines Domsängers an der Trierer Kirche. Im Jahre 1650 wurde er, wie schon erwähnt, zum Koadjutor des Kurfürsten von Sötern gewählt. Nach dessen Tode im Jahre 1652 führte er Zepter und Hirtenstab bis zu seinem Ableben im Jahre 1676. Die Lösung schwieriger Aufgaben harrte seiner in der äußern und innern Politik. Sein Vorgänger hatte es durch seine absolutistischen Neigungen mit Domkapitel und Untertanen verdorben. Seine Pflicht war es, die Beziehungen zu beiden zu bessern. Dies konnte er nur erreichen, wenn er die verbrieften Rechte beider respektierte. Das Land hatte im 30jährigen Kriege nicht zuletzt durch die Schuld des Vorgängers furchtbar gelitten. Diese Schäden zu heilen, war die dringendste Aufgabe. Zunächst galt es, das Volk wieder an Haus und Hof zu binden und an eine geordnete Lebensführung zu gewöhnen. In Stadt und Land wurden Kommissionen zur Untersuchung der baulichen Zustände eingesetzt und der Wiederaufbau der Häuser und Gehöfte innerhalb Jahresfrist befohlen. Gleich in den ersten Monaten nach seinem Regierungsantritt berief der Kurfürst die Landstände zusammen, die vom 5. bis 25. Juni 1652 in Koblenz tagten. Laute Klagen erschollen hier von allen Seiten über die Ritterschaft und das Raubgesindel, das immer noch nicht das Land zur Ruhe kommen ließ und den Landmann von der Wiederaufnahme der Landbestellung abschreckte. Die schärfsten Maßnahmen wurden gegen diese Greuel auf dem Landtage beschlossen und strengste Durchführung der alten Gerichtsordnung den einzelnen Ständen zur Pflicht gemacht, bis die vom Kurfürsten angekündigten neuen Rechtssatzungen erschienen und in Kraft träten. So war wenigstens der Anfang zur Wiederherstellung der Ordnung gemacht. Wenn auch mühsam und nicht ohne Kämpfe und Reibereien mit einzelnen Adligen, so brachte es doch die unermüdliche Tatkraft des Kurfürsten dahin, allmählich leidliche Zustände zu schaffen und Ruhe

und Sicherheit wiederherzustellen. Um dauernd seinem Lande Ordnung zu verschaffen, ließ er 1668 ein Landrecht herausgeben[1]). Den militärischen Schutz des Landes vernachlässigte er nie. Ehrenbreitstein ließ er stark befestigen. Auch in seiner äußern Politik mußte sich der neue Kurfürst in Gegensatz zu seinem Vorgänger stellen. Er war gewillt, seine Stellung als Landesherr vom Standpunkt des reichstreuen Kirchenfürsten auch in der auswärtigen und Reichspolitik aufzufassen. Nie wollte er über seinem und seines Landes Vorteil Kaiser und Reich vergessen, wie es so viele der damaligen Fürsten taten. Wenn die Hindernisse sich ihm nicht haushoch entgegenstellten, war die Politik Wiens stets die seinige. Seine Zeitgenossen kannten seine Anhänglichkeit an das Reich und das Haus Habsburg und preisen oder verurteilen sie nach ihrer eigenen Stellungnahme. Diese Politik entsprang bei Karl Kaspar innerster Überzeugung. Die Beschränktheit der Machtmittel, die gefährdete Lage an des Reiches Westgrenze, die Interessen seiner Untertanen und der Wunsch, Metz, Toul und Verdun seinem Erzbistum als Suffragane zu erhalten, drängten manchmal seine Politik auf andere Bahnen. Sein Herz aber war immer auf seiten des Reiches und seines Oberhauptes.

II. Kapitel.

Des Kurfürsten Streit mit St. Maximin und dem Herzog von Lothringen auf dem Reichstag zu Regensburg 1653—1654.

Nach den Bestimmungen des westfälischen Friedens sollte der Reichstag sechs Wochen nach Aushändigung des Friedenstraktates zusammentreten. Kaiser Ferdinand III jedoch wollte erst die erregten Gemüter völlig zur Ruhe kommen lassen und die in erschreckend langsamer Weise erfolgende Restituierung der einzelnen Gebiete abwarten. Im übrigen war vielleicht die Hinausschiebung eines immerhin kostspieligen Reichstages, der diesmal voraussichtlich lange dauerte, ihm grade angenehm. Die unsichern Rechtsnormen ließen dem Kaiser einen großen Spielraum und dem Hause Österreich freie Hand, wenn es im trüben fischen wollte[2]). Endlich gab Ferdinand dem immer lauter werdenden Verlangen nach der Einberufung des Reichstages nach. In allen deutschen Gauen wurde die Eröffnung für Ende Oktober 1652 verkündet. Der Kaiser lud die Kurfürsten zuvor noch zu einer

[1]) Leonardy, Geschichte des trier. Volkes S. 816.
[2]) Droysen, 3, 2 Seite 63.

Privatbesprechung nach Prag. Mit ihnen wollte das alte, kranke Oberhaupt des Reiches über die zukünftige Kaiserwahl sprechen und ihnen seinen Sohn Ferdinand empfehlen. Während die Kurfürsten sich in Prag zusammenfanden, wogte in Regensburg ein heftiger Kampf um die Zulassung Schwedens zum Reichstag. An alle Kurhöfe hatte Brandenburg Gesandte abgeschickt, welche die Kurfürsten von der Unrechtmäßigkeit der „schwedischen Session" vor der Restituierung der im westfälischen Frieden vorgesehenen, in schwedischem Besitze befindlichen Plätze und Gebiete überzeugen sollten. Die Kurfürsten machten die verschiedensten Vorschläge, aber über diese schien man nicht hinweg zu kommen[1]). Den entscheidenden Erfolg erzielte Brandenburg zu Prag beim Kaiser. Dieser erließ ein Memorial, in dem ausdrücklich die Session Schwedens solange untersagt wurde, bis den Bestimmungen des westfälischen Friedens Genüge geleistet wäre. Neben der schwedischen Angelegenheit kamen noch andere Punkte zur Sprache, die entweder auf einzelne Stände bezug hatten oder aber sich mit der Königswahl und der Aufstellung der Wahlkapitulation beschäftigten. Der Kaiser eröffnete den Reichstag am 30. Juni. Ein ganzer Strom von Anträgen und Bittgesuchen war aus den verschiedensten Teilen Deutschlands eingelaufen und rückte die Inangriffnahme des eigentlichen Beratungsprogrammes in weite Ferne. Abgesehen von den Beschwerden über die immer noch hier und da, besonders an der Reichsgrenze passierenden Überfälle und Unsicherheiten hatten viele Stände unter sich bezüglich mancher Territorialangelegenheiten Beschwerde zu führen.

So lag von der Leyen schon seit Jahren im Streite mit dem Abte von St. Maximin in Trier. Das Kloster war eine der ältesten Kulturstätten des deutschen Reiches und hatte in ganz frühen Zeiten

---

[1]) Karl Kaspar v. d. Leyen fand einen Ausweg. Dem Kaiser sollte ein Kollegialgutachten überbracht werden, des Inhalts, daß er auf Anraten des Kurkollegiums einen Reichstag auszuschreiben habe. Zu diesem werde auch die Königin von Schweden eingeladen, damit sie dasjenige, „was ihr vermöge Friedensschluß absonderlich wegen Hinterpommern und der Abstellung der damit angerichteten Licentien zu tun obliegen tät, prästieren und dagegen von Ihrer Majestät samt Kurfürsten, Fürsten und Ständen auch gegenwärtig sein wollen, was man selbiger Krone sowohl wegen Belohnung als auch der Admission zu den Reichskonsiliis zu prästieren schuldig und willig wäre." — K. u. K. H. H. u. St. Wien Treverensia Fasz. I A/3 1652—66. Schreiben Triers an Mainz. Die Einladung Schwedens erfolgte Anfang Oktober.

bereits die Reichsunmittelbarkeit erlangt. Diese ging jedoch unter Konrad IV verloren, indem die Abtei auf Grund eines aus der Zeit Dagoberts stammenden Diploms dem Erzbischof Adalbero zu Lehen gegeben wurde[1]). 1354 löste Karl IV das Lehensverhältnis wieder und trug seinem Bruder Wenzel und dem jedesmaligen Grafen von Luxemburg auf, „das Kloster und die Seinigen, so oft es Not hätte und sie darum ersucht würden, zu beschirmen und nicht zu gestatten, daß dieses in seinen Gütern und Gefällen turbiert würde". Von dieser Zeit an behaupteten die Grafen und Herzöge von Luxemburg oder deren Statthalter die Schutzgerechtigkeit über St. Maximin. Als jedoch Kurfürst Richard sich Exzesse gegen die Abtei erlaubte, übergab Karl V die Regelung der Kurtrierischen und Maximinischen Angelegenheit dem Reichskammergericht. Im Jahre 1570 am 17. Februar erkannte dieses der Abtei die Reichsunmittelbarkeit ab und sprach das Kloster dem Kurfürsten von Trier zu. Unter Philipp Christoph v. Soetern wurde jedoch mit Unterstützung Spaniens von Ferdinand II am 3. August 1626 das Urteil von 1570 kassiert. Während des 30jährigen Krieges konnte man überhaupt nicht zu einer endgültigen Entscheidung kommen. der Gegensatz, der zwischen dem Kaiser und dem damaligen Kurfürsten von Trier bestand, und der durch des Kurfursten französische Politik immer schärfer sich gestaltete, kam der Abtei sehr zu statten. Als freier Reichsstand kam der Abt 1642 auf den Reichstag nach Regensburg. Als jedoch mit dem Regierungsantritte Karl Kaspars von der Leyen die kurtrierische Politik auf Österreichs Seite trat, blieb dieser Umschwung nicht ohne Wirkung auf das Verhältnis des Klosters Maximin zum Erzbistum. Auf den Reichstag, den der Kaiser Anfang 1652 nach Regensburg einberief, wurde auch der Abt von Maximin eingeladen. Gegen diese Einladung kämpfte der Kurfürst von der Leyen mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln und bat mit den eindringlichsten Worten in einem Schreiben an den Kaiser, die Einladung des Abtes zu kassieren. Den gewünschten Erfolg erzielte Karl Kaspar erst bei der Begegnung mit dem Kaiser in Prag[2]). Hier versprach der Kaiser als Gegenleistung für die Stimme des Kurfürsten bei der Wahl seines Sohnes, die Einladung des Abtes von Maximin zum Reichstage rückgängig zu machen und auf Grund der Entscheidung des Kammergerichtes von 1570 das Lehensverhältnis der Abtei zu bestätigen. Am

[1]) Moser, Staatsrecht, S. 304 ff.
[2]) Vergleiche Kap. II.

25. Oktober kam die schriftliche Erklärung des Kaisers[1]), die die „indulta“ und „Beschreibung des Abtes zum Reichstage wiederum „kassiert, annulliert und aufhebt, auch dessen das Churfürstliche Main-„zische Direktorium laut hier beigefügter Abschrift zu dem Ende erinnert „und ersucht, daß mehr bedachten Abten oder dessen Abgeordneten „der Zugang zu den Reichsräten nicht verstattet werden solle, auch „dem Abten und seinen Nachfolgern an Höchstgedachte ihre Kurfürstliche „Gnaden dero Erzstift successieren die Lehen und Weltlichkeiten vom „demselben zu empfangen und dagegen praestanda zu prästieren weiset“. Der Abt aber hatte bereits seine Vertreter nach Regensburg entsandt und ihnen strengstens anbefohlen, ihre Sitze nicht preiszugeben. Er stützte sich hierbei auf die Hülfe des Rats von Luxemburg und auf die Protektion des Königs von Spanien, deren die Abtei sich erfreute. In der Tat schickte die spanische Regierung den Kardinal Sarria auf den Reichskonvent, um den Abt in Schutz zu nehmen; doch er kam zu spät. Das Dekret des Kaisers war bereits veröffentlicht worden und seine Durchführung den Kurfürsten von Mainz und Köln aufgetragen. Von der Leyen seinerseits suchte mit gütlichen Worten den Abt zu gewinnen und durch Versicherung seiner Kurfürstlichen Huld und Gnade ihn zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Doch alles war vergebens. Im Anfange Januar 1654 erfolgte eine wiederholte Mahnung des Kaisers an den Abt, die jedoch abermals kein Gehör fand. Da sprach er über den Abt und den auf dessen Seite stehenden Klosterkonvent die Reichsacht aus und übertrug die Verwaltung einem vom Kurfürsten ernannten Administrator, der bis zur Wahl eines neuen Abtes die Geschäfte übernehmen sollte[2]). Auch die Reichsstände zogen die Maximin'sche Angelegenheit in Beratung und beschlossen cum voto ad imperatorem, daß es bei den kaiserlichen Maßnahmen verbleiben sollte. Um einer Verwickelung mit Spanien vorzubeugen, wurde ein umfangreiches Memorial abgefaßt, das den Spanischen König über den wahren Sachverhalt aufklärte. Er war überdies immer noch durch den Krieg mit Frankreich beschäftigt und zeigte wenig Lust, in die deutschen Händel sich nutzlos einzumischen. Der Abt von St. Maximin blieb so seinem Schicksal über-

[1]) Schreiben an den Kurfürsten. Wiener Akten. — K. u. K. H. H. u. St. Wien Treverensia Fasz. I A/3 1652—66.

[2]) In der Nacht vom 19. Februar hatte sich v. Broquard mit den andern auf dem Reichstag erschienenen Klosterdeputierten aus der Stadt Regensburg entfernt.

lassen. Ob eine Internierung des Abtes erfolgte und er dadurch zur Nachgiebigkeit gezwungen wurde, ist aus den Akten nicht ersichtlich. Man einigte sich schließlich dahin, daß das Kloster die Steuern und die Landeshoheit Kurtriers anerkennen, der Abt aber das Appellationsrecht des Klosters St. Maximin, das Hoch-, Mittel- und Grundgericht behalten sollte.

Auf dem Reichstag kam noch eine andere wichtige Angelegenheit zur Sprache, nämlich die des Herzogs von Lothringen. Der Herzog Karl war seines Landes beraubt worden und hatte seine Restitution im westfälischen Frieden nicht erlangen können. Er glaubte sich somit an die Bestimmungen des Friedenstraktates nicht gebunden und beharrte weiter im Kriegszustande. Mit seiner 5—6000 Mann starken Armee durchzog er plündernd und raubend die westlichen Lande des Reiches und blieb jahrelang eine schreckliche Geißel der rheinischen Gebiete. Mehrere feste Plätze waren noch in seiner Hand wie Landstuhl, Saarwerden, Homburg und das im Erzstift Trier gelegene Hammerstein. Von diesen festen Punkten aus wurde das Land aufs schwerste heimgesucht. Ein Abenteurer gesellte sich noch zu ihm in der Person des Prinzen von Condé. Er hatte sich mit der französischen Regierung überworfen und vermehrte noch als Heimatloser mit seinen Mannen die vom Herzog verübten Gewalttätigkeiten. Das Reich blieb den immer lauter werdenden Angst- und Notrufen der bedrängten Fürsten gegenüber untätig, und das Reichsoberhaupt glaubte seiner Pflicht Genüge zu tun, wenn es die geplagten, um Hülfe flehenden Reichsstände seines Beistandes und seiner kaiserlichen Huld versicherte. Die einzige Hoffnung auf endgültige Abwehr dieser Plagen setzten die rheinischen Kurfürsten auf den Reichstag. Zwar wurde in langen und breiten Beratungen die Angelegenheit behandelt, aber zu einem endgültigen Beschluß kam man nicht. Zu militärischen Rüstungen waren die Stände nicht zu bewegen. Erst als die rheinischen Kurfürsten ernstliche Miene machten, die soeben in Prag mit dem Kaiser geschlossene Freundschaft zu lösen, da gab der Wiener Hof nach. Er legte dem Reichstage ein Memorial vor, das die Restituierung der Städte Homburg, Landstuhl und Hammerstein vom Herzog von Lothringen verlangte. Die Stände genehmigten das kaiserliche Schreiben und sandten es an den Herzog. Es war klar, daß der Herzog Karl von Lothringen nicht ohne weiteres zu der verlangten Räumung zu bewegen sein würde. Als Gegenleistung für die Aufgabe der im Reiche von ihm besetzten Plätze verlangte er die Summe von 1 000 000

Thaler. Zwar gelang es, diese Forderung auf 300 000 Thaler herunterzuschrauben, aber von wem sollte diese Gegenleistung übernommen werden? Waren die Stände zu Rüstungen nicht zu bewegen gewesen, so wollten sie von Geldrepartitionen erst recht nichts wissen. In langwierigen Beratungen suchten sie die bedrängten rheinischen Fürsten hinzuhalten. Kurfürst von der Leyen hatte inzwischen einen andern Weg eingeschlagen, um die Räumung des Erzstiftes zu erreichen. Er sah ein, daß es den Ständen nicht ernstlich mit der Aufbringung der lothringischen Satisfaktion gemeint war, und daß die von Karl von Lothringen geforderte Leistung an barem Gelde nicht so bald zu erfüllen war. Er suchte allein und direkt mit dem Herzog in Verhandlungen einzutreten und auf diesem Wege die Zurückziehung seiner Truppen aus dem Erzstifte zu erreichen. Er schickte den Statthalter und Landkomtur Braun von Schmidtburg nach Brüssel, um mit dem Herzog von Lothringen einen Sondervertrag abzuschließen[1]). Daneben ließ der Kurfürst in Regensburg den Abschluß der Generaltractaten mit dem Herzog betreiben. Kamen diese zustande, dann hatte von der Leyen doppelte Bürgschaft für seines Landes Sicherheit, und die Entschädigungssumme, zu der er sich dem Herzog Karl verpflichtet hatte, erschien ihm immerhin weniger beschwerlich, als der schon seit Jahren auf dem Erzstifte lastende Druck der unerträglichen Kriegskontributionen und Erpressungen. Bereits länger als einen Monat hatte der Reichstag über den Modus der Zahlung an den Herzog von Lothringen herumgestritten; endlich schien er sich dahin zu einigen, daß die Zahlung der 300 000 Thaler in zwei Terminen erfolgen sollte und bis zur Zahlung des ersten Termins die Winterquartiere „ex publico pacto continuieren sollten". Es war klar, daß hiergegen Köln, Pfalz und Trier Protest einlegten. Während die Vertreter der beiden ersten Kurhöfe sich schließlich fügten, blieben die Trierischen standhaft

[1]) Zu diesem Schritte veranlaßte ihn die Nachricht, daß General Harcourt sich mit den Lothringern verbinden und seine Truppen in die Rheingegend ins Winterquartier vorschieben würde. Trier war bereits ganz besonders in Mitleidenschaft gezogen, und es konnte die drohende neue Gefahr am besten dadurch beseitigt werden, daß mit dem Herzog Karl ein befriedigendes Abkommen getroffen wurde. General Harcourt kämpfte für die französische Regierung im Elsaß. Es ging das Gerücht, daß, da Frankreich durch innere Unruhen in Anspruch genommen war, der General versuchen würde, das Elsaß dem deutschen Reiche wieder zurückzuerobern, um zum Danke dafür als Herzog eingesetzt zu werden.

und waren nicht zur Zulassung der Winterquartiere zu bewegen[1]. An ihrer Unnachgiebigkeit schien das ganze Werk zu scheitern, und schon drohten mehrere Stände überhaupt nicht repartieren zu wollen. Die Verhandlungen kamen erst wieder in Fluß, als die Kunde von einem feindlichen Einfalle der lothringischen und Condé'schen Horden ins Erzstift Lüttich beim Reichstage bekannt wurde. Mit einem Schlage war die Situation völlig geändert, sie schien drohender denn je zuvor. Konnten nicht durch diesen Einfall die fürchterlichen Leiden und Drangsale des erst vor kurzem beendeten Krieges von neuem ins Reich getragen werden, wenn Frankreich und sein Mitgarant Schweden an die deutsche Neutralität sich nicht mehr hielten[2])? Sofort wandte sich der bedrängte Kurfürst von Köln an den Reichstag, um die Stände im Hinblick auf den Ernst der Lage zu entscheidendem Einschreiten zu bewegen[3]). Aber diese hatten sich bald vom ersten Schrecken erholt und ließen die Hülfegesuche unbeachtet. Neben Brandenburg und Münster war es nur noch der Kurfürst von der Leyen, der mit seinen Truppen dem kurfürstlichen Nachbar zu Hülfe kam[4]). Zu wirklichen Aktionen kam es indessen nicht. Am 25. Februar 1654 ließ der Erzherzog Leopold auf Befehl des Königs von Spanien den Herzog Karl von Lothringen gefangen nehmen und ihn in die Citadelle von Antwerpen bringen[5]). Die ihrer Führung beraubten Truppen zogen sich aus dem Bistum Lüttich zurück. Das Kommando erhielt zunächst der Graf von Ligneville

[1]) Pfalz und Schweden suchten sich der Verpflichtung zu entziehen, Brandenburg wollte gegen sein erstes Voto nicht eher repartieren, bis ihm Ersatz für die lange Entziehung von Hinterpommern geschaffen wäre.

[2]) In der Tat schickte Frankreich seine Truppen dem Erzbischof von Lüttich zur Hülfe.

[3]) Zwar kam es auf dem Reichstage zu aufregenden Szenen zwischen dem kölnischen Gesandten und dem Lothringer Herrn Fournier. Dieser berief sich auf die zuletzt gepflogenen Verhandlungen, in denen die Quartiere auf dem Reichsboden bis zur Zahlung des ersten Termins gestattet worden waren.

[4]) Dieses Eingreifen des Kurfürsten von Brandenburg ist stets und zwar mit vollem Recht betont worden. Aber daneben verdient die Hülfeleistung des Kurfürsten v. d. Leyen mindestens ebenso viel Anerkennung. Der Kurfürst von Brandenburg war ja weniger der Gefahr direkt ausgesetzt wie v. d. Leyen, der im Süden von Harcourt und im Norden von lothringischen und Condé'schen Truppen bedroht war und dessen Lande beständig von der auf der Feste Hammerstein verbarrikadierten lothringischen Mannschaft heimgesucht wurden.

[5]) Aus welchen Gründen die spanische Regierung die Gefangennahme des Herzogs anordnete, ist nicht aufgeklärt worden.

bis zur Ankunft des aus Wien kommenden Herzogs Franz, des Bruders des Gefangenen, dem der Erzherzog Leopold Wilhelm das Oberkommando übertrug. Durch die Gefangennahme des Herzogs Karl von Lothringen hatte für den Kurfürsten von Trier die Lage eine günstige Wendung genommen. Sollte er nun noch weiterhin die Verhandlungen betreffs eines Separatvertrages fortsetzen oder sich mit Gewalt unter Beistand seiner Nachbarn der von den lothringischen Truppen besetzten Feste Hammerstein bemächtigen? Zweifellos wäre der Graf von Ligneville unter dem noch frischen Eindruck der Geschehnisse leicht zum Abschluß des Vertrages und zur Restituierung der Feste gegen eine Summe Geldes zu bewegen gewesen. Gobelin, der Geschäftsträger auf dem Reichstage, riet seinem Herrn von Gewaltmaßnahmen ab. Er wies darauf hin, wie die Stände und der Kaiser ganz besonders in solchem Falle von dem Kurfürsten sich abwenden und ihn sicherlich, falls der Anschlag nicht gelänge, im Stiche lassen würden. Vielleicht hätte Karl Kaspar den schon betretenen Weg der Verhandlungen nicht verlassen, wenn die lothringische Besatzung durch einen neuen Plünderungszug in die Umgegend von Koblenz den Kurfürsten nicht gereizt hätte[1]). Sofort wandte sich Kurfürst von der Leyen an den Kurfürsten von Brandenburg und bat denselben, ihm die aus Lüttich abziehenden Truppen zu Hülfe zu schicken. Mit diesen kamen auch noch Truppen von Köln und Münster; v. d. Leyen hatte durch neue Anwerbungen seine Truppen bedeutend vermehrt. Der Ansturm auf die Festung gelang. Die Besatzung mußte sich ergeben, und ihre „Räuberhöhle“ wurde dem Erdboden gleichgemacht. Der Reichstag und der Kaiser waren mit dem eigenmächtigen Handeln des Kurfürsten v. d. Leyen in der Tat nicht einverstanden und sprachen in scharfen Worten ihre Mißbilligung aus. Der Kurfürst ließ sich aber dadurch nicht einschüchtern. Er wußte ja, daß der Reichstag seine vornehmste Aufgabe darin sah, in tatenlosen und unfruchtbaren Beratungen und Wortgefechten sich die Köpfe zu erhitzen. Der Kurfürst indeß hatte einen nicht zu unterschätzenden Vorteil für sein Erzbistum davongetragen. Kein befestigter Platz befand sich mehr in Feindeshand, und jetzt sollte sein Volk in Wahrheit die Segnungen des Friedens genießen, der bereits über 5 Jahre nur auf dem Papier gestanden hatte. Auch dem Reiche hatte er einen unschätzbaren Dienst geleistet, und nur Neid und Miß-

[1]) Abgesehen von diesem Plünderungszuge hatte die Besatzung die den Rhein passierenden Schiffe beraubt und die Mannschaft weggeschleppt.

gunst verschlossen den einzelnen Ständen die bessere Einsicht für eine gerechte Würdigung des Geschehenen. Bald nach der Bezwingung der Feste Hammerstein überbrachte der trierische Agent dem Kaiser eine Denkschrift, in der Karl Kaspar sein Verhalten rechtfertigte. Er habe alle Mittel und Wege versucht, den Kommandanten von Hammerstein zu Verhandlungen über die Restitution zu bewegen. Alles sei umsonst gewesen, stets hätte jener mit neuen Einfällen und Brandschatzungen geantwortet. Als die Kunde von der Gefangennahme des Herzogs sich in seinem Lande verbreitete, da hätte er die Welle der Aufregung unter der Bevölkerung nicht mehr dämmen können. Aus eigenem Antrieb hätten sich die Waffenfähigen gestellt und sich der Drangsalierungen erwehren wollen. Ungeachtet des Geschehenen versprach K. K. v. d. Leyen, seinen Teil an der Repartition zu zahlen, falls die Verhandlungen betreffs der andern von den lothringischen Truppen besetzten Plätze zum Ziele führen würden[1]). Ferdinand mißbilligte zwar immer noch vor den Ständen den Überfall, im Innern jedoch dachte er anders und gelegentlich einer Audienz konnte er dem Kurfürstlichen Gesandten gegenüber seine Zufriedenheit nicht verhehlen. Zur Entschädigung für den langjährigen Schaden und die Unkosten ließ der Kaiser den von der Besatzung eingeführten Zoll zu des Kurfürsten Nutznießung noch weiter bestehen und erklärte sich bereit, bei Herzog Franz für das Erzbistum ein gutes Wort einzulegen. Dieser war bereits von Wien aufgebrochen, um das von seinem Bruder auf ihn übertragene Kommando zu übernehmen. Sein Weg führte ihn über Regensburg, wo er sich einige Tage aufhielt, um sich über die Sachlage an der Westgrenze durch die einzelnen Vertreter der rheinischen Regierungen unterrichten zu lassen. Am 8. April begab sich die kurtrierische Gesandtschaft, aus dem Freiherrn von Metternich, Damian Gerh. v. d. Leyen und Anethan bestehend, zu ihm ins Jesuitenkolleg. Daß die Unterredung sich alsbald auf die heikle Frage der Restitution zuspitzte, war nicht zu verwundern. Die Gesandten schilderten in bewegten Worten dem Herzog all das Elend, das die Besatzung dem Kurfürstentum zugefügt habe. Franz entgegnete, daß er das Alles wohl verstehen könne und wirklich Anteil an dem gequälten Lande genommen habe; aber „da durch die Übertragung des Kommandos an ihn die Lage sich „geändert habe, sei die überstürzte und voreilige Einnahme der Burg

[1]) Schreiben vom 6. 4. 1654 Kgl. St. A. Kobl. Reichstagssachen, Verhältnis z. Kaiser u. Reich.

„Hammerstein ein schwerer Affront gegen ihn, der doch stets Freund-
„schaft mit dem Kurfursten Karl Kaspar v. d. Leyen gepflegt habe."
Im weiteren Verlauf der Unterredung gab der Herzog klar zu verstehen,
„daß er es mit Hammerstein als geschehene Sache bleiben lassen"
wolle, daß er sich aber gegen weitere Anschläge auf die noch in
lothringischen Händen befindlichen Plätze mit den ihm zu Gebote
stehenden 5000 Mann schon zu wehren wissen werde. Er machte
dann den Gesandten Hoffnung, daß er gegen Zahlung einer Summe von
3000 Thalern sich gern zu der Restitution verstehen wolle, zu deren
Beitragung der Kurfürst sich jedenfalls auf Grund lang gepflegter
Freundschaft willfährig zeigen werde. Die Vertreter baten zum Schlusse
den Herzog, auf seiner Reise nach Brüssel bei Ihrer kurfürstlichen
Gnaden einen Besuch abzustatten, und empfahlen sich alsdann. Diese
Unterredung war von der allergrößten Wichtigkeit; denn Herzog Franz
hatte indirekt die Restitution anerkannt. Der Kurfürst seinerseits
konnte nunmehr sich seines Werkes wirklich erfreuen. Seiner Initiative,
seiner Entschlossenheit und Tatkraft war es gelungen, dem Erzstifte
und dem ganzen Mittelrhein die Segnungen des Friedens angedeihen zu
lassen. Was die eigentliche Tätigkeit des Reichstages betrifft, so hatte
er von den vielen Aufgaben sehr wenige und fast keine zur vollen
Zufriedenheit gelöst. Der Gegensatz der Stände trat am Schlusse des
Reichstages noch eben so schroff hervor als wie zu dessen Beginn.
Zu Ende geführt war nur die Revision des Reichskammergerichts.
Die Regelung der anderen wichtigen Fragen, die noch der Lösung
harrten, blieb einem Reichsdeputationstage vorbehalten, der genau nach
Ablauf von zwei Jahren, also am 17. Mai 1656 zusammentreten sollte.
Der Reichstagsabschied wurde am 17. Mai feierlichst verlesen und der
Kaiser kehrte nach Wien zurück. So verlief der Reichstag, von dem
man gleichsam die Wiedergeburt des durch den 30jährigen Krieg voll-
lends zerrütteten und zu einem monströsen Gebilde gewordenen Reiches
zu einem neuen Staatswesen erwartet hatte. An Glanz und äußerem
Gepränge freilich hatte er, der letzte von einem deutschen Kaiser er-
öffnete und geschlossene Reichstag, es nicht fehlen lassen. Aber was
das Wesen und gleichsam den Kern dieser uralten Reichsinstitution
ausmachte, nämlich die Arbeit an einer gesunden Reichsgesetzgebung
und an der Schaffung eines kräftigen Staates, darin hatte er gänzlich
versagt, denn dafür hatten die Reichsstände das politische Empfinden
längst verloren. Die Trägerin der Krone hingegen, die Casa d'Austria,
hatte die Absicht der Schöpfung einer starken Zentralgewalt aufgegeben.

Die Zeit, da dies möglich war, war vorüber. Historische Momente, wie 1629 vor dem Restitutionsedikt, da Wallenstein des Reiches Schicksal wenden wollte, waren verpaßt.

III. Kapitel.

Karl Kaspars Anteil an den Wahlen der Jahre 1653 und 57 58.

Wichtiger als die Versammlung der Reichsstände im Reichstag war dem Kaiser die Einberufung der Kurfürsten gewesen. Ferdinand III. fühlte, daß seine Tage gezählt seien, und vor seinem Tode wollte er seinem Sohne die Kaiserkrone sichern. Die Versammlung der Kurfürsten, die unumgänglich nötig war, veranlaßte ihn auch zur Einberufung des Reichstages. Während die Abgeordneten der zahlreichen Stände sich in Regensburg sammelten[1]), lud der Kaiser die Kurfürsten zu einer Beratung der Wahlangelegenheit nach Prag ein. Sie folgten alle dem Rufe und es schien, daß sie nicht abgeneigt waren, den Herzenswunsch des alten Kaisers zu erfüllen. Daß sie dies aber nicht tun wollten ohne einen Gewinn für sich, ihre Familie oder ihr Land, war für jeden der Wahlfürsten selbstverständlich. Der Kurfürst von Trier hatte sich von den Landständen die Kosten für die Reise und den Reichstag bewilligen lassen und brach Anfangs Oktober 1652 nach Prag auf. Von dem Domkapitel begleiteten ihn die zwei Herren Karl Heinrich von Metternich und Damian Hartard von der Leyen. Am 16. Oktober kam der Kurfürst in Prag an und wurde von Ferdinand mit glänzendem Gepränge empfangen. Es erschienen allmählich alle Kurfürsten, Friedrich Wilhelm von Brandenburg als letzter, der am 8. November ankam. Ferdinand fiel es für diesmal nicht schwer, die Kurfürsten für die Wahl des jungen Königs von Böhmen und Ungarn zu gewinnen. Sie alle versprachen durch die ausnehmende Liebenswürdigkeit des Kaisers eingenommen und durch seine reichen Geschenke und glänzenden Versprechen gelockt, dem jungen Ferdinand bei der bald stattfindenden Wahl ihre Stimmen zu geben. K. K. von der Leyen erhielt für seine Person 30 000 Gulden, für seinen Bruder das Vorkaufsrecht des Rittergutes Burweiler und für sein Erzstift die Nachlassung der 100 Römermonate, die noch aus der Zeit Christophs von Sötern herrührten.

Zwar hatte es an Versuchen Frankreichs nicht gefehlt, Karl Kaspar von der Leyen aus dem Fahrwasser der österreichischen Politik zu bringen. Mazarin ließ den Kurfürsten scharf beobachten und gab dem französischen Vertreter Marolles in Trier den Auftrag, ihm stets

[1]) Vergl. S. 28.

die Gesinnung des „Trierer“ kund zu tun[1]). Er schreibt am 27. Oktober 1654 an Marolles: „Je vous prie de me mander ce que vous croyez des sentiments de Monsieur l'Electeur de Trêves et par quel. présent on pourrait l'engager à agir de concert avec nous.“ Der französische Minister gab sich der Hoffnung hin, daß die Belästigungen des Herzogs von Lothringen von der Leyen bestimmen würden, sich näher an Fankreich anzuschließen, um sich dessen Schutz zu sichern. Es war Mazarin zu Ohren gekommen, daß Fuensaldagne von Spanien zu dem Kurfürsten gekommen war, um ihn im Namen seines Königs mit einer großen Summe Geldes zu entschädigen für den Schaden, den Trier durch den lothringischen Herzog Karl erlitten hatte. Dann wollte der König dem Erzbischof eine weitere Summe aushändigen lassen für den Fall, daß er den spanischen Truppen in seinem Gebiete Winterquartiere einräume. Diese Bedingung nahm Karl Kaspar nicht an. Auch Mazarin hatte ihn darin richtig beurteilt, wenn er glaubte, daß er sich trotz der hohen Versprechungen dazu nicht hergäbe. Er schreibt von ihm und dem Kurfürsten v. Köln an Marolles: „Mais je n'ai la moindre appréhension, que ces princes en tombent d'accord éstant trop équitables et genereux pour vouloir seulement souffrir que l'on leur propose de vendre leurs sujets pour argent.“ Nichtsdestoweniger wollte auch er dieses Experiment des spanischen Königs anwenden, da er sich von einem derartigen Vorgehen großen Erfolg versprach. In diesem Sinne teilte er Marolles mit: „néanmoins il sera bon, que vous en fassiez pressentir quelque chose[2]).“ Den Einflüsterungen der französischen Regierung schenkte jedoch Karl Kaspar kein Gehör und Mazarins Bemühungen waren vergeblich. Von der Leyen hatte durch die unverzügliche Zusage seiner Stimme für den jungen Thronfolger der französischen Regierung gezeigt, in welchen Bahnen er seine äußere Politik zu halten gedenke. Im engsten Anschluß an den Kaiser, in dem Schutze, den Österreichs Aegide gewährte, sah er die wahre Grundbedingung einer für sein Erzbistum segensreichen Politik. Von Prag aus reiste v. d. Leyen mit dem Kaiser und den Kurfürsten nach Regensburg, wo sich die Reichsstände bereits eingefunden hatten. Die Uneinigkeit auf dem Reichstag veranlaßte den Kaiser, den Wahltag früh, auf den 24. Mai anzusetzen. Am 18. Mai brachen die Kurfürsten von Regensburg nach Augsburg auf, und der junge König von Böhmen und Ungarn wurde am 31. Mai zum König gewählt. Man kehrte

[1]) Lettres de Mazarin Bd. VI S. 338.
[2]) Lettres de Mazarin. VII S. 339.

von Augsburg nach Regensburg zurück, wo vom 15.—18. Juni die glänzendsten Krönungsfeierlichkeiten abgehalten wurden. So war ohne erhebliche Schwierigkeiten der Herzenswunsch Ferdinands in Erfüllung gegangen. Er sah die Nachfolge seinem Hause gesichert und für ein Menschenalter schien wieder der Glanz der deutschen Kaiserkrone dem Hause Habsburg erhalten. Sollte auch der Reichstag selbst einen dem Kaiser nicht genehmen Verlauf nehmen, so konnte dieser sich mit einem solchen Erfolg beim Beginn der Sitzungen trösten.

Bald gab das Geschick Karl Kaspar wieder Gelegenheit, bei einem gleichen Anlaß dem Hause Habsburg seine Anhänglichkeit beweisen zu können. Der erwählte junge römische König starb schon im Jahre 1655 und die Erbfolge schwebte für das Haus Habsburg in ernster Gefahr. Konnte der Kaiser Ferdinand III noch die Hoffnung hegen, daß die Wahlfürsten wie 1652 sich auch jetzt ihm so willfährig zeigen würden? Die Zeiten waren inzwischen andere geworden. Ein großer Teil der Reichsfürsten hatte die habsburgische Sache verlassen. Mainz und Köln segelten nicht mehr im Fahrwasser der kaiserlichen Politik, sondern befanden sich bereits im Schlepptau Frankreichs. Das Haus Bourbon schickte sich an, die Krone Ottos des Großen sich selbst oder einem französischen Gefolgsfürsten deutscher Zunge aufzusetzen. Wie stand es mit dem habsburgischen Thronerben, der in einen solchen Wettbewerb eintreten mußte? Gewiß konnte das Haus Österreich noch einen Kandidaten aufstellen. Aber dieser Prätendent war schwächlich, in den Staatsgeschäften noch unerfahren und hatte noch nicht einmal das erforderliche Alter. Eine düstere Zukunft lagerte über dem Hause Habsburg. Die Einmütigkeit der Wahlfürsten mit dem Kaiser war geschwunden. Enttäuscht hatte sich außer Köln auch Kurpfalz von Österreich zurückgezogen und war durch reellere Versprechungen für Frankreich gewonnen worden. Der Kurfürst von Mainz hatte schon längere Zeit mit dem Kaiser sich überworfen, er wollte noch keine Neuwahl, sondern zunächst die goldene Zeit des Interregnums abwarten. Er mochte wohl glauben, daß er in dieser Zeit sein großes Friedenswerk unter den Nationen schaffen und eine seinen phantastischen Plänen entsprechende europäische Politik treiben könne.

In Bayern mußte der Kaiser sogar einen Gegner fürchten, der Aussicht genug hatte, sich selbst mit der deutschen Kaiserkrone zu schmücken. Wie stand es mit dem Kurfürsten K. K. von der Leyen? Der Wiener Hof glaubte ihn vollständig auf seiner Seite zu haben und auf seine Stimme rechnen zu können. In dieser Annahme hatte

sich der kaiserliche Rat doch ein wenig getäuscht. Es lag allerdings v. d. Leyen ganz ferne, seine Stimme einem Ludwig XIV. zu geben, ebensowenig einem Kurfürsten, der seine Kandidatur der Gnade der französischen Regierung verdankte. Er getraute sich aber nicht recht, in der Wahlfrage mit der Sprache offen herauszurücken wegen der bedrohlichen Haltung der französischen Regierung. Er sah wohl ein, daß außer Österreich sonst kein Fürst imstande war, die Lasten und Unkosten, die mit der deutschen Kaiserkrone verbunden waren, zu tragen. Überdies wies den Kurfürsten seine bisherige Politik, wollte er sich konsequent bleiben, an die Seite des Hauses Habsburg. Mit Frankreich hatte er niemals sympathisiert, sondern war stets in seiner äußeren Politik die Bahnen der Wiener Hofburg gewandelt. Nun gab es im Kaiserhause zwei Kandidaten. Neben dem jungen Leopold Ignaz kam vor allem der Bruder des Kaisers Leopold Wilhelm, der Statthalter der Niederlande, in Betracht. Das Wiener Geheimkabinett hatte sich auf den Sohn des Kaisers, der bereits die Krone von Ungarn und Böhmen trug, verständigt und suchte mit allen Mitteln, getreu der alten Tradition, dem Träger der Königskrone auch das Diadem der Kaiserkrone zu verschaffen. Kurfürst von der Leyen hingegen war für die Wahl des bereits ergrauten Erzherzogs Wilhelm. Er war sein persönlicher Freund, hatte ihn des öftern in Brüssel besucht und glaubte aus seiner Kandidatur für sein Erzbistum bedeutendere Vorteile zu ziehen als aus der Wahl des jungen Leopold. Der Statthalter, so mochte er glauben, werde die Interessen des Reiches sorgsamer wahrnehmen und auf die westlichen Gebiete eher ein Auge haben, deren Elend er so lange mit angesehen, als der kaum erwachsene und in den Familieninteressen einseitig auferzogene Leopold Ignaz[1]). Ein anderer Umstand, der den Kurfürsten abhielt, sich bedingungslos den Habsburgischen zu fügen, war der, daß die von Kaiser Ferdinand bei der Wahl anno 1652 gemachten Versprechen in keinem Punkt erfüllt worden waren[2]). Das hatte den Kurfürsten gewitzigt und mahnte ihn nunmehr zur Vorsicht. Es schienen auch die andern rheinischen Kurfürsten sich den Erwägungen Karl Kaspars anschließen zu wollen. Kurfürst Maximilian von Köln und Johann Philipp von Mainz folgten während des Sommers 1656 einer Einladung v. d. Leyens nach Klärlich, und hier schienen sich die drei nach längeren Beratungen

[1]) Er war für den geistlichen Stand bestimmt gewesen.

[2]) Der Kaiser hatte dem Kurfürsten 30000 Taler versprochen und den Ankauf des Rittergutes Burweiler für seinen Bruder gestattet.

auf den Statthalter geeinigt zu haben. Zwar versuchten die Vertreter des Kaisers oft, sich über die wahre Gesinnung des Kurfürsten zu vergewissern, aber stets erging sich Karl Kaspar in allgemeinen Redensarten, versicherte die Gesandten seiner treuen Anhänglichkeit an den Kaiser, ohne jedoch sich durch eine bestimmte Erklärung zu binden. In diesen dunklen Umrissen schwebte die Kaiserfrage, als sich die Kunde von dem Hinscheiden Ferdinands in Deutschland verbreitete. Jetzt mußte der Wiener Hof sich ernstlich der Wahlangelegenheit annehmen, wenn er dem jungen Leopold Jgnaz die Krone sichern wollte. Vor allem richtete das Geheimkabinett sein Augenmerk auf die geistlichen Kurfürsten. Isaak Volmar machte sich alsbald nach Mainz auf, um die Stimme des Erzkanzlers zu erkaufen. Seinen Bemühungen und nicht am wenigsten der klingenden Münze, die er am richtigen Orte ausgab, gelang es nach langen Verhandlungen, die sich bis zum Wahltag hinzogen, ihn dem Wiener Wunsche gefügig zu machen. Im Juli 1654 kamen auch die Verhandlungen mit Karl Kaspar v. d. Leyen in besseren Fluß. Wohl war der Wiener Hof zu Versprechungen und Zugeständnissen bereit, aber von der Leyen hatte jetzt seine Forderungen entschieden höher geschraubt. Mit seiner Stimme zu feilschen und möglichst hohes Kapital herauszuschlagen, das war nicht seine Absicht, aber ohne irgend welchen Vorteil für sich und sein Erzbistum wollte und konnte er sich angesichts der von Frankreich drohenden Gefahren nicht entschließen. Der Kurfürst verlangte, wie es selbstverständlich war, zunächst die Erfüllung der von dem verstorbenen Kaiser gemachten Versprechen. Dazu mußte ihm jetzt Leopold die zur Aufbringung und Erhaltung eines Regiments von 1000 Mann zu Fuß und 500 Mann zu Pferd nötige Summe Geldes noch zusagen. An privaten Gratifikationen fehlte es nicht. So bekam z. B. der Kanzler Anethan im Laufe der letzten Monate 1654 bis zu 1500 Thaler, und später in Frankfurt wurden ihm von dem kaiserlichen Vertreter von Oetinger noch weitere 6000 Thaler ausgehändigt. Karl Kaspar erhielt für seine Person 12 000 Thaler, gab dafür das Versprechen, bei seinen Kollegen für Leopolds Wahl Propaganda zu machen. Zu Anfang des Jahres 1658 schickte der Kurfürst einen Gesandten nach Prag, um seine Forderungen genauer und klar vorzubringen: aber Leopold schien auf sie nicht mehr eingehen zu wollen, da sie in seinen Augen zu hoch waren. Erst eine persönliche Unterredung mit ihm in Frankfurt brachte Karl Kaspar den gewünschten Erfolg. Der junge Erzherzog versprach dem Erzbischof für seine Stimme den Schutz von 1000 Mann.

Schadloshaltung des Bistums und der Stände in jeder Gefahr. Der Kurfürst erhielt noch die Summe von 6000 Thaler für ein Regiment von 800 Mann und das Versprechen, daß ihm bei Kriegsgefahr monatlich eine Summe von 3000 Thalern ausgehändigt werde, bis er die Truppen an Österreich überlassen könnte[1]). Für die Fortifikation von Ehrenbreitstein bewilligte Leopold 50 000 Thaler, die zur Hälfte sogleich ausgezahlt werden sollten. Es waren wirklich großartige Gegenleistungen, die Leopold dem Kurfürsten versprach; aber von der Leyen mußte auch im Interresse seines Erzbistums darauf bestehen. Er hatte dadurch, daß er seine Stimme dem jungen ungarischen Könige gab, sich seinen kurfürstlichen Nachbarn von Köln und Mainz entfremdet. Köln war ein entschiedener Gegner des habsburgischen Hauses und sein Agent Wilhelm von Fürstenberg suchte unter Mitwirkung der französischen Regierung die vom Wiener Kabinett betriebene Wahl des jungen Leopold Ignaz zu hintertreiben. Zu diesem Zwecke erschien von Fürstenberg öfters am Hofe Karl Kaspars und versuchte ihn mit den glänzendsten Versprechen seitens Frankreichs für einen dieser Krone genehmen Kandidaten zu gewinnen. Durch diese häufigen Unterredungen gelang es dem Kölner Minister, die Gesinnung Karl Kaspars näher kennen zu lernen. Er konnte daraufhin bei der französischen Regierung Vorschläge machen, die dem Herzen des Kurfürsten entsprachen. Der Erzbischof war gelegentlich einer Unterhaltung auf eine frühere Schuld zu sprechen gekommen, die Heinrich IV. in Höhe von 60 000 Thaler Trier abzuzahlen hätte. Fürstenberg verlangte bei der französischen Regierung die Begleichung dieser oder doch mindestens eine verbindliche Anerkennung. Ferner müsse der Bruder des Kurfürsten eine Gratifikation erhalten[2]). Den verlockenden Anerbietungen wich indes v. d. Leyen stets aus. Er machte Fürstenberg nie bestimmte Versprechungen, sondern wies stets auf die anderen Kurfürsten hin, deren Ansicht er sich gerne anschließen werde. Auf Fürstenbergs Anraten hin ließ sich die französische Regierung mit Karl Kaspar in direkte Verhandlungen ein. Ihre Vertreter Gravelle und Lyonne kamen Mitte Sommer 1657 nach Klärlich zum Kurfürsten mit den weitgehendsten Vollmachten ausgestattet. Ihre Bemühungen waren erfolglos. Der Kurfürst wußte hier in geschickten Redewendungen die Gesandten hinzuhalten und sich von

---

[1]) Vereinbarungsinstrument zu Frankfurt. 22. 6. 1658. Wolf, Fürst Lobkowitz. — K. u. K. H. H. u. St. A. Wien. Treverensia I A/3 1652—66.

[2]) Lettres de Mazarin. VIII S. 122. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Treverensia I A/3 1652—66.

bindenden Erklärungen frei zu halten. Er stand eben auf Österreichs Seite und war nicht mehr davon zu trennen. Diese Haltung entsprach seinem durchaus deutschen Empfinden. Die Ansicht, daß nur die von Österreich versprochene hohe Geldsumme für Karl Kaspar von der Leyen bei seinem Entschlusse entscheidend gewesen wäre, läßt sich wohl nicht aufrecht erhalten. Frankreich bot, wenn wir dem Kurfürst glauben dürfen, bedeutend mehr als Österreich. „Wollte ich meine Stimme verkaufen, so wird mir Frankreich zweimal so viel dafür geben", äußerte Karl Kaspar dem Freiherrn von Hohenfeld gegenüber[1]). Die französischen Gesandten erschienen noch einmal mit klingender Münze, konnten jedoch den Kurfürsten nicht umstimmen. Im übrigen hatten diese persönlichen Verhandlungen mit den Gesandten Frankreichs dahin geführt, daß das beiderseitige Verhältnis sich sehr kühl gestaltete. Karl Kaspar benutzte die Gelegenheit, um auf die Bistümer Metz, Toul und Verdun zurückzukommen. Diese waren durch den westfälischen Frieden an Frankreich gekommen, aber unter der ausdrücklichen Bedingung, daß Trier die über die genannten Bistümer stets ausgeübten Metropolitanrechte auch in Zukunft verbleiben sollten. Die Bestimmung besagte nämlich[2]), Conventum est, Metensem, Tulensem, Virodunensem etc. in posterum ad coronam Galliae spectare eique incorporari debeant in perpetuum irrevocabiliter reservato tamen iure metropolitano ad Archi-Episcopatum Trevirensem pertinente. Entgegen diesen Bestimmungen suchte jedoch Ludwig XIV. auch die geistlichen Angelegenheiten an Frankreich zu bringen und hatte bereits bei der Kurie in Rom Schritte unternommen, ohne jedoch die vollständige Inkorporation der Bistümer vom Papste zu erlangen. Auf die Vorstellungen Karl Kaspars gaben die französischen Gesandten die Versicherung, „aus Leibeskräften dieser Sache Effekt zu negotiieren", aber von einer Nachgiebigkeit der Krone selbst war nichts wahrzunehmen. Es blieb somit die Frage des trierischen Metropolitanrechtes in der Schwebe und jahrelang ein unüberwindliches Hemmnis für die französische Regierung bei ihrem Versuche, sich dem Kurfürsten zu nähern. In Frankfurt versuchten Ludwigs Gesandte noch einmal mit Geld die Trierischen Bevollmächtigten für Frankreichs Interessen zu gewinnen, aber ihre anfänglich scheinbaren Erfolge wurden hinfällig, sobald der Kurfürst selbst erschien. Sein Auftreten bewies klar, daß er „österreichisch" war. Daher berücksichtigten Grammont und Lyonne den Kurfürsten und seine Gesandten

[1]) K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. I A/3 1652—66.
[2]) Moser, Kurtrierisches Staatsrecht. S. 169.

fürderhin nicht mehr, ja sie behandelten den Erzbischof sogar kalt. Mazarin sah in dieser kühlen Behandlung später die Ursache seiner politischen Niederlage[1]), die er Trier gegenüber erlitten hatte, und machte den Vertretern scharfe Vorhaltungen. In recht verbitterter Stimmung berichteten Grammont und Lyonne an Mazarin über die zuletzt vor der Wahl gepflogenen Verhandlungen mit Trier. Grammont schreibt: „Jeder Kurfürst bemühte sich mit größtem Pomp seinen Einzug in Frankfurt zu halten. Der von Trier erhöhte noch den Glanz, denn er war mitleidenerregend." „Die Hoffnung, welche Maréchal de Grammont und de Lyonne gefaßt hatten, den Kurfürsten zu gewinnen, war gering. Sein Bruder Damian Hartardt v. d. Leyen, der vor der Ankunft des Kurfürsten trierischer Gesandter war, hatte sich Geld vom König zahlen lassen, was nichts außergewöhnliches bei den Leuten dieser Nation ist, zumal da es, von welcher Seite es auch kommen mag, stets willkommen ist. Dabei gab er (Damian Hartardt) das Versprechen ab, daß sein Kurfürstlicher Bruder bei seiner Ankunft volle Genugtuung geben werde. „Aber Karl Kaspar ist ein unschuldig Kindlein", auf dessen Gespräch man nichts geben konnte. Die Ankunft des Kurfürsten hob jeden Zweifel. Es trat klar zu Tage, daß das vom König ausgeworfene Geld zwecklos ausgegeben worden war. Dies war gerade bei dem Kurfürsten der Fall, der doch am meisten auf Frankreich Rücksicht nehmen mußte. Der Kurfürst von Mainz behandelte seinen Amtsbruder so freundlich und fürstlich wie keinen anderen seiner Kollegen, aber er erreichte nicht mehr als Maréchal de Grammont, und die Folge zeigte, daß er voll und ganz für Österreich eintrat." Werfen wir noch einen Rückblick auf den Anfang des Jahres 1658, so können wir uns der Einsicht nicht verschließen, daß die österreichische Kabinettspolitik glücklich operiert hatte und man mit Sicherheit schon im Ausgang des Winters auf den Sieg derselben hoffen durfte. Sachsen stand von Anfang an auf seiten Österreichs. Der diplomatischen Kunst des Reichshofrates Kurz war es gelungen, den gefährlichsten Gegner der österreichischen Kandidatur, den jungen Kurfürsten von Bayern, zur Verzichtleistung auf seine Wahl zu bewegen und seine Stimme Leopold zu sichern.

Brandenburg hatte sich vom schwedischen Bündnis losgesagt und war mit Polen, das es bisher bekämpft hatte, ein Defensivbündnis eingegangen. Somit war für den österreichischen Geschäftsträger am

[1]) Nouvelle collection des memoires pour servir à l'histoire de France par Machaud et Pouchoulat.

Hofe von Warschau Franz von Lisola der Weg zur Annäherung an den Berliner Hof geebnet. Es konnten diese neuen Beziehungen dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm nur willkommen sein, da im Falle eines schwedischen Angriffes die polnische Hülfe nicht genügte. Gern griff der Brandenburger darum den Gedanken einer Annäherung an das Haus Österreich auf. Die von Lisola und Montecuculi im Auftrage des Wiener Kabinetts gepflogenen Verhandlungen führten am 14. Februar 1658 zu dem österreichisch-brandenburgischen Vertrag. Beide Parteien versprachen sich gegenseitige Hülfe gegen Schweden, der Kurfürst dazu seine Stimme für Österreich bei der bevorstehenden Kaiserwahl. Somit war Leopold der Stimmenmehrheit gewiß und konnte mit zuversichtlicher Hoffnung seiner Wahl entgegensehen. Am 19. März hielt er seinen feierlichen Einzug in die Stadt Frankfurt, wo auch bald darauf die Kurfürsten ankamen. Karl Kaspar von der Leyen verließ sein Erzbistum am 5. März und gelangte am 23. mit seinem gesamten Hofstaate in der Wahlstadt an. Die Verhandlungen schleppten sich noch mehrere Monate hin, und vor allem bereitete die Feststellung der Wahlkapitulation größere Schwierigkeiten, wenn auch der günstige Ausgang der Wahl für Österreich außer allem Zweifel schien. Schließlich fügte sich Leopold unter das harte Joch der Kapitulation und am 10. Juli wurde er zum Kaiser gewählt. Am 1. August fand die Krönung statt, auf den 4. August hatte Karl Kaspar seine Reise festgesetzt. So war also der Lieblingstraum des französischen Ministers Mazarin doch nicht in Erfüllung gegangen. Er war in seiner Politik dem Hause Österreich unterlegen. Aber diese diplomatische Niederlage hatte ihn keineswegs entmutigt. Das an die Höfe von Pfalz, Mainz und Köln gegebene Kapital sollte doch die erwarteten Zinsen einbringen. Hatte Frankreich in dem Streben, einen von ihm aufgestellten Klientelkaiser dem Reiche aufzuoktroyieren und so maßgebenden Einfluß auf Deutschland ausüben zu können, vollständig Fiasko gemacht, so ergriff Mazarin jetzt mit kühner Hand und sicherm Erfolg das Mittel, das ihn auf anderem Wege doch zum gewünschten Ziele führen sollte. Dieses Mittel war der Rheinbund. Anfangs hatte Mazarin der Entwickelung der rheinischen Defensivallianz kühl gegenüber gestanden. Für ihn war ja auch ein Eintritt in sie belanglos, wenn er in der Wahlfrage siegte. Jetzt aber, wo er in diesem Punkte nicht durchdrang, war ihm der Rheinbund eine vorzügliche Handhabe, den erwählten Kaiser die Fessel der Wahlkapitulation fühlen zu lassen. Diese Politik Mazarins mußte den Kurfürsten von Trier in die größten Schwierig-

keiten bringen. Seine Anhänglichkeit an Österreich sollte die härtesten Proben zu bestehen haben[1]). Wenn auch die Situation so ernst wurde, daß er sich im Interesse seines Landes genötigt sah, zeitweise sich Frankreich äußerlich anzuschließen, so schlug sein Herz in den kommenden Jahren ebenso treu für die Habsburger als in den Tagen, da er ihre Prinzen zum deutschen Kaiser küren half.

IV. Kapitel.

Karl Kaspars Stellung zum Rheinbund und zur Pfalz. Sein Eintritt in den Bund.

Wir sahen im II. Kapitel, wie die deutschen Fürsten der Westmark trotz des westfälischen Friedens noch fortwährend von kriegerischen Einfällen und Brandschatzungen heimgesucht wurden. Auch die Fürsten des nördlichen Deutschlands hatten wohl kaum das Gefühl, in ungestörter Ruhe dem ausgesaugten Lande die Segnungen des Friedens zuwenden zu können. Schwedische Truppen lagerten noch immer an der nördlichen Grenze des Reichs und trugen den an ihre Fersen sich heftenden Schrecken in die arme, wehrlose Bevölkerung. Da der Reichstag noch in unabsehbarer Ferne lag, auf dem eine neue Kreisverfassung zum Schutze der Reichsgrenze beschlossen werden sollte, so sahen die bedrängten Fürsten sich genötigt, freundnachbarschaftlich sich zusammenzutun und sich gegenseitig bei der Abwehr der Übergriffe einer rauhen Soldateska zu unterstützen. So einigten sich im Februar 1652 die Herzöge von Braunschweig zu einem Bündnisse, das bestimmt war, „die eingebüßte Sicherheit und Einigkeit im Reich auf dem Boden der Kreisverfassung zurückzugewinnen". Diese „Allianz" hatte also vom Beginn ihrer Gründung auf der Kreisverfassung beruht oder doch wenigstens den Schein einer Kreisinstitution gewahrt.

Über diesen Punkt ging der Kurrheinische Bund vom Jahre 1651 in seiner späteren Entwickelung hinaus. Der ober- und kurrheinische Kreis waren zwecks einer Allianz schon am 19. November 1651 in Frankfurt zusammengetreten. Da man aber hinsichtlich der Höhe der aufzustellenden Kontingente sich nicht einigen konnte[2]), so zerschlugen sich die monatelang währenden Verhandlungen ohne Ergebnis. Die

[1]) Siehe Kapitel IV.

[2]) Die Kurfürsten verlangten ein Truppenkontingent von wenigstens 5—6000 Mann, wohingegen die oberrheinischen Stände nur 2000 Mann stellen wollten.

einzelnen Vertreter zogen sich allmählich zurück, und schließlich blieben nur noch die von Trier, Köln und Mainz zurück. Diese schlossen allein unter sich einen Bündnisvertrag ab, der den Beitritt des oberrheinischen Kreises noch in Aussicht nahm[1]).

In diesem Vertrage verpflichtete sich Trier, 360 Mann zu Fuß und 88 Mann zu Pferd zu stellen, Mainz 702 Mann zu Fuß und 100 Mann zu Pferd, Köln 701 Mann zu Fuß und 100 Mann zu Pferd. Zu einer größeren politischen Aktion ist diese Allianz vom 21. März 1651 nicht gekommen. [2]) Daß dem Reichsoberhaupt solche Defensivallianzen nicht angenehm waren, können wir daraus schließen, daß es von deren Bildung stets abmahnte. Eine streng durchgeführte Kreisverteidigung hätte es dem Kaiser unmöglich gemacht, Spanien Hilfstruppen in den Niederlanden zukommen zu lassen, deren Weg unbedingt durch das Gebiet der Verbündeten führen mußte. Während der langen Dauer des Reichstages war man infolge der Händel und Reibereien einzelner Stände auch nicht zu der gewünschten Kreisverfassung gekommen. Klarer denn je hatte sich in Regensburg die völlige Konfusion und Schwäche des Reiches gezeigt. So blieb den Kurfürsten an der westlichen Grenze, wollten sie den von neuem drohenden Gefahren begegnen, nur der einzige Weg übrig, auf eine ähnliche Vereinigung wie die vom Jahre 1651 wieder zurückzugreifen. Die Anregung hierzu ging vom Bischof von Münster Leonhard v. Galen aus. Dieser lag im Streite mit der unbotmäßigen Stadt Münster und seinem dereinstigen Gegenkandidaten v. Mallinkrodt; er suchte Hilfe bei Köln, Trier und Pfalz-Neuburg. Wilhelm v. Fürstenberg, der mit der Führung der Verhandlungen beauftragt ward, sollte zugleich den Vorschlag eines Defensivbündnisses bei den rheinischen Fürsten zur Sprache bringen[3]). Köln und Pfalz-Neuburg erklärten sich für die

[1]) Darin, daß Trier den Vertrag mitunterzeichnete, tritt uns das heimtückische Wesen seines Kurfürsten Christoph v. Sötern so recht entgegen. Die Nachbarfürsten und die Öffentlichkeit glaubte er auf diese Weise von seiner warmen Vaterlandsliebe überzeugen zu können, während er, wie wir sahen, im Geheimen auf den Verrat des Erzstiftes an die Krone Frankreichs sann.

[2]) Abgesehen davon, daß Trier dem Kurfürsten von Köln Hülfe schickte bei dem Lütticher Einfalle und kölnische Truppen an der Einnahme der Feste Hammerstein mitwirkten. — Daß der Bund ausschließlich zur Wahrung katholischer Interessen geschlossen war, ist aus keinem Aktenstück ersichtlich und auch nicht anzunehmen, da doch gleich zu Anfang der Verhandlungen der Eintritt des protestantischen Kurfürsten von der Pfalz vorgesehen war.

[3]) Am 1. November gab v. d. Leyen in einer Audienz mit Wilhelm

münsterischen Unionspläne und die in Köln am 5. Dezember begonnenen Verhandlungen führten zu dem neuen Bündnisrezeß vom 15. Dezember 1654. Die Stärke der Bundesarmee war in Wirklichkeit nur auf 3600 Mann zu Fuß und 850 zu Pferd festgesetzt, von denen auf Trier 600 Mann zu Fuß und 100 zu Pferd entfielen. Es war der sehnlichste Wunsch des Kurfürsten Karl Kaspar v. d. Leyen, in diesen neuen Rezeß auch Kurmainz aufgenommen zu sehen. Während der Verhandlungen in Köln ließ er im Falle einer Erweiterung des Bundes durch seinen Vertreter die Aufnahme des Kurfürsten Johann Philipp v. Schoenborn ganz besonders empfehlen. Im Dezember 1654 richtete v. d. Leyen an Kurmainz die Anfrage, ob es dem Bunde beitreten wolle, und als der Erzkanzler seine Zustimmung gab, wurde der Rezeß auf ihn am 11. August 1655 in Frankfurt erweitert. Mit dem Eintritt von Kurmainz kam die Allianz erst zu ihrer richtigen Bedeutung und Wirkung. Der Streit über das Direktorium zwischen Köln und Mainz wurde zu Gunsten des Erzkanzlers entschieden. Für seine politischen Pläne reichte die bisherige Streitkraft nicht aus. Er sah sich daher nach einem bedeutenden Nachbar um. Das Nächste wäre allerdings gewesen, den Kaiser in diesen Bund hineinzuziehen. Aber das eben wollte Mainz nicht. Mit dem Kaiser war der Erzkanzler halb und halb zerfallen, weil das Haus Österreich trotz der Wahlkapitulation fortwährend den Spaniern gegen die Franzosen Truppen sandte. Schönborn sah hierin eine große Gefahr für das Reich und wollte durch Schaffung einer großen Liga dieser kaiserlichen Politik ein Hemmnis in den Weg legen. Da Bayern und Sachsen sich dem Bunde gegenüber ablehnend verhielten und Brandenburg im Kriege lag, konnte ein Machtzuwachs nur von Frankreich kommen. Dieser Gedanke fand auch bei Pfalz-Neuburg und bei dem schon längst durch französische Münze gewonnenen, für Frankreich tätigen Kur-Kölnischen Geschäftsträger Egon von Fürstenberg Anklang. Man kann nicht gerade behaupten, daß Mazarin von vornherin den rheinischen Unionsbestrebungen sympathisch gegenüber gestanden hätte[1]). Sein Augenmerk war zunächst auf einen viel wichtigeren Punkt gerichtet. Gelang es ihm, die Frage der deutschen Kaiserwahl in seinem Sinne zu lösen, dann war der Bund Nebensache, ja vielleicht seiner Politik sogar hinderlich. Unterlag er, dann hatte

v. Fürstenberg seinen Wunsch hinsichtlich der Vereinigung kund und versprach für die Beratungen den Domprobst v. Metternich, mit der weitestgehenden Vollmacht versehen, abzuordnen.

[1]) Vergl. S. 32.

er immer Zeit, die von den Fürsten dargebotene Hand zu nehmen und den Bund zu seinem Werkzeuge auszugestalten. Um dem Bunde größere Macht und Ausdehnung zu verschaffen, hatten die Verbündeten die braunschweigischen Herzöge und Hessen-Kassel nach Frankfurt zum Bundestag eingeladen. Diese Versammlung, zu der die Eingeladenen persönlich erschienen, wurde im Juli 1657 eröffnet. Man hatte eben Frankfurt gewählt, weil dort bereits seit Jahren der Deputationstag abgehalten wurde und so den Vertretern aller Stände der Zutritt zu den Verhandlungen offen stand. Von Anfang an zeigte sich eine auffallende Lässigkeit in den Beratungen und man schien zu keinem Entschlusse zu kommen. Nach allen Seiten hin ließ man noch während der Verhandlungen Einladungen ergehen, an Frankreich, Schweden, Holland, Brandenburg, Bayern. Der Erzkanzler glaubte endlich, sein so lange ersehntes großes Friedenswerk unter den Staaten Europas schaffen zu können. So phantastisch wie er dachte allerdings niemand. Kurfürst Karl Kaspar von Trier war zu nüchtern, um nicht die Richtlinien der mainzischen Politik zu erkennen. Klar und deutlich ging aus allem hervor, daß der rheinische Bund seine Spitze gegen Österreich und den Kaiser kehrte. Würde Frankreich in den Bund aufgenommen, dann bestand für den Kurfürsten von Trier kein Zweifel mehr, daß über kurz oder lang der Erzkanzler das Heft aus der Hand verlor, und daß die französische Regierung sein Erbe antrat und der Bund der Spielball ihrer Politik würde. Deshalb hatte v. d. Leyen von einer Anlehnung des Bundes an Frankreich stets abgemahnt. Als dennoch die Einladung an die französische Regierung von seiten der Verbündeten erfolgte, da schwand sein Interesse an dem Bund immer mehr. Er ließ zwar seinen Kanzler Buschmann an dem Bunde teilnehmen, aber die Äußerungen und die sichtliche Zurückhaltung des Vertreters ließen deutlich erkennen, wie weit bereits der Kurfürst sich der Allianz entfremdet hatte. Diese ließ mehr und mehr in den Verhandlungen die österreichfeindlichen Tendenzen zu Tage treten, eifriger denn je wurden die Beratungen betreffs der Aufnahme Frankreichs in die Allianz gepflogen. Karl Kaspars v. d. Leyen Lage war verzweifelt. Er hatte stets treu zu dem Erzhause gestanden und seine Anhänglichkeit soeben noch bei der Wahlangelegenheit aufs Neue betätigt. Sollte er austreten und sich von seinen bisherigen rheinischen Bundesgenossen trennen? Gewiß würde ihm das von seinen kurfürstlichen Nachbarn übel genommen werden. Und wie nahm die Krone Frankreichs dazu Stellung? Durch seinen Austritt zeigte Karl Kaspar ganz offen, daß er nicht ein Verbündeter

Frankreichs sein wolle. Das waren schwerwiegende Fragen, die ernstlicher und reiflicher Überlegung bedurften. Konnte nicht der König von Frankreich ihn zwingen, gegen seinen Willen an der Zugehörigkeit zum Bunde festzuhalten? Und in der Tat scheute Frankreich vor Drohungen nicht zurück, die seine Befürchtungen nur bestätigten. Die französischen Bevollmächtigten Grammont und Lyonne erklärten dem Gesandten Buschmann ganz offen, daß die in Flandern stehende Armee sofort auf Koblenz marschieren würde, falls der Kurfürst nicht nachgäbe. Bot ihm in diesem Falle der Kaiser hinreichenden Schutz? Von der Leyen glaubte wenigstens daran und dieser Glaube erleichterte ihm die Entscheidung. Während in Frankfurt die Verhandlungen endlich zum Abschlusse führten und das große Friedenswerk unter den rheinischen Fürsten mit Frankreich und Braunschweig, zu dem sich schließlich auch noch Schweden gesellte, seiner Vollendung entgegen ging, hatte sich der Kurfürst Karl Kaspar von der Leyen vollständig von ihm zurückgezogen. Am 15. und 16. August 1658 wurde in Frankfurt und Mainz der Hauptrezeß von den Verbündeten unterzeichnet, nämlich von dem Kurfürsten von Mainz, Köln, dem Pfalzgrafen von Neuburg, von Braunschweig-Lüneburg, Schweden und Frankreich. In der Annahme, daß der Kurfürst von Trier sich noch eines Besseren besinnen und der Allianz doch beitreten werde, beschloß man für die Unterschrift des Kurfürsten einen Platz hinter Mainz offen zu lassen. Des Kurfürsten Erklärung aber war jetzt, im Gegensatz zu seinem früheren unentschlossenen Auftreten, klar und bestimmt und ließ keinen Zweifel mehr an seinem Entschlusse aufkommen. Sie lautete dahin „daß des „hl. römischen Reiches allgemein und eines jeden Kurfürsten, Fürsten „und Standpartikular sichere conservation gegen alle innerliche und „äußerliche Unruhe und gewaltige Zunötigungen an dem vornehmlich „bestehen täte, wenn die Reichsglieder mit dem Neuerwählten Ober„haupt sich recht verstehen, uniiren und die Reichsdefension mit „einmütigem gesammten Rat und Zutun, wie es das Fundamentalgesetz, „insonderheit aber der Landfrieden und die executions-Ordnung dispo„nieren und verordnen, angestellt und verführt werde". Trotz dieser Antwort suchten die Verbündeten von neuem Karl Kaspar von der Leyen zur Unterzeichnung der Traktate zu bewegen. Ja die Drohungen, mit denen die Verbündeten in Frankfurt den trierischen Gesandten gegenüber nicht sparten, schienen in der Tat sich zu verwirklichen. Im Laufe des September hatte Ludwig XIV dem Kurfürsten von Köln einen Besuch abgestattet und bei dieser Gelegenheit eine größere

Truppenmacht an die trierischen Grenzen bringen lassen[1]). Unter dem Vorwande, eine Rekognoszierungsarmee am Rhein und an der Mosel aufzustellen und die Unterstützung der Spanier in den Niederlanden durch den Kaiser zu hindern, sollten die Truppen stärkere „Durch- und Zurückpassagen mit unleidlichen Pressüren und Belastungen der armen Leute vornehmen und sich der trierischen Plätze versichern". Die Trierer Regierung wandte sich in ihrer Not an den Kaiser. Anfang Oktober sandte sie den Freiherrn Lothar von Metternich nach Wien. Dieser legte in einer Audienz dem Geheimen Rat die äußerst gefährliche Situation seines Kurfürsten dar und stellte im Namen seines Herrn die Anfrage, ob es nicht doch besser sei, wenigstens auf 3 Jahre der Allianz beizutreten. Unterstützung könnte ihm der Kaiser ja doch nicht gewähren, da er selbst seine Truppen in dem polnischen Kriege verwenden mußte. Er, der Kurfürst, sei so ganz auf sich angewiesen und finde nirgends Hülfe. Die eigenen Truppen seien viel zu schwach und zu dem könne er sie unmöglich noch länger im Lande behalten. Der Kaiser habe für die Aushebung neuer Regimenter 50000 Thaler und 3000 Thaler monatliche Verpflegungsgelder versprochen, aber bis jetzt noch keinen Pfennig bezahlt. Die Stände wollten auch nicht mehr für die Unterhaltung aufkommen und das Domkapitel nehme eine ganz drohende Haltung ein, weil der Kurfürst durch die Verweigerung der Unterzeichnung des Bündnisvertrages für das Erzbistum nur Elend heraufbeschwöre. Kaiser Leopold ließ am 14. Oktober eine geheime Sitzung einberufen, an der Auersberg, Portia, Kurtz, Schwarzenberg und Ötinger teilnahmen. In dieser wurde dem Freiherrn v. Metternich bedeutet, daß der kaiserliche Hof die treue, nationale Gesinnung in dankbarster Anerkennung entgegennehme. Von dem Eintritt in die Allianz rieten die geheimen Räte entschieden ab. Die Tendenzen des Bundes seien gegen den Kaiser gerichtet[2]). Der Kurfürst solle ohne Sorge hinsichtlich der drohenden Gerüchte sein. Frankreich werde sich wohl hüten, einen deutschen Kurfürsten in Friedenszeit zu bekriegen und so den westfälischen Frieden zu brechen. Es war im Grunde nur eine

[1]) Brief Karl Kaspars v. d. Leyen an den Kaiser 1658, September. — K. u. K. H. H. u. St. Wien Trev. I A/3 1652—66.

[2]) Es bringt der Buchstaben dieser Allianz, bevorab bei jetzigem Statu im Reich vielmehr mit sich, daß sie mit ihrem höchsten Oberhaupt selbsten kommitiert und der Alliierten Waffen gegen ihre Kaiserliche Majestät anwenden, angeführt und sich wider dieselben gebrauchen lassen müssen. Oktober 1658. — K. u. K. H. H. u. Staatsarchiv. Treverensia I A/3 (1652—66).

leere Vertröstung, die der Kaiserliche Geheime Rat dem Abgesandten mit auf den Heimweg gab. Von einer Hilfeleistung war gar keine Rede, ebensowenig von den bei der Wahl versprochenen Summen. Aufs neue ließ Karl Kaspar durch seinen Residenten am Wiener Hofe Dr. Meyer beim Kaiser betreffs der restierenden Summen anfragen. In einem an den Erzbischof persönlich gerichteten Schreiben legte Leopold des längeren die Gründe dar, weshalb er einstweilen unmöglich dem Wunsche des Kurfürsten willfahren könne. Er habe drei große Armeen aufgestellt in Polen, in Holstein und in den Erblanden, und diese verschlängen sehr große Summen, sie würden ohnehin das arme Land dem Ruin durch die Kontributionen nahebringen[1]). Da aber die Trierer Landstände von einer weiteren Verpflegung des geworbenen Regiments nichts mehr wissen wollten und des Kurfürsten Kasse vollständig erschöpft war, so blieb ihm keine andere Wahl, als die unter dem Obersten v. Wolframsdorf stehenden Truppen bis auf 300 Mann zu entlassen[2]). Diese 300 Mann waren zur Verstärkung seiner Garnison in Koblenz erforderlich. Mittlerweile hatten die Uniierten zum dritten Male die Allianztraktate dem Kurfürsten zur Unterzeichnung zugeschickt. Aber auch dieses Mal sandte Karl Kaspar sie ohne seine Unterschrift zurück und zwar jetzt mit folgender angefügter Deklaration: „daß nämlich „jetzt erwähnte Abkündigung der verfaßten Allianz derjenigen Hilfe„leistung und Assistenz, wozu ein Stand gegen den andern in Kraft der „Reichsgesetze, insonderheit aber der executionsordnung voriger und „künftiger Reichs- und Kreisverfassung des westfälischen allgemeinen „Reichsfriedens darin enthaltender Garantie des jüngeren Kreisabschiedes, „was derwegen ferner Sr. Kaiserlichen Majestät bei dero königlichen „Wahl kapituliert und verglichen worden, obligiert und verbunden ist, „ich mich zu entziehen und von anderen Kurfürsten und Ständen ab„zusondern nit gemeint, sondern vielmehr uf allen und jeden Fall ein „oder anderen Stand wider den gemeinen Frieden und Reichsconsti„tutiones beleidigt, überfallen und beschwert, vor dem Kaiser, als dem „höchstgeehrten Haupt und obersten Schutzherrn und Handhabern des „gemeinen Reichsfriedens oder von Kreiswegen zu solcher Hülfeleistung „ich, Karl Kaspar, geboten und angemahnt werden sollte, das meinige dem „Vermögen und beim Reich hergebrachten Anschlag noch beizutragen und

[1]) Schreiben vom 28. 11. 1658. Wien. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Treverensia Fasc. I A/3 (1652—66).

[2]) Schreiben Karl Kaspars am 23. 12. 1658. Wien. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Treverensia F. I A/3 (1652—66).

„dem notleidenden Stand zu seiner Defension und Rettung zuzuschicken „erbietig sei, hingegen auch auf den unverhofften Fall mir in „meinem Erzstift dergleichen Vergewaltigung widerfahren sollte, „von ihnen den uniirten Fürsten und Ständen ungeachtet der abge- „schriebenen Partikularverbündnis der ex reciproca in constitutionibus „imperii et pace publica fundata obligatione schuldigen Hülfeleistung „gegenwärtig sein wollte, der guten Zuversicht lebend mehr gedachte „uniierte Könige, Kurfürsten und Stände werden über diese itz gedachte „meine recht und billig, mäßige Erklärung in mich weiter nit dringen, „viel weniger derentwegen wider meinem Erzstift etwas ungütlich vor- „nehmen oder andern solches zu tun gestatten, ich mich auf itz ge- „dachtem glimpflichen Weg von diesem der Kaiserlichen Majestät und „dem ganzen Reiche so hoch bedenklichen conförderationshändel los- „zuwirken verhoffe[1]". Alle Versuche der Verbündeten waren also erfolglos geblieben; Karl Kaspar von der Leyen blieb der kaiserlichen Politik treu. Wenn dabei auch persönliche Interessen mitspielten, so waren sie doch nicht allein ausschlaggebend, nein, in ihm steckte noch ein guter Kern wahren, nationalen Empfindens. Mit dem Kaiser, dem Reichsoberhaupt sah er das Reichsgefährliche in dem internationalen Bündnis, und darum hielt er sich von ihm fern. In dieser Zeit hochpolitischer Erregung müssen wir auf ein Ereignis zurückkommen, das so recht zeigt, wie im Reiche selbst die Fürsten voreinander auf der Hut sein mußten. Von kurpfälzischen Soldaten war mit Wissen des Kurfürsten Karl Ludwig ein Anschlag auf die Festung Ehrenbreitstein ins Werk gesetzt worden[2]). Im Laufe des Sommers 1656 hatte der in kurpfälzischen Diensten stehende Oberstleutnant Frieß auf einer Rheinreise im Schutze der Nacht eine Besichtigung des Ehrenbreitstein gewagt. Damals war ein gewisser Johann Adam Siebert in den Dienst des Kurfürsten Karl Ludwig von der Pfalz getreten und zwar unter den genannten Oberstleutnant Frieß. Er hatte vorher zwei Jahre lang auf Ehrenbreitstein gedient. Diesen Siebert wußte Oberstleutnant Frieß in sein Vertrauen zu ziehen. Er beförderte ihn in kurzer Zeit zum Korporal, um sich sein Zutrauen und seine Geneigtheit zu versichern. Eines Abends wurde Siebert ins Heidelberger Schloß eingeladen. Bei dieser Gelegenheit besprach der Oberstleutnant bis ins Kleinste die Anlage der Festung Ehrenbreitstein und stellte an Siebert die Frage,

[1]) Schreiben Karl Kaspars an den Kaiser 16. 12. 1658. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Treverensia Fasc. I A/3 (1652—66).

[2]) K. u. K. H. H. u. St. A. Wien. Treverensia Fasz. I A/3 (1652—66).

ob er nicht an einem Anschlage auf die Festung teilnehmen wolle. Dieser erklärte sich dazu bereit und erhielt alsbald den Auftrag, nach Ehrenbreitstein zu gehen und die Mauerhöhe an der bequemsten Einfallstelle zu messen. Nach seiner Rückkehr wurde ihm vom Kurfürsten der Befehl erteilt, wieder in trierische Dienste auf der Festung zu treten und nur die Stelle eines einfachen Gefreiten anzunehmen. Als Lohn erhielt er von dem Kurfürsten 10 Thaler. Während Siebert in Ehrenbreitstein stand, wurden zu Heidelberg Leitern hergestellt und sonstige Vorbereitungen für den Anschlag in die Wege geleitet. Die während seiner Dienstzeit auf der Festung vorgenommenen Neuerungen und baulichen Veränderungen berichtete Siebert getreu nach Heidelberg. Da er aber seinen Posten nicht verlassen konnte, wurde von Zeit zu Zeit ein Zwischenhändler zu ihm geschickt. Monatelang schon hatte Siebert auf Ehrenbreitstein getreu seinen Posten als Gefreiter versehen[1]), und immer noch nicht ward der Termin des Anschlages festgelegt. So rückte allmählich die Kaiserwahl heran. Sämtliche Kurfürsten fanden sich in Frankfurt ein, unter ihnen auch Karl Ludwig. In seiner Begleitung befand sich Generallieutenant Balthasar, dem die Leitung des Anschlages anvertraut war. Als man eben in Frankfurt in die engere Wahlangelegenheit eintrat, ging dem Kurfürsten Karl Kaspar von der Leyen die Nachricht zu, daß ein kurpfälzischer Untertan mit seiner Begleitung auf Ehrenbreitstein festgenommen worden sei. Der Kurfürst von Trier wünschte, daß man noch in Anwesenheit des neuerwählten Kaisers über die Angelegenheit verhandle. Sofort ließ er Leopold ein Memorial zustellen, in dem er die sofortige Festnahme der bei dem Anschlag in Frage kommenden Leute verlangte, „damit durch ordentlichen beschleunigten Weg erstens den rechten Grund der Sachen nachgesucht, die nach aufgenommenen Beweis schuldig befundenen Täter mit Strafen der rechten angesehen werden mögen[2])." Als der kurtrierische Agent Franziskus Meyer in Erfahrung gebracht hatte, daß einer der am Anschlage Beteiligten namens Johann Egmond in Frankfurt wäre, richtete der Kurfürst ein zweites Memorial an den Kaiser, in dem er das sofortige

[1]) Wie aus dem Berichte Sieberts hervorgeht, hatte er mit Absicht den Auftrag angenommen, um eher den Anschlag verhindern zu können und die Festung seines Herrn (er war gebürtiger Trierer) nicht durch Verrat preiszugeben.

[2]) Schreiben vom 26. 4. 1658. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Treverensia F. I A/3.

Verhör durch eine kaiserliche Kommission wünschte. Dem willfahrte Leopold und erließ ein Dekret an den Magistrat der Stadt, den Johann Egmond festzunehmen. Die Kommission übertrug er seinen geheimen Räten Johann Wahlderode von Eckhausen und Georg Ludwig von Lindenspur. Zugleich forderte der Kaiser den Kurfürsten Karl Ludwig auf, die an dem Versuch beteiligten kurpfälzischen Untertanen zum Verhör nach Frankfurt zu entsenden, vor allen den Generallieutenant Balthasar und Oberstlieutenant Frieß. Diese Forderung wies jedoch der Kurfürst von der Pfalz mit aller Entschiedenheit in einem an Trier gerichteten Schreiben zurück. Er erklärte, er werde „nimmer seine besten, vornehmsten Kriegsbediente entlassen", da er sie wegen der feindseligen Absichten Bayerns nicht entbehren könne und da zweitens ihm als erster Instanz der allgemeinen Kur- und fürstlichen, als ihm und seinem Kurhaus von römischen Kaisern und Königen erteilte Spezial-Privilegien die Sistierung seiner Bedienten zustehe[1]. Darauf wandte sich Karl Kaspar, von der Mitwissenschaft seines fürstlichen Nachbars fest überzeugt[2]), wieder an Kaiser Leopold. Er sah in dem Anschlag einen Reichsfriedensbruch und wies auf die Reichskonstitution hin, in der ausdrücklich vorgesehen, „daß auf den Bruch des Landfriedens auch wider Mediatstände und Untertanen mit Vorbeigehung erster Instanz immediate geklagt und Recht begehrt werden könne." Wenn jedoch Kurpfalz in dem Versuch keine Actio pacisfragii sehe, so berufe er sich auf den reinen Buchstaben der Konstitutio vom Landfrieden in verbis: „an in causis pactae pacis conatus pro effectu habeatur[3]." Karl Kaspar wünschte eine höhere Obrigkeit zur Rechtsprechung und das war nach seinem Ermessen nur eine von kaiserlicher Majestat bestellte Kommission, der sich der Kurfürst von der Pfalz fügen und seine Leute zum Verhör entsenden müsse. Es ward dann auch eine kaiserliche Kommission eingesetzt, die dem Kurerzkanzler Philipp von Mainz und dem Landgrafen Georg von Hessen-Darmstadt übertragen wurde[4]. Diese nahmen sich der Sache aber nicht mit den erforderlichen Eifer und Ernste an. Monate gingen

[1]) Reichshofratsprotokoll. Band 176. Folio 23a—24.

[2]) „Ob sollte eines oder anderes mit Kurpfalz vorwissen und geheimb vorgegangen sein."

[3]) 22. 8. 1658 Karl an den Kaiser. Wiener Archiv. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Treverensia I A/3.

[4]) Schreiben des Kaisers vom 22. Dezember 1658. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Fasc. I A/3.

ins Land, ohne daß die Kommission auch nur einen Schritt zur Erledigung tat. Hiefür finden wir eine Erklärung in der politischen Lage. Karl Kaspar war nicht in den Rheinbund eingetreten, dem der Landgraf von Hessen-Darmstadt angehörte und als dessen Schöpfer und spiritus rector Kurmainz angesehen sein wollte. Diese Tatsache hatte eine nicht geringe Entfremdung zwischen dem Trierer und den Rheinbundsfürsten zur Folge. Von Köln und Mainz mußte sich Karl Kaspar auch sonst manche Intriguen gefallen lassen. Die Verzögerung dieses Rechtsstreites, den Karl Kaspar gerne möglichst schnell beendet sehen mochte, war eine jener Schikanen[1]). Nachdem so ein ganzes Jahr verstrichen war, wandte sich der Kürfürst wieder an den Kaiser Leopold und bat ihn, die ernannte Kommission zu kassieren und eine neue einzusetzen. Dies tat denn auch der Kaiser und übergab die Erledigung der Angelegenheit dem Magistrat der Stadt Frankfurt. Die Frankfurter Kommission bestand aus Bedern von Bienenthal, Johann Adolph Stephan von Cronstetten, Antonius Glocken, Heinrich Wilhelm Keller; kurtrierische Bevollmächtigte waren Johann Buschmann und August Beckstein. Indessen war der Oberstleutnant Frieß aus dem pfälzischen Dienste ausgetreten. Der trierische Bevollmächtigte August Beckstein erließ an den Magistrat die Aufforderung, die Zitation von Frieß öffentlich anzuschlagen. Es stellte sich heraus, daß der Gesuchte in schwedische Dienste getreten und Festungskommandant von Bremervörde geworden war. Die Nachricht von der Zitation des Frieß war dem Kurfürsten Karl Ludwig in Mannheim zu Ohren gekommen. Diesem war natürlich die steckbriefliche Verfolgung eines seiner ehemaligen Diener höchst peinlich. In einem Schreiben an den Stadtrat von Frankfurt tadelte er die Art und Weise der Zitierung auf das schärfste und forderte, die Sache ins Wasser fallen zu lassen, wie es auch Mainz und Hessen-Darmstadt getan[2]). Darauf ließ der Magistrat die Zitation entfernen, teilte aber dem Kurfürsten Karl Ludwig mit, daß er die kaiserliche Kommission nicht abschlagen werde. Oberstleutnant Frieß hatte übrigens auf die Zitation geantwortet, daß er zu der Anklage

[1]) Von den kölnischen und mainzischen Quälereien sprach ein trierischer Agent dem französischen Bevollmächtigten de Lyonne . . . . jalousie de la part? des electeurs de Mayence et de Cologne, qui affectaient à son égard une superiorité blessante, dann sprach er von den „maniers d'agir dont les autres Electeurs l'y avaient voulu conduire comme par le nez." Brief Lyonnes an Gravelle, 5. 8. 1661.

[2]) Schreiben des Kurfürsten vom 7. 4 1661, Mannheim. Wiener Archiv. K. u. K. H. H.. u. St. Wien. Fasc. I A/3 (1652—66).

Stellung nehmen werde. Er könne dies aber nur auf schriftlichem Wege, da er schwer erkrankt sei und übrigens von seinem Könige die Erlaubnis, persönlich sich in diesem Punkte zu verteidigen, nicht erhielte. Ein ähnliches Schreiben wie Kurpfalz sandte auch der Gouverneur von Bremen an den Kurfürsten Karl Kaspar[1]). Er protestierte gegen die Frankfurter Kommission und gab deutlich zu verstehen, daß der König von Schweden auf keinen Fall den Kommandanten im Stiche lasse. Durch dieses Schreiben mag vielleicht der Kurfürst von Trier eingeschüchtert worden sein. Er fürchtete, daß etwa hieraus andere politische Händel entstehen möchten, die ihn zu Schweden in Gegensatz bringen könnten. Mit Schweden aber wollte er nichts zu tun haben. Inzwischen war bereits zwischen Pfalz und seinen Nachbarn ein anderer Rechtsstreit entbrannt, in den auch Kurfürst Karl Kaspar verwickelt wurde. Es war der bekannte sogenannte pfälzische Wildfangstreit. Durch alles dieses bewogen ließ nun der Kurfürst seine Klage fallen und richtete an den Rat von Frankfurt die Aufforderung, die Kommission niederzulegen[2]).

Kehren wir nun zur Betrachtung der politischen Stellungnahme des Kurfürsten Karl Kaspars von der Leyen zurück. Konnte der Erzbischof sich in der vereinsamten Lage, die er mitten unter seinen Nachbarn einnahm, halten? War das Vertrauen, das er in den neuerwählten Kaiser Leopold setzte, kein großer Fehler? Daß er von seinen verbündeten Nachbarn noch mehr zu leiden haben würde, sah er ein und das sollte er auch bald genug erfahren. Dabei besaß er nicht die erforderlichen Kräfte und Mittel, sich zu wehren und seine selbständige Stellung zu wahren. Sein Gebiet lag dicht an der Reichsgrenze, wo noch immer die Flammen des Krieges leicht und schnell auffloderten. Indessen begann bereits das Zünglein der Wage sich auf die Seite Frankreichs zu neigen. Spanien unterlag trotz der Unterstützung des kaiserlichen Vetters. Dieser Umstand mußte auf den Kurfürsten Karl Kaspar einwirken. Aus dem Kriege ging Frankreich siegreich hervor, sein Einfluß auf die deutschen Geschicke wurde bei weitem gewichtiger als der des Kaisers. Fast alle westlichen Reichsfürsten befanden sich im Fahrwasser der französischen Politik, die in der Bildung des Rheinbundes einen unblutigen Sieg von größter Bedeutung über Österreich davongetragen hatte. Nur Karl Kaspar wagte noch dem

[1]) Schreiben vom 31. 3. 1662. K. u. K. H. H. u. St. Wien. Fasc. I A/3 (1652-66).

[2]) Schreiben vom 4. Juni 1662. Karl Kaspar nach Frankfurt. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Fasc. I A/3 (1652—66).

übermächtigen fremden Nachbar zu widerstehen. Daß Frankreich sein Land nicht annektieren würde, das wußte er, daß jenem aber sehr viele Mittel zu Gebote standen, ihn zu schikanieren, mit diesem Gedanken mußte er sich vertraut machen. Der Kaiser hatte sich zwar verpflichten müssen, die Spanier nicht mehr durch Truppensendungen zu unterstützen. Aber die Folgezeit lehrte, daß Leopold sich über diesen wichtigen Punkt der Wahlkapitulation hinwegsetzte. Mußte nicht der Kurfürst fürchten, daß diese Truppen dann den Marsch durch sein Gebiet nahmen? Dann hatte es den Anschein, als ob er auch seinerseits auf spanischer Seite stehe, weil er eben die Durchzüge nicht wehrte. Auf diese Weise konnte er Frankreich, das ohnehin auf ihn erzürnt war, Veranlassung geben, in sein Erzstift einzurücken. So lief er Gefahr, leicht die Schrecken des 30jährigen Krieges wieder heraufzubeschwören, obgleich die alten Wunden noch nicht vernarbt waren. Im Dezember des Jahres 1658 drangen Warnungen an sein Ohr, die dahin lauteten, daß man sich der Ehrenbreitstein'schen Festung bemächtigen wollte, um etwaigen österreichischen Truppen den Rheinübergang zu wehren. Der Kurfürst wußte, daß dieser Anschlag von den Fürsten des Rheinbundes und vor allem von Frankreich ausging. Wohl wurde energisch der Ausbau der Festung in Angriff genommen, aber es fehlte dem Kurfürsten an Soldaten und vor allem an Geld. Der Kaiser hatte ihm das Wolframsdorf'sche Regiment überlassen, aber für die Verpflegung, die er versprochen, hatte er noch keinen Heller bezahlt. Die trierischen Stände wollten und konnten auch nicht länger die Verpflegung dieses Regiments tragen. Ein Gesuch des Kurfürsten um eine Teilzahlung wurde vom Wiener Kabinett abschlägig beantwortet. Indessen wurde das Gerücht eines Einfalls immer drohender[1]). Endlich ließ der Kaiser sich herbei, dem bedrängten Erzbischof 12000—15000 Taler zu überweisen. Kurz darauf, im März 1659 ging dem Kurfürsten ein Schreiben Ludwigs XIV. zu, in dem der König durchblicken ließ, daß man, abgesehen von der Allianz, sich auf einem anderen Wege der schuldigen Generalfriedensgarantie beizukommen vermeine[2]). In dem-

[1]) In einem Brief vom 25. I. 1659 an den Kaiser schreibt Karl Kaspar: Ich habe immer noch unter metum et spem gelebt und werde öffentlich bedrohet, daß, wann einiger Sukkurs aus Deutschland in die Niederlande gehen würde, man mein Erzstift überfallen, dessen sich bemächtigen und solche Hinunterfuhr am Rheinstrom behindern wolle. K. u. K. H. H. u. St. Wien. Fasc. I A/3 (1652—66).

[2]) Schreiben des Kurfürsten an den Kaiser 17. 3. 1659. Wien. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Fasc. I A/3 (1652—66).

selben Schreiben stellte Ludwig an Karl Kaspar die Forderung, ihm Unterstützung gegen die Niederlande zukommen zu lassen, und dann verlangte er die feste Zusage, daß der Kurfürst die Rheinpassage den kaiserlichen Hilfsvölkern verwehre. Das Gerücht einer Unterstützung Spaniens von seiten des Kaisers verdichtete sich im Laufe der Monate März und April immer mehr, die Unierten aber hatten beschlossen, mit vereinter Macht den kaiserlichen Sukkurs zu verhindern. Die Lage des Kurfürsten wurde mit jedem Tage schlimmer. Er sah sich von allen Seiten von Feinden umgeben, er mußte mit dem übermächtigen Frankreich eine Verständigung herbeiführen, wenn er seinem Gebiete leidliche Ruhe erhalten wollte. Er konnte natürlich auf Frankreichs Forderung einer Truppensendung nicht eingehen, wohl aber den Rheinübergang bei Koblenz wehren. Zur Erfüllung dieser zweiten Forderung erklärte er sich bereit[1]); denn dadurch beseitigte er den Grund, den Frankreich für einen Einfall ins trierische Gebiet vorschützte. Es verbreitete sich bereits die Kunde, daß Marschall la Ferte in Lothringen Truppen zusammenziehe, um „dem vorgebildeten Sukkurs für die Niederlande entgegenzugehen und den Paß des Reiches bei Koblenz zu disputieren[2])“. Vor allem beobachtete der Kurfürst von Mainz seinen Amtsbruder von Trier scharf und suchte ihn bei Frankreich anzuschwärzen. Den Erzbischof von Mainz hatte Karl Kaspar ganz besonders im Auge, wenn er in einem Briefe an den Erzherzog Leopold Wilhelm von Österreich davon spricht, „daß es in Deutschland nicht an Leuten ermangele, die sich bemühen, den König wider mich und mein Erzstift weiteres zu animieren.“ Vor seinen geistlichen Nachbarn mußte er ganz besonders auf der Hut sein. Da der Kurfürst nur unter den äußersten Schwierigkeiten für die Verpflegung des Wolframsdorf'schen Regimentes sorgen konnte, so bat er Leopold, der nach der einmaligen Zahlung von 15000 Talern dem Kurfürsten keinen Pfennig mehr geschickt hatte, das Regiment zurückzuberufen. Leopold ging auf seinen Wunsch ein, beorderte das Regiment jedoch nach Hamburg, um es gegen die Schweden zu verwenden. Mit diesem Entschlusse des Kaisers war jedoch Karl Kaspar nicht einverstanden. Nach seiner Ansicht konnte der Abmarsch des Regiments nach Norden gegen Schweden als eine Unterstützung der Kaiserlichen seitens Kurtriers angesehen werden.

[1]) Geht hervor aus dem Schreiben an den Kaiser, 24. 3. 1659. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Fasc. I A/3 (1652—66).

[2]) Brief Karl Kaspars an Graf Lamberg, 27. 3. 1659. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I A/3 (1652—66).

Deshalb verlangte der Kurfürst, daß die Truppen zunächst nach Böhmen abgeführt werden sollten, von da aus könnte der Kaiser sie dann nach dem Norden entsenden[1]). Und in der Tat, kaum befand sich das Regiment unter dem Freiherrn von Hohenfeld auf dem Marsche nach Böhmen, da erschienen zu Merzig und im Saargau französische Truppen unter dem Marschall la Ferte, raubten und plünderten in den benachbarten trierischen Gebieten. Als Vorwand schützten sie die Entlassung des Regiments zur Unterstützung der Kaiserlichen gegen die Schweden vor. „Dafür der König von Frankreich als Kompasziscent kraft der versprochenen Generalgarantien den König von Schweden mit einem konsiderablen exercitu zu assistieren und denselben durch das Erzstift zu führen obligiert und entschlossen sei, und daß die zurückhaltenden Stände darunter zu leiden hatten, vorab jene, welche mit kaiserlicher Majestät dabei hielten und in ihren Landen kaiserliche Völker hielten[2])." Sofort rief der Kurfürst die Truppen wieder zurück, um sich gegen die französischen Gewalttaten wehren zu können. In seiner Bedrängnis wandte er sich auch an Maximilian von Köln und an Pfalz-Neuburg um Unterstützung. Hierbei berief er sich auf die fürstliche Vereinigung vom Jahre 1654. Von ihnen wurde sein Gesuch jedoch abschlägig beschieden, ebenso erfolglos war seine Bitte beim spanischen Generalgouverneur Marquis Carasena. Dieser brachte die Bedenken vor, daß die Entsendung von Soldaten nicht angängig sei, da man sich allmählich zum Frieden einige und die Unterstützung eines deutschen Reichsstandes Störung in der Friedensverhandlung verursache. Auch ein zweites Bittgesuch an Carasena, in dem er die Truppensendung damit begründete, es handle sich lediglich um eine Abwehr der französischen Truppen von seinem Gebiete, wurde abgewiesen. Darauf schickte er eine Gesandtschaft an den Generalgouverneur, um wenigstens den Abmarsch der Truppen aus den trierischen Liegenschaften zu bewirken. Aber auch dazu ließ Carasena sich nicht herbei und unverrichteter Sache mußte die Gesandtschaft zurückkehren. Karl Kaspar faßte nun den Entschluß, direkt mit dem König von Spanien sich in Verbindung zu setzen und dadurch Schutz gegen die französischen Einfälle zu erhalten. Der Kaiser erklärte sich zur Vermittelung bereit und beauftragte den Grafen von Lamberg den kurtrierischen Gesandten zu unterstützen, der zu „besserer Konservation über eine engere Ver-

[1]) 3. August 1659 an den Kaiser. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Fasc. I A 3 (1652—66).

[2]) Schreiben Karls an den Kaiser Anfang September 1659. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Fasc. I A/3 (1652—66).

bindung mit Spanien zu traktieren habe.“ Aber Spanien hatte sich bereits mit Frankreich geeinigt und empfand keine Lust, nach dem empfindlichen Schlage, den ihm der Pyrenäische Friede versetzte, für einen deutschen Fürsten Partei zu ergreifen gegen einen Feind, mit dem es sich eben erst unter harten Bedingungen ausgesöhnt hatte. Durch den Pyrenäischen Frieden war dem Herzog Karl von Lothringen sein Land wieder zurückgegeben worden. Allerdings hatte er seine Rehabilitierung durch Preisgabe einiger Liegenschaften an Frankreich sehr teuer erkauft. Es waren Bar Moyenois, Clermont und Stenay. Der Kurfürst von Trier aber hatte in diesen Gebieten Diözesanrechte; diese wurden natürlich auch von Frankreich eingezogen. Dazu kam, daß das Domstift zu Trier aus dem Herzogtum Bar große Geldrenten bezog. Wohl hatte oft Lothringen diese trierischen Rechte bestritten, aber bisher war das Kurfürstentum Trier den Übergriffen der lothringischen Herzöge stets gewachsen gewesen. Nachdem nun diese Gebiete an Frankreich gekommen waren, fürchtete Karl Kaspar mit Recht, daß Frankreich sich nicht um diese trierischen Rechte und Renten kümmern werde. So wurde der Gegensatz, in den der Kurfürst durch seine Reichspolitik zu Ludwig XIV. getreten war, noch durch den Umstand verschärft, daß Karl Kaspar in seinen Einnahmequellen sich aufs schwerste geschädigt sah. Wollte er wirksam die Interessen seines Bistums wahrnehmen, dann mußte er seine Stellungnahme zu Frankreich ändern. Gegen den Willen Ludwigs konnte man nichts erreichen, aber im Einvernehmen mit ihm sehr viel. Die Hoffnungen, die Karl Kaspar auf den für das gesamte Haus Habsburg günstigen Frieden zwischen Frankreich und Spanien gesetzt, hatten sich als trügerisch erwiesen. Spanien ließ ihn im Stich und der Kaiser fand ihn mit tröstenden Worten ab. Seine österreich-freundliche Politik hatte ihn mehr und mehr in einen gefährlichen Gegensatz zu dem allmächtigen Ludwig gebracht. Es war klar, daß Frankreich als erste Bedingung zu einer Verständigung den Eintritt des Kurfürsten in den Rheinbund verlangen würde. Dieser Schritt war das schwerste Opfer, das er seiner reichstreuen Überzeugung brachte, der schwerste Schlag, den er dem Kaiser versetzte, das willkommenste Geschenk, das er Frankreich reichte, die einzig sichere Grundlage, auf der er die Sicherheit und Ruhe seines Erzstiftes aufbauen konnte.

Zu diesen Maßnahmen drängte ihn ganz besonders das materiell geschädigte Domkapitel, das seiner Einkünfte in den beschlagnahmten lothringischen Gebieten nicht verlustig gehen wollte. In einer Resolution teilte der Kurfürst seinen Entschluß, in den Rheinbund einzu-

treten, mit und legte dem Kaiser die zwingenden Beweggründe klar[1]). Leopold wollte den Worten des Kurfüsten nicht recht Glauben schenken und warnte ihn mit den eindringlichsten Worten vor der Verwirklichung seines Vorhabens. Der Kurfürst sei doch stets ein so friedfertiger Fürst gewesen, von dem noch kein Stand beleidigt worden wäre, der stets treu zu seinem Oberhaupte gehalten; daß er darob von den Verbündeten belästigt würde und gerade von Frankreich, das könne er nicht glauben[2]). Da jedoch von einem tatkräftigen Eingreifen durch den Kaiser keine Rede war, nahm der Kurfürst die Verhandlungen mit Frankreich auf. Gegen Ende des Sommers 1660 führten sie bereits dahin, daß Frankreich Kurtrier in den Pyrenäischen Frieden aufnahm und alle trierischen Rechte und Renten in den lothringischen Gebieten anerkannte. Hinsichtlich der Allianz hatte Karl Kaspar seinen Eintritt versprochen, aber die Verhandlungen schritten langsam voran. Auf des Kurfürsten Schreiben waren die Vertreter der Verbündeten zusammengekommen. Von der Leyen wünschte, daß die schwedisch-deutsche Provinz aus der Allianz ausgeschaltet werde. Über diesen Punkt konnten die Gesandten sich nicht einigen. Mit dieser Bedingung gedachte der Kurfürst dem Kaiser und dem Kurfürsten von Brandenburg einen Gefallen zu erweisen und seine stete Treue zu Österreich darzutun; denn erreichte er das, dann hatte er Schweden um die nicht zu unterschätzende Hülfe des Rheinbundes geschwächt; wenn der Kaiser und Brandenburg ihre Truppen in deutsch-schwedische Gebiete warfen, hatten diese es nur mit dem einen Gegner Schweden zu tun. Aber dadurch, daß Karl Kaspar durch solche Bedingung die Verhandlungen in die Länge zog, wurde sein Verhältnis zu Frankreich kühler, das den bedingungslosen Eintritt in den Rheinbund vorausgesetzt hatte. Im Laufe der nächsten Monate traten wieder territoriale Fragen zwischen Trier und Frankreich in den Vordergrund, die des Erzbischofs Lage immer trüber gestalteten. Das Kurfürstentum Trier besaß mit dem Herzogtum Lothringen gemeinsam das Schloß Montclair an der Saar. Dieses Schlosses hatte sich der französische Kommandant von Sierck bemächtigt, hatte eine Besatzung hineingelegt und machte sich daran, das Schloß in eine kleine Festung umzugestalten.

Die Beschwerden Triers bei Lothringen und dem Kommandanten hatten keinen Erfolg. Der Kurfürst berief sich auf die Verträge, die ausdrücklich bestimmten, daß Lothringen ohne Einwilligung Triers

[1]) Schreiben vom 5. 3. 1660. K. u. K H. H. u. St. Wien. Fasc. I A/3 (1652-66).

[2]) Der Kaiser an Trier. 23. 3. 1660. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Fasc. I A/3 (1652—66).

diesen gemeinschaftlichen Posten niemand anderm „denn dem Erzstift Trier als condomino transkribieren könnte“. Von der Leyen wandte sich nun an die französische Regierung. Er erreichte aber nur die Einstellung der Befestigung. Seine Einwendungen wurden im übrigen an Lothringen zurückgewiesen. Hiermit nicht zufrieden legte der Kurfürst der französischen Regierung auseinander, daß Frankreich mit Rücksicht auf den pyrenäischen Frieden zur Zurückgabe des Schlosses verpflichtet sei, besage doch Artikel 13 und 123 der Bestimmungen ausdrücklich, daß keiner den andern im Frieden mit eingeschlossenem Stand gewalttätig überfallen dürfe[1]).

Noch war diese Angelegenheit nicht erledigt, als eine andere Streitfrage aufgeworfen wurde, die wiederum den Kurfürsten Frankreich gegenüber in eine unangenehme Lage brachte. Die Grafschaft Veldenz, die an das Erzbistum grenzte und zu dem kurfürstlichen Amt Bernkastel gehörte, war in „iure gladii und in der übrigen hofgerichtlichen Diktion“ dem Kurfürsten von Trier unterworfen. Dies rührte daher, daß Veldenz dem Bistum Verdun unterstellt war, über das Trier Metropolitanrechte ausübte. Es war nun der Bischof von Verdun, Franz von Lothringen, gestorben. Veldenz erhielt in dieser Zeit einen neuen Herrn in dem Grafen von Pfalz-Lauterburg. Dieser verweigerte dem Kurfürsten die Lehenserneuerung und suchte sie bei Frankreich nach. Das bedeutete für Trier einen schweren Eingriff in seine Jurisdiktion. Es ging sogar das Gerede und der Pfalzgraf von Zweibrücken teilte es dem Kurfürsten Karl Kaspar im Vertrauen mit, daß selbst die ganze Grafschaft an Frankreich abgetreten würde. So ward der Kurfürst in noch andere Streitfragen hineingezogen. Er sah sich vollständig gebunden und fand keinen Ausweg, sie alle zu einer befriedigenden, die Rechte des Erzstiftes wahrenden Lösung zu führen. Der Weg der Verhandlung hatte nur bei einem bedingungslosen Eintritt in das rheinische Fürstenbündnis Erfolg. Von den benachbarten Fürsten konnte er keine Befürwortung seiner Interessen am französischen Hofe erwarten, so lange er nicht dem Bunde angehörte. Er wandte sich wiederum an den Kaiser, um ihn von den zwingenden Gründen zu dem Eintritt in die Allianz zu überzeugen, und bat ihn um die Genehmigung zu dem durch die Verhältnisse gebotenen Schritt[2]). Natürlich konnte dazu der Kaiser

[1]) Durch die Besitzergreifung von Montclair beherrschte Frankreich die Saar und konnte die Berg- und Talfahrten aus dem Erzstift nach Lothringen schädigen oder gar verhindern.

[2]) 1. September 1661. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Fasc. I A 3 (1652-66).

seine Einwilligung nicht geben, da die Allianz „je länger je mehr zur Absonderung von ihrem höchsterwähnten Oberhaupt zu inklinieren schien“ [1]). Leopold wies sodann den Kurfürsten auf die Folgen hin, der Kurfürst müsse seinen Gesandten von Regensburg [2]) abberufen und den Frankfurter Konvent beschicken. Ferner sei zu befürchten, daß noch mehr Fürsten aus Unselbständigkeit und Gesinnungslosigkeit seinem Beispiel folgten; denn der Übertritt Kurtriers zum Rheinbund, das bisher auch in schweren Tagen treu auf der Seite von Kaiser und Reich gestanden hätte, müßte einen tiefen Eindruck auf manchen schwankenden und selbstsüchtigen Reichsstand machen. Aber alle diese Vorstellungen des Kaisers konnten den Kurfürsten von Trier nicht mehr in seinem Vorhaben umstimmen. Die bittere Not, die kein Gesetz und kein Gebot kennt, trieb ihn in den Rheinbund [3]). Im August 1661 erschien der französische Bevollmächtigte de Lyonne, um über eine engere Verbindung zu unterhandeln. Alle territorialen Streitfragen, die im Laufe der letzten Jahre zwischen König Ludwig und Karl Kaspar schwebten, wurden zur Zufriedenheit des Kurfürsten gelöst. Er schloß mit de Lyonne einen Vertrag, in dem er in allerkürzester Zeit seinen Eintritt in den Rheinbund versprach. Wie sehr sich Ludwig XIV. über seinen Erfolg freute, geht aus einem Schreiben an Gravelle hervor, in dem es heißt [4]): „Il m'a enfin réussi de détacher mon cousin l'électeur de Trèves des engagements qu'il avait contraires à mes intérêts et de l'apporter à conclure avec moi un contrat d'alliance par lequel il promet entrer dans le plus bref délai dans l'autre alliance des Princes du Rhin. Cette affaire a pour moi de grande considération et pour le solide et pour la réputation et partout ailleurs [5]).“ —

[1]) Der Kaiser an Trier. Wien. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Fasc. I A/3 (1652—66).

[2]) Nach der Wahl Leopold's nahm der Reichsdeputationstag in Frankfurt seinen Fortgang. Da nun dort auch der Rheinbund tagte, fürchtete der Kaiser, daß die Reichsdeputation allzusehr unter dem Einflusse des Rheinbundes stehe, von dem er für seine österreichische Politik nichts zu erhoffen hatte. Das veranlaßte ihn, die Versammlung nach Regensburg zur weitern Beratung einzuberufen. Alle Fürsten mit Ausnahme der Mitglieder des Rheinbundes beschickten auch den Vertretertag von Regensburg. Jene blieben in Frankfurt unter dem Vorsitz des Kurfürsten von Mainz. Karl Kaspar war der einzige Fürst, der, dem Rufe des Kaisers folgend, seinen Vertreter von Frankfurt nach Regensburg entsandte.

[3]) Schreiben vom 1. September 1661 an den Kaiser. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Fasc. I A/3.

[4]) Ferner: Oeuvres de Louis XIV. Bd. 5. S. 37 u. 67.

[5]) Affaires étrangères. Correspondance d'Allemagne. 1. 148.

Der Kurfürst war Rheinbündler geworden. Frankreich hatte sein Ziel erreicht. Es durfte stolz sein, mit drei Kurfürsten des deutschen Reiches im Bunde zu stehen und nunmehr eine eigene wirksame Politik im Reiche gegen den Kaiser treiben zu können und entschiedener seinen Einfluß in Deutschland gegen ihn geltend zu machen. Es war seiner Diplomatie geglückt, selbst den Kurfürsten für sich zu gewinnen, der bisher trotz des Ränkespiels, das man gegen ihn wie gegen keinen andern in Szene setzte, treu zu Habsburg gehalten hatte. — So schien es. — In Wirklichkeit blieb Kurfürst Karl Kaspar dem Hause Österreich treu gesinnt. Er brach in keiner Weise die Beziehungen zu Österreich ab. Kaum hatte er den Vertrag, durch den er dem Rheinbund beitrat, unterzeichnet, als er auch schon eine Gesandtschaft[1]) unter dem Geheimen Rat Freiherrn Karl Heinrich von Metternich an den Kaiser schickte, die noch einmal die Beweggründe seines Entschlusses bis ins kleinste Leopold auseinandersetzen und den Kaiser der steten, unerschütterlichen Treue des Kurfürsten versichern sollte. Die Befürchtung des Kaisers, daß der Kurfürst seine Gesandten von Regensburg abberufen müsse, um den Frankfurter Deputationstag zu beschicken, fiel fort. Leopold sah sich nämlich veranlaßt, einen Reichstag zu berufen, weil die Türkengefahr von Tag zu Tag drohender wurde. Nur der Reichstag konnte Geld und Truppen bewilligen. Er war gegen Anfang des Jahres 1662 ausgeschrieben, trat aber erst Anfang 1663 zusammen. Karl Kaspar reiste im Laufe des Spätsommers 1663 nach Regensburg, nachdem er sich von seinen Ständen eine monatliche Rate von 5000 Thalern hatte zusichern lassen. Es war der letzte Reichstag, dem ein deutscher Kaiser beiwohnte und der durch den aufgewandten Glanz und Pomp nach außen hin als eine Repräsentation der deutschen Stände in altem Stile sich dokumentierte. An fruchtbringender Arbeit ward auch auf dem jetzigen wie auf dem vom Jahre 1654 nicht viel geleistet. Angesichts der drohenden Türkengefahr waren die Gemüter zu sehr erregt. In christlicher Opferwilligkeit gewährten sie dem Kaiser die Geldforderungen und verpflichteten sich auch zu der gewünschten Truppenstellung. Leopold sah nun den Hauptpunkt, den er dem Reichstag vorgelegt hatte, erfüllt. Die übrigen noch obschwebenden Fragen kümmerten ihn wenig und deshalb verließ er bald wieder Regensburg. Während die meisten deutschen Fürsten ihre Truppen ihrem rechtmäßigen Oberkriegsherrn unterstellten, standen die Rheinbundtruppen unter dem

[1]) Die Gesandtschaft ging Ende September ab.

Kommando Frankreichs, das diese auf 8000 Mann ergänzte. Notgedrungen gab der Kaiser seine Einwilligung dazu. Frankreich ging mit dem rheinischen Kontingent als selbständige Kriegsmacht vor. Karl Kaspar hatte Leopold auch einige hundert Mann zugesagt, die allerdings dem französischen Befehlshaber untergeordnet wurden. Von den Ständen hatte sich der Kurfürst ansehnliche Beträge bewilligen lassen, mit denen er den Kaiser unterstützte und neue Truppen warb, die nicht dem Rheinbund, sondern der Reichsarmee angegliedert wurden[1]). Seinen Gesandten in Regensburg wies er an, stets für die kaiserlichen Geldforderungen einzutreten und auch bei den übrigen Gesandten für sie Stimmung zu machen.

Auf diese Weise gedachte er am ersprießlichsten dem Kaiser seine reichstreue Gesinnung und unwandelbare Anhänglichkeit beweisen zu können[2]). Nach einigen siegreichen Gefechten der Kaiserlichen fand der Krieg bald sein Ende. Der Friede wurde geschlossen unter Bedingungen, die den Türken günstig waren.

V. Kapitel.

Des Kurfürsten Teilnahme am Wildfangstreit und seine Politik nach der Auflösung des Rheinbundes bis 1670. (Ludwigs zweiter Raubkrieg).

Bald sollte es Karl Kaspar beschieden sein, die ihm verhaßte Politik aufgeben zu können. Der geistige Urheber des Rheinbundes, der Kurfürst von Mainz, vereitelte eine Verlängerung desselben. Es war unterdessen an der Westgrenze eine Streitfrage aufgetaucht, die auch den Kurfürsten Karl Kaspar in Mitleidenschaft zog: der kurpfälzische Wildfangstreit. Der Wildfang bestand in dem Anspruch von Kurpfalz, im eigenen wie in den benachbarten geistlichen und weltlichen Landen alle unehelich Geborenen und alle zugezogenen Leute von unbekanntem Heimatsrecht als Wildfänge, d. h. als Leibeigene, zu betrachten. Dieses alte vom Kaiser an Pfalz übertragene Privileg hatte im Laufe des 30jährigen Krieges seine praktische Bedeutung verloren. Nachdem Karl Ludwig wieder in die Pfalz eingesetzt worden war, brachte er dieses Recht aus wohlerwogenen finanziellen Gründen wieder zur Geltung. Die Fürsten der Nachbarschaft kämpften dagegen erfolglos an. Erst

[1]) Brief an den Kaiser. 1664. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Fasc. I A/3 (1652—66).

[2]) Im Türkenkrieg hat Karl Kaspar seinen Vetter Damian Adolph von Orsbeck verloren.

als der Kurfürst von Mainz, Philipp von Schönborn, Bischof von Worms geworden, fand Karl Ludwig einen tatkräftigen Widerstand. Er trat den pfälzischen Übergriffen mit bewaffneter Hand entgegen und versuchte bei den Nachbarn ein Bündnis zu stande zu bringen. Kurtrier wurde durch die pfälzischen Behelligungen in einem Landstreifen, der an Pfalz-Zweibrücken grenzte, und in der Liegenschaft Partenheim in den Streit verwickelt. Auf Veranlassung von Kurmainz kam es zwischen Philipp von Schönborn, Karl Kaspar von der Leyen und dem Bischof von Straßburg Wilhelm von Fürstenberg zu einem Vertrag. Durch diesen verpflichteten sie sich, „einander treulich und wohl ein gutes Einvernehmen und Korrespondenzen in redlichem Vertrauen zu pflegen und einer gegen den andern sich aller gründlichen Einigkeit und Bezeigung zu befleißigen". Man einigte sich auch mit den übrigen Fürsten und dem in Mitleidenschaft gezogenen Rheingrafen und der Ritterschaft in einem Konföderationsrezeß zur Aufstellung eines bestimmten Truppenkontingents[1]). Der vertragsmäßige Prozentsatz verteilte sich so, daß Trier 12 vom Hundert, Köln 12, Lothringen 15, Worms 12, Speyer 12, Straßburg 3, Nassau 2, der Rheingraf 9, die Ritterschaft 15 zu stellen hatten. Eine Kasse wurde gegründet. Der Herzog von Lothringen stellte allein ein Reiterkontingent auf, dessen Verpflegung die übrigen Bundesgenossen übernehmen sollten. Kurfürst Karl Kaspar ließ sich auf letztere Bedingung nicht ein, er hatte zur Genüge erfahren, wie schwer die Verpflegung fremder Truppen seinen Untertanen gefallen war. Der Reichstag konnte infolge des Widerstandes der einzelnen Parteien nicht eine endgültige Regelung herbeiführen. Da wandte sich Karl Ludwig an Frankreich und Schweden. Unter dem Drucke dieser Staaten kam in Heilbronn eine Einigung zu stande. Kurfürst Karl Kaspar hatte als Vertreter den Chorbischof Freiherrn Wolf von Metternich und Geheimrat Dr. Buschmann entsandt mit dem Auftrage, sich bei der Erörterung der Streitfragen möglichst ruhig zu verhalten. Er wußte, daß Frankreich den Kurfürsten Karl Ludwig unterstützte, und er wollte nicht, daß seine Gesandten durch energisches Auftreten gegen die Pfalz das leidliche Verhältnis zu Frankreich störten. Das Eintreten Ludwigs XIV. für die Pfalz trug nicht wenig dazu bei, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Mainz und der französischen Regierung allmählich erkalteten. Dies trat offen zu Tage, als der Rheinbund wieder erneuert werden

[1]) März 1664. Kgl. St. A. Cobl. Auswärtige Verhältnisse 128

sollte. Frankreich ließ es an angestrengter Bemühung nicht fehlen, den Bund auf drei Jahre zu verlängern. Aber Philipp von Schönborn war dagegen und auf sein Anraten fand eine Erneuerung nicht statt. Zweimal hatte eine Verlängerung stattgefunden, im Jahre 1661 und 1664. Wohl hatten sich im Jahre 1667 wieder die Vertreter eingefunden, aber ihre Mehrheit sprach sich gegen die Erneuerung des Bundes aus. Geschlossen war somit die stets offene Tür, die es den französischen Ministern ermöglichte, an den Beratungen teilzunehmen. „Die Allianz war eben jenes große Rad, dessen stille Bewegung die übrigen Verbindungen mit sich fortzog[1])".

Indessen war es der französischen Diplomatie noch vor der Auflösung des Rheinbundes gelungen, mit einzelnen Fürsten, die dem Rheinbund angehörten, ein Separatbündnis zustande zu bringen, nämlich mit den Kurfürsten von Mainz und Köln, mit Pfalz-Neuburg und Münster. Der Gegensatz zwischen Kaiser und Mainz schien immer noch so groß zu sein, daß Kurfürst Philipp von Schönborn es vorzog, lieber an Seiten Frankreichs seine selbständige Politik zu treiben, als mit seinem Kaiser sich auszusöhnen. Unter denen, die von neuem ein Bündnis mit Ludwig XIV. eingegangen, ist Trier nicht genannt. Wie ist das wohl zu erklären? Glaubte wohl Ludwig, Trier bei seite liegen lassen zu können, oder baute er so sehr auf des Kurfürsten Treue, daß er keinen Vertrag für nötig erachtete? Für sein Vorhaben bedurfte Ludwig XIV. des Kurfürsten von Trier. Er beabsichtigte ein Heer gegen Osten zu entsenden, anscheinend um in Polen eine ihm angenehme Thronkandidatur durchzusetzen. Dazu war ihm der äußerst günstig gelegene Rheinübergang bei Koblenz sehr erwünscht. Zu derselben Zeit hatte er seine Eroberungspolitik in den Niederlanden wieder aufgenommen. Der König stellte nun an den Kurfürsten Karl Kaspar das Ansinnen, für ihn die Rheinbrücke bei Koblenz freizugeben, sie aber dem Kaiser zu verwehren, damit er nicht die Spanier in den Niederlanden unterstützen könne. Die vier Fürsten von Mainz, Köln, Pfalz-Neuburg und Münster hatten Ludwig versprochen, den Kaiserlichen den Durchmarsch zu verwehren. Sie setzten als Termin ihrer Zusammenkunft zu Köln den 30. August 1667 fest, um auch Karl Kaspar unter der Bedingung der Weigerung des Rheinüberganges für die kaiserlichen Truppen in den Bund aufzunehmen. Der Kurfürst von Trier konnte sich zu diesem Schritte nicht entschließen. Er be-

[1]) Guhrauer II. Band 98.

deutete doch offen einen Affront gegen den Kaiser. In dieser Frage wandte er sich an Brandenburg. Kurfürst Friedrich Wilhelm antwortete ihm, er solle ruhig dem Kaiser die Rheinbrücke freigeben, „denn er könne nicht sehen, mit was für Schein Rechtens man keinem den Durchzug verstatten solle, da es einem jeden einzelnen Stande frei sei, diesem oder jenem zu Hülfe zu kommen[1]). Diese Freiheit dürfe Niemand zu Gefallen restringiert werden.“ Karl Kaspar sandte den Pater Sigia nach Wien, um durch persönliche Unterredung die Angelegenheit alleruntertänigst vorzustellen. Die Folge war, daß die am 30. August stattfindende Konferenz sich überzeugen mußte, daß Karl Kaspar „bei seiner Intention in das projektierte foedus nicht einzutreten“ beharrte. Große Erfolge hatte also die französische Diplomatie im Jahre 1667 in Deutschland nicht erzielt. Der Rheinbund bestand nicht mehr und die wichtige Rheinbrücke blieb versagt. Um so entschiedener war der Erfolg, den dem König der Waffengang nach den Niederlanden brachte. Er hatte sich „sein Erbteil“, die spanischen Niederlande, erkämpft, und niemand mochte es wagen, ihm die erhaschte Beute strittig zu machen. Aber eben jene kriegerischen Erfolge trugen dazu bei, daß die französische Diplomatie mehr als eine Schlappe im deutschen Reiche erlitt. Die von Friedensliebe des Königs überschäumenden Worte der französischen Gesandten waren in offenkundigster Weise durch die Waffen Lügen gestraft. Und vor allem war es der irenische Erzkanzler von Mainz, der das Vorgehen Ludwigs XIV. mißbilligte; hatte doch dieser, der sich als Garant des westfälischen Friedens stets gerne aufspielte, ohne ernsten Grund einen Teil des burgundischen Kreises angegriffen. Nicht der Kaiser galt nunmehr als der Friedensstörer, sondern der französische König. Gleich zu Beginn des Jahres 1668 finden wir eine auffallende Schwenkung in der Politik des Kurfürsten von Mainz. Ludwig XIV. mußte es erfahren, daß gerade der Fürst, auf den er so fest gebaut und mit dem er vor einem Jahre einen Sondervertrag geschlossen, zu Beginn des Jahres 1668 in der Reichspolitik, auf die er mit seiner Unterstützung jahrelang maßgebenden Einfluß ausgeübt, ihn im Stiche ließ und sich von ihm abwandte. Diese politische Wendung des Kurfürsten von Mainz kam Karl Kaspar sehr erwünscht. Von 1661 ab bis zur Auflösung des Rheinbundes 1667 waren ihm die Hände gebunden gewesen. Gegen seinen Willen hatte er sich dem Mächtigeren fügen müssen, weil seine geistlichen

[1]) Schreiben vom 7. 8. 1667, Urkunden und Aktenstücke XII. 155.

Nachbarn gegen ihn intrigierten und der Mächtigste im Reiche ihm nicht half. Von der Friedensliebe, die man dem Mainzer nachrühmte, war er voll und ganz erfüllt; denn nur ihre Betätigung konnte seinem Lande Ersprießliches und Gutes bringen. Er hatte erfahren, daß Ludwig XIV. es mit dem Schutze des trierischen Erzbistums bei seinen Durchzügen nicht allzu genau nahm trotz der Verpflichtung, die er bei der Aufnahme des Kurfürsten in den Rheinbund übernommen hatte.

Bei der geringen Zahl der kurtrierischen Truppen suchte Kaspar von der Leyen wieder mit Spanien in nähere Beziehungen zu treten. Die Verhandlungen führten zu einem kurtrierisch-spanischen Bündnis, das am 8. August 1668 Marquis de Castel Rodrigo in Brüssel mit dem trierischen Bevollmächtigten abschloß[1]); die genauen Bestimmungen sind nicht an die Öffentlichkeit gekommen. Wenn wir aber die Bestimmungen eines anderen in derselben Zeit von Karl Kaspar eingegangenen Bündnisses ins Auge fassen, können wir mit Gewißheit auf einen Gegenstand der spanisch-trierischen Verhandlung schließen. In demselben Jahre 1668 kam zwischen Trier, Mainz und Lothringen ein Bündnis zustande, die sogenannte Limburger Allianz[2]). In den Verhandlungen kam man überein,

1. den burgundischen Kreis in die allgemeine Reichsgarantie aufzunehmen,
2. ein Bündnis mit Böhmen zum Abschluß zu bringen.

Welch' ein Gegensatz zwischen einst und jetzt! Man bemüht sich, ein Bündnis mit Böhmen d. i. mit dem Kaiser abzuschließen. Davon war sicherlich bereits in Brüssel die Rede gewesen. Dieser Gedanke entsprach so recht der politischen Stellungnahme Karl Kaspars. Einstweilen blieb jedoch der Anschluß des Kaisers nur im Programm. Zu wirklicher Bedeutung ist der Bund nicht gekommen. Die französische Diplomatie wußte mit erneutem Ansturm und geschickt eingeleiteten Kunstgriffen die so gefährlich drohende Kombination zu zerschlagen. Es gelang ihr, am kaiserlichen Hofe einige Geheime Räte durch glänzende Versprechen auf ihre Seite zu ziehen. Der Kaiser, der sich fast vollständig von seinen Räten leiten ließ, nahm niemals Stellung zu dem Vorschlag von Limburg. König Ludwigs Gesandte wußten auch den bei den Kurfürsten viel vermögenden Minister Boyne-

[1]) Kgl. St. A. Cobl. Verhältnis zu Kaiser u. Reich. 1. IV.

[2]) cfr. Erdmannsdörffer I 535. — Guhrauer I 98 vom 25. 10. 1668. K. u. K. H. H. u. St. Wien. Treverensia Fasc. I b.

burg durch eine ansehnliche Jahresrente, die ihm zugesichert wurde, in Frankreichs treuer Ergebenheit zu halten. Allerdings hatte dieser französische Diener in der Zeit, in der das Verhältnis zwischen Mainz und Frankreich sehr gespannt war, seinen Einfluß am Hofe des Kurfürsten verloren. Aber inzwischen hatte der Gebannte die Gunst des Erzbischofs zurück erlangt und übte in der Tat wieder einen großen Einfluß auf die kurmainzische Politik aus. Auf ihn ist es auch hauptsächlich zurückzuführen, wenn Karl Kaspar sich nicht der Tripelallianz anschloß. Boyneburg riet ihm von dem Anschluß ab und der Kurfürst von Trier schenkte ihm Gehör[1]). Er ließ sich durch den mainzischen Minister einschüchtern, der ihn auf die üblen Folgen hinwies, die eine zu schroffe Stellungnahme gegenüber Frankreich nach sich ziehen müßte. So ließ sich Karl Kaspar trotz des Drängens der Holländer nicht in die Allianz aufnehmen, die doch direkt gegen Frankreich gerichtet war. Seit dem Abschluß des Aachener Friedens ging das Bestreben der Kurfürsten von Trier und Mainz dahin, einen Bund ins Leben zu rufen, der den genannten Frieden garantieren und die Reichsgrenze schützen sollte. In diesem Gedanken kamen die beiden Erzbischöfe von Trier und Mainz in Erlach unweit des Bades Schwalbach zusammen. Man kam dort überein:

1. den Kaiser zum Oberhaupt dieses Bundes zu machen und
2. Lothringen in die Garantie aufzunehmen.

In den ersten Monaten des Jahres 1670 besuchte Karl Kaspar den Kurfürsten Philipp v. Schönborn in Mainz und machte den Vorschlag, daß der Kaiser zugleich mit Spanien 5000 Mann in Mainz und Trier unterhalten sollte. Daß der Kurfürst von Trier auf einmal auch Spanien hineingezogen wissen wollte, geht vielleicht auf die das Bündnis von 1668 betreffenden Verhandlungen zurück. Es lag jedenfalls dem König von Spanien viel daran, bei einem Bündnis der Fürsten im Deutschen Reiche beteiligt zu sein. Aber auch diese Allianzversuche blieben trotz aller Bemühungen ergebnislos. Karl Kaspar mußte sich überzeugen, daß ein allgemeiner Garantiebund nicht ins Leben gerufen werden konnte. Kurz nach der Zusammenkunft Karl Kaspars mit Philipp v. Schonborn trat an der Westgrenze des Reiches ein Ereignis ein, das die benachbarten Fürsten in die größte Aufregung versetzte. Ludwig XIV. ließ unverhofft durch den General Crequi Lothringen besetzen; der Herzog Karl von Lothringen mußte fliehen. Von der Leyen

[1]) Guhrauer II. se gouvernait fort selon ses avis. S. 106 ff.

mußte aus diesem Gewaltstreich für sein Erzstift das Schlimmste befürchten. Wenn der französische König auch nicht sein Erzstift okkupierte, so sah Karl Kaspar sein Land doch für die nächste Zukunft den Streifzügen französischer Truppen preisgegeben, die von Lothringen aus nach den Niederlanden zogen. Daher war für den Kurfürsten ein gutes Einvernehmen mit dem allmächtigen Nachbarn der einzig sichere Weg, auf dem wenigstens in etwa seinem Lande Ruhe und Sicherheit gewahrt werden konnte. Andrerseits griff er immer wieder den Plan zur Gründung eines größeren Fürstenbundes auf, der sich des Reiches Sicherheit zur Aufgabe stellte. Auch Mainz kam ihm in diesen Bestrebungen entgegen. Indem man die Schwalbacher Vereinbarungen zur Grundlage nahm, wurden mit Kaiser Leopold die Verhandlungen über ein Bündnis energisch aufgenommen. Sie führten im Laufe des Jahres 1671 zu einem Vertrage zwischen dem Kaiser, Mainz und Trier, der sogenannten Marienburger Allianz. Auch andere deutsche Fürsten sollten hineingezogen werden. Ins Leben ist aber das Bündnis niemals getreten.

In dieselbe Zeit, in der Ludwig XIV. Lothringen besetzte und sich zu einem Vernichtungsschlage gegen die Holländer rüstete, fällt ein Territorialstreit seines treuesten Bundesgenossen, des Kurfürsten Maximilian von Köln mit der freien Reichsstadt Köln. Der Kurfürst wollte seine Hoheitsrechte über diese Stadt ausdehnen. Diesem Plane setzte die Bürgerschaft bewaffneten Widerstand entgegen. Sie wandte sich aber nicht an deutsche Reichsstände um Unterstützung, sondern an die Holländer. Holländische Hilfsvölker wurden in die Stadt aufgenommen. Der Kurfürst wandte sich seinerseits an Frankreich, seinen mächtigen Beschützer, um Hilfe. Da die Bürgerschaft trotz holländischer Unterstützung aufs schwerste von dem Kurfürsten bedrängt wurde, bat sie den Herzog von Lothringen um Überlassung einiger Regimenter. Herzog Karl entsandte dann auch zwei nach Köln. Kurfürst Karl Kaspar von Trier stand auf seiten der kölnischen Bürgerschaft. Er gestattete den lothringischen Völkern den Durchzug durch sein Gebiet. Noch ein drittes Regiment Karls von Lothringen war ohne Beschäftigung. Um sich bei Ludwig in Gunst zu setzen, wollte er dieses dem französischen Kommando übergeben. Als Kaspar von der Leyen davon Kunde erhielt, bat er sofort den Kaiser, das Regiment zu übernehmen und es der Stadt Köln zu Hilfe zu schicken. Die Hilferufe dieser Stadt verstummten noch immer nicht. Der Kurfürst von Trier machte nun Leopold den Vorschlag, in Köln und anderen an der Westgrenze gelegenen Städten Werbungen veranstalten zu lassen, um somit „die involvierte kaiserliche

Autorität zu konservieren[1]).“ Diese Maßnahmen des Kurfürsten von Trier erschienen selbstverständlich dem Erzbischof Maximilian höchst befremdlich. Sein Minister Wilhelm von Fürstenberg suchte nun durch eine Aussprache mit Karl Kaspar, ihn von dem bisherigen Wege abzubringen. Sein Bruder Egon von Fürstenberg, der ebenso wie der kölnische Minister infolge der reichen französischen Pfründen und Renten sich ganz von Ludwig XIV. leiten ließ, schrieb Karl Kaspar, er möchte einen Tag und einen Ort für eine Zusammenkunft bestimmen. Der Kurfürst gab jedoch eine ausweichende Antwort. Er kannte die französische Gesinnung der beiden Fürstenberg genau und er wußte auch, daß eine Aussprache mit ihnen leicht zu einer Berührung seiner politischen Stellungnahme Anlaß geben konnte. Kurze Zeit darauf machte der Kaiser dieser ganzen Angelegenheit ein Ende, indem er die Streitfrage einer Kommission übertrug. Sie bestand aus Trier, Brandenburg und Münster und entschied im wesentlichen zu gunsten der Kölner Bürgerschaft. Der Kurfürst und die Stadt mußten die Truppen entlassen; die Stadt behielt ihre Reichsunmittelbarkeit.

VI. Kapitel.

Karl Kaspars Politik während des zweiten Raubkrieges Ludwigs XIV. und seine endliche Beteiligung am Kriege (1672—1676).

Mit der Besetzung Lothringens durch König Ludwig XIV. war für Trier wiederum eine Zeit harter Bedrängnis und banger Sorge gekommen. Im Oktober des Jahres 1671 ließ der General Crequi dem Kurfürsten Karl Kaspar mitteilen, daß er im Winter in den trierischen Grenzgebieten Quartiere beziehen werde. Das Merziger Land und die saargauischen Gebiete, die Trier und Lothringen zusammen gehörten, waren bereits im Herbste von den französischen Truppen mit Beschlag belegt worden. Kaspar von der Leyen ließ durch seinen Gesandten in Regensburg dem französischen Vertreter Vorstellungen machen und wandte sich direkt an die französische Regierung in Paris[2]). Hier wurde er aber abgewiesen. Darauf wandte er sich an den Hofkanzler Hocher, daß er den Kaiser überreden sollte, für ihn, den Kurfürsten, bei dem französischen Gesandten Grammonville einzutreten. Dieser hatte in Wien eine ziemlich schwierige Rolle übernommen. Es

[1]) Oktober 1671. — K. u. K. H. H. u. St. A. Wien. Treverensia Fasc. I b.

[2]) Schreiben vom 6. Oktober 1671. — K. u. K. H. H. u. St. A. Wien. Fasc. I b.

war ein offenes Geheimnis, daß Ludwig XIV. im Herbste 1671 sich ganz energisch zu einem Feldzuge rüstete. Grammonville mußte in Wien, so lange es eben ging, die Sache vertuschen und vor allem den Kaiser in der Ansicht bestärken, daß Ludwigs Absichten durchaus nicht gegen das Reich gerichtet seien, sondern gegen Holland, das den König beleidigt habe. In diesen Plänen gegen die Holländer fand Frankreich auf deutschem Boden treue Helfer an Köln, Pfalz-Neuburg und Münster, die infolge der steten Grenzstreitigkeiten mit den Holländern sich an Frankreich anschlossen. Dadurch ward aber für das Reich die Gefahr heraufbeschworen, in kriegerische Verwickelungen hineingezogen zu werden. Das wollten die Stände und der Kaiser verhüten. Leopold bat deshalb den Kurfürsten Karl Kaspar dringend, alles daran zu setzen, die genannten Fürsten von ihrem Vorhaben abzuhalten[1]). Von allen Fürsten an der Westgrenze des Reiches hatte wohl keiner mehr Interesse an des Reiches Ruhe als Karl Kaspar; denn sein Land war ja am meisten dem schweren Drucke der Durchzüge und Quartiere ausgesetzt. Schon im Dezember rückte die Gefahr eines französischen Marsches durch das Erzstift immer näher heran. Der Kurfürst konnte einer größeren Truppenmacht nicht entgegentreten und „es gingen, so schrieb er am 5. Dezember an den Kaiser, die exempla, wie schwer es mit der Reichsgarantie dahier geht, und wie selbe ohne Wirkung und Nutzen dessen ist, der ihrer mahlen bedarf." Wiederum wußte Leopold den Kurfürsten mit tröstenden Worten hinzuhalten. Er habe so viele Versicherungen von den Fürsten erhalten, daß Trier eine feindliche Bedrückung nicht zu befürchten habe. Zu derselben Zeit hatte Ludwig XIV. den Agenten Heiß mit einer Mission nach Mainz betraut. Auf dem Rückwege sprach Heiß bei dem Kurfürsten Karl Kaspar vor. In der dem Erzbischof vorgelegten Instruktion gab der König ganz tröstliche Versicherungen. Er wollte in keiner Weise die Westgrenze des Reiches verletzen. Auch mit Spanien wolle er auf Grund des Aachener Friedens in freundschaftlichen Beziehungen leben, vorausgesetzt, daß es kein gegen ihn gerichtetes Bündnis einginge. Seine Rüstungen seien nur gegen Holland gerichtet, dessen „Inviolentien" seine Geduld zu sehr herausforderten. Wenn Spanien ein Bündnis gegen Holland einginge, so wäre das ihm höchst erwünscht und er sei bereit, die noch strittigen Punkte betreffs Gebietsabtretung fallen zu lassen. Von dem Kurfürsten verlange er Neutralität und ungehinderten Durchzug. Sollte jener noch persönliche

[1]) 21. November 1671. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Treverensia Fasc. I b.

Wünsche haben, so wolle er sich gerne ihm „konformieren“ [1]). Aber eben von den französischen Durchzügen wollte Karl Kaspar nichts wissen. Was konnte er jedoch gegen den Willen des Königs machen? Anfangs Januar 1672 kam der französische Minister Marquis de Louvois von Köln an dem Hofe Karls an, um persönlich im Namen seines Königs den Marsch durch das Trierische Land vom Erzbischof zu erbitten. Der König gebe die feste, bindende Versicherung, daß die trierischen Untertanen nicht den geringsten Schaden zu befürchten hätten. Der Kurfürst willigte schließlich in die Forderung ein, sagte aber in klaren Worten dem Minister, daß diese Bewilligung des Durchzugs ein Ausnahmefall sei; denn alles dies sei mit der Gefahr verbunden, daß andere auswärtige Mächte Trier wegen der Verletzung der Neutralität angreifen würden, darum ersuche er Ihre Königliche Hoheit angelegentlichst, daß er fürders das Erzstift mit dergleichen Durchzügen zu Wasser und zu Land verschone. Dem Kaiser Leopold legte er in einem Schreiben die Gründe dar, die ihn veranlaßten, den Durchgang der französischen Truppen zu gewähren. Übrigens war der Kurfürst durchaus nicht für ein ruhiges Zusehen, wie die Verwickelungen mit Holland sich gestalten würden. Sein Schreiben, in dem er auf des Kaisers Wunsch Köln, Pfalz-Neuburg und Münster zum Frieden mahnte, blieb unberücksichtigt. Karl Kaspar gab [2]) Hocher den Rat, den Kaiser zu bitten, doch nicht mit gebundenen Augen und Händen den kriegerischen Ereignissen zuzuschauen, sondern die Hoi-

[1]) Schreiben Karls an Hocher. 20. September 1671. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Treverensia Fasc. I b.

[2]) . . . Der Kaiser nicht stillsitzend in terminis neutralitatis zu suchen und die französische große Potenz, deren Ambition zum plus ultra dergestallt grandeminieren, hat Holland deroselben ohne einige Assistenz zu überlassen und damit zu befördern, daß entweder selbige nicht ganz, so doch zum Teil unterworfen; deshalb ist es ratsamer, der übermutigen Gewalt in Zeiten zu steuern und vermittels einmutiger Zusammensetzung Sr. Majestät mit dem Reich durch andere Potenzen ad exemplum der tröstlichen Allianz solche Mittel zu ergreifen, welche den ostendierenden Teil von seinen ambitiösen Maßnahmen abzustehen oder dann eben offenso solche Hilfe zu bringen wäre, wodurch selbiger nicht nur bei den Seinigen geschätzt, das Reich und seine Anverwandten dermalen in . . . Sicherheit gesetzet, sondern auch andere (Lothringen) zu ihrem Land und Leute zu gelangen mit Recht und Fug Hoffnung haben, der Angreifer aber in solche balance und Schranken gesetzt werden mögte, worin er anderen nicht also mehr schaden noch so beschwerlich fallen auch anderen pro arbitrio bellum et pacem vorschreiben konnte. An Hocher 8. 1. 1672. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. I b.

länder zu unterstützen, mit dem Reiche die richtigen Mittel zu ergreifen und den Bedrückten Hülfe zu bringen. Mitte Januar ließ der König Ludwig XIV. 7000 Mann durch das Erzstift marschieren; diese Truppen sollten in Köln Winterquartiere beziehen. Der Kölner Erzbischof hatte Frankreich sein ganzes Gebiet zur Verfügung gestellt und einige feste Plätze wie Bonn und Neuß eingeräumt. Trotz der Versicherung Ludwigs XIV. ging es beim Durchmarsche nicht ohne Ausschreitungen gegen die Bevölkerung her. Das bestimmte nun Karl Kaspar erst recht, den Marsch nicht mehr zu gewähren. Gegen die Mahnungen seiner Agenten zu Paris, in trierischem Interesse die Freundschaft mit Frankreich nicht zu verletzen, erklärte er dem König, daß er auf weitere Durchzüge sich nicht mehr einließe und daß er durch die einmalige Bewilligung keinen Präzedenzfall für die Zukunft geschaffen habe. Auf dieses offene Wort des Kurfürsten antwortete die französische Regierung mit der entschiedenen Forderung, zu den Landstraßen auch die Mosel als Fahrstraße freizugeben für den Transport der in Metz aufgespeicherten Vorräte an Getreide und Munition nach den Niederlanden. Das Erzbistum sollte gleichsam ein Operationsgebiet für Frankreichs Heeresmacht werden.

Der Kurfürst wandte sich an den Kaiser, um ein Reichsgutachten einzuholen, damit doch eine Richtlinie gezogen werde, an die man sich in der unsichern Zeitlage halten könnte[1]). Indessen hatte Spanien nicht mit Ludwig XIV. sondern mit den bedrängten Niederländern ein Bündnis geschlossen. Daraus schöpfte Karl Kaspar die Hoffnung, daß auch der Kaiser jetzt entschiedenere Maßnahmen zur Sicherung der Westgrenze treffen werde[2]). Die Franzosen ließen noch mehrere tausend Mann in das Kurfürstentum Köln einrücken. Der französische General Turenne war über den Rhein gegangen und nahm im Westerwald Stellung. Er beabsichtigte bei Andernach eine Brücke über den Rhein zu schlagen, um so beide Rheinufer in seiner Gewalt zu haben. Der Pfalzgraf von Neuburg überließ ihm Deutz und Siegburg, zwei für die rechte Rheinseite höchst wichtige Punkte. Die Holländer hatten unter den deutschen Fürsten nur in dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg einen tatkräftigen Bundesgenossen gefunden. Er suchte auch andere deutsche Fürsten für ein Bündnis

[1]) Kurfürst an den Kaiser. Wien. 7. II. 1672 und an Hocher 7. II. 1672. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

[2]) Kaspar an Hocher. 22. II. 1672. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Fasc. I b.

gegen Frankreich zu gewinnen. Die seit Mai 1672 mit dem Kaiser gepflogenen Verhandlungen führten im Juni 1672 zu einem Vertrag, durch den sich der Kaiser und der Kurfürst zur Aufrechterhaltung der durch den Aachener Frieden geschaffenen Zustände verpflichteten. Jede Friedensstörung im Reiche sollte mit Waffen gestraft und am Rhein eine Armee aufgestellt werden, die gegen eine Belästigung der Westgrenze einschreiten sollte. Im September 1672 nahm das verbündete Heer unter Führung des Feldmarschalls Montecuculi seinen Marsch durch das Reich dem Rheine zu. Da der Besitz von Koblenz höchst wichtig erschien [1]), so schickte Montecuculi den Obersten Machuré zu Karl Kaspar, um über seine Absichten näheres zu erfahren. Machuré wurde von dem Domherrn von der Leyen empfangen und erhielt die Versicherung, daß der Kurfürst sich offen für die verbündeten Truppen erklären werde, sobald er sein Land genug gedeckt fände [2]). Der kaiserliche Feldherr aber war über seine Marschrichtung noch unschlüssig und ließ auch den Kurfürsten noch im Unklaren darüber. Ludwig XIV. aber verlangte mit aller Entschiedenheit für sich den Paß und forderte, daß er den Verbündeten gegenüber verweigert werde. Karl Kaspar befand sich in ganz verzweifelter Lage. In seiner Nähe war ein Heer, das ihn verteidigen konnte, dessen Marschrichtung er aber nicht kannte. Bei Andernach stand Turenne, um ins Erzstift einzufallen und sich dessen zu bemächtigen, falls sich der Kurfürst dem Willen Frankreichs nicht willfährig zeigte. Wenn Karl Kaspar seine Lande vor dem Schicksal Lothringens bewahren wollte, mußte er dem Wunsche Ludwigs nachgeben. Die Beweggründe teilte er dem Gesandten Blumenthal mit, den man wegen Überlassung der Brücke zu ihm geschickt hatte. Am 13. Oktober kam dieser in Koblenz an. Der Kurfürst lag krank zu Bette. Er wurde trotzdem zur Audienz zugelassen. Kaspar äußerte seine Freude über die Nähe der verbündeten Truppen [3]). Aber dennoch müsse er die Rheinbrücke verweigern, weil er dazu durch die Drohungen der französischen Gesandten Dangeau und Duc de Vibry gezwungen worden sei. Er habe unter dem Drucke Frankreichs nicht anders handeln können,

[1]) Montecuculi an den Kaiser. Wien 7. 10. 1672. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

[2]) Karl Kaspar an den Kaiser. 22. 10. 1672. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

[3]) 22. 10. Karl Kaspar an den Kaiser. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

zumal er über den Marsch der Kaiserlichen nicht im mindesten unterrichtet sei. Ober- oder unterhalb Koblenz würde er den Übergang nicht hindern und auf alle Weise die Truppen zu unterstützen suchen. Hinsichtlich der Rheinpassage machte der Kurfürst im Laufe der Unterhaltung noch einen anderen Vorschlag. Die Verbündeten sollten in Mainz Schiffe kaufen und sie nach dem trierischen Wall bringen, dort lägen nur einige trierische Soldaten, die mit Leichtigkeit hinausgejagt werden könnten. Dann aber hätte er den Schein der Neutralität gewahrt. Karl Kaspar machte noch einen weiteren Vorschlag. Die Verbündeten sollten bei Andernach Posten fassen, da Turenne wegen des schlechten Zustandes seines Heeres sich nicht zur Genüge verteidigen könnte. Sollten sie nicht genug Schiffe aufbringen können, so gäbe er bereitwilligst 15 her. Zu weiteren Zugeständnissen, vor allem zur offenen Herausgabe der Rheinbrücke bei Koblenz, war aber Karl Kaspar nicht zu bewegen. Blumenthal sah auch selbst die Triftigkeit der Gründe ein. Aus einem Briefe Montecuculis an den Kaiser ist klar ersichtlich, daß der Feldmarschall selbst die Handlungsweise des Kurfürsten billigte. Er schreibt: „Se. kurfürstlichen Gnaden kann so lange nicht herauslassen, bis wir uns in dem Stand befinden, dieselben zu schützen, dero Oerter mit unseren Völkern zu versichern und im Falle der Belagerung zu entsetzen". In denselben Tagen des Oktober 1672 kam auch ein Kourier von Straßburg, der im Auftrage des Bischofs von Fürstenberg dem Kurfürsten den Rat erteilte, im Interesse seines Landes sich vom Kaiser weg an Frankreich zu wenden. Dem Bischof ließ Karl Kaspar antworten, er wolle des Kaisers und des Königs Freund sein, sollte man aber unter die Kanonen kommen, so werde er sich und seinen Festungen Respekt zu verschaffen wissen. Das war eine unverhüllte, offene Antwort. Sobald er feindlich angegriffen würde, betrachtete er sich von dem Neutralitätsvertrag entbunden und wollte dann offen zum Kaiser übertreten. Turennes Absicht ging dahin, sich von der Sieg nach der Lahn zu wenden, um sich dieses Flusses zu versichern. Seine Bitte um Gestattung des Überganges beantwortete der Kurfürst abschlägig. Der gekränkte General rächte sich an dem Erzbischof dadurch, daß er in den trierischen rechtsrheinischen Dörfern Quartiere bezog und die arme Bevölkerung aufs härteste mit Plünderungen und Brandschatzungen bedrückte. Vorstellungen am französischen Hofe hatten keinen Erfolg. Karl Kaspar wandte sich an den Reichstag, um von den Ständen die nötige Abhilfe zu erhalten[1]). Von Tag zu Tag ge-

[1]) 23. XI. 1672. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

staltete sich die Lage des Erzbistums ungünstiger. Der Kurfürst konnte in der ihm aufgezwungenen Neutralität nicht länger beharren. Er schickte Dr. Sohler in das kaiserliche Hauptquartier, um über einen etwaigen Anschluß an Brandenburg mit dem Kaiser verhandeln zu lassen. Die Bedingungen, die der Kurfürst für den Fall des Beitrittes zum Bündnis stellte, waren folgende: Er verlangte zunächst zur Besatzung der Stadt Trier 1500 Mann zu Fuß, die er in Pflicht zu nehmen hätte. Für ihre Verpflegung verlangte er vom Kaiser monatlich 3000 Gulden. Ferner, daß der Kaiser, Spanien und die übrigen Alliierten nicht ohne sein Vorwissen und Satisfaktion des erlittenen Schadens traktieren oder Frieden machen sollten und im Falle seine Anverwandten wegen dieser Allianz leiden sollten, daß solches vom Kaiser anderwärts ersetzt werden sollte. Sollte der Kaiser jedoch ein neutrales Verhalten von ihm wünschen, so sei er dazu bereit, er werde dann doch unter der Hand dem Heere den ihm nur möglichen Vorschub leisten. Als Conditio sine qua non jedoch verlangte er das Eingreifen Spaniens, widrigenfalls könne er sich zu keinem Bruch mit Frankreich entschließen. Über diese Bedingungen gingen nun Montecuculi und Goeß, der brandenburgische Agent, zu Rate. Am folgenden Tage gaben sie ihre Erklärung dahin ab, der Kurfüst sollte sich so viel wie möglich neutral halten. Auf diese Weise hofften sie den Kurfürsten in einer für sie wohlgemeinten Gesinnung zu erhalten, da seine Lande für die verbündeten Truppen von höchster Wichtigkeit waren. Eine Abteilung vom Hauptheere nach Trier ziehen zu lassen, darein willigten sie nicht, um den Kurfürsten nicht bei Frankreich zu verdächtigen. Sie ließen sich aber herbei, Leute unter des Erzbischofs Namen zu werben, die zur Verstärkung der Besatzung nach Trier verlegt werden könnten. Dann legten sie ihm nahe, die fränkischen Kreisvölker, die ursprünglich für die Stadt Köln bestimmt waren, durch Vermittlung des Kurfürsten von Mainz nach Trier kommen zu lassen[1]). Im Monat November 1672 belagerte Turenne Niederlahnstein. Es war nur noch eine Frage kurzer Zeit, wann Koblenz und Trier von den Franzosen besetzt werden würden. Die Besatzung dieser Städte war durchaus unzureichend. Der Kaiser bestürmte Goeß, sich doch alle Mühe zu geben, um den Kurfürsten von einer Verbindung mit Frankreich abzuhalten. Karl Kaspar wünschte den sofortigen Anmarsch der kaiserlich-brandenburgischen Truppen[2]).

[1]) Protokoll über die am 9. Oktober 1672 im Kaiserlichen Hauptquartier gehaltene Konsultation. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

[2]) Dr. Sohler an Goeß. 22. II. 1672. K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

Auch der Kurfürst Friedrich Wilhelm fürchtete, daß unter den drückenden Verhältnissen Karl Kaspar sich an Frankreich anschließen werde. Er sandte ein Schreiben an den Kaiser, in dem er mit aller Entschiedenheit darauf drang, daß von der Leyen in das kaiserlich-brandenburgisch-holländische Bündnis aufgenommen werde, bevor eine Verständigung mit Frankreich stattgefunden habe. Am 23. Dezember kam dann Goeß nach Trier und fand beim Kurfürsten aufrichtiges freundschaftliches Entgegenkommen. Er konnte sich überzeugen, daß der Kurfürst dem Bündnis zwischen Sr. Kaiserl. Majestät und Kurbrandenburg beizutreten bereit war. Hinsichtlich der Bedingungen beharrte Karl Kaspar auf den bereits gestellten Forderungen, er verlangte vor allem den Beitritt Spaniens. Goeß gab sich die äußerste Mühe, den Kurfürsten von der letzten Forderung abzubringen. Nach langen Unterhandlungen kam endlich ein Bündnis zum Abschluß, am 31. Dezember 1671. Die von Karl Kaspar verlangten 1500 Mann für Trier mußte Goeß zugestehen. Er tat es in der richtigen Erwägung, daß eine bessere Verteidigung der trierischen Festungen ganz dem Interesse des Kaisers entsprach. Auch gestand er dem Kurfürsten die verlangte Geldleistung, die nachträglich verlangte Summe von monatlich 6000 Talern zu. Diese Subsidien sollten von Holland und Kurbrandenburg aufgebracht werden in der Weise, daß die Holländer 4000 Taler und Friedrich Wilhelm 2000 Taler zahlen sollten. Der Kaiser übernahm keine andere Last als die Garantie der regelmäßigen Zahlung dieser Summe an den Kurfürsten. Zu diesem verhältnismäßig raschen Abschluß der Verhandlungen gab die mehr und mehr bedrohlich werdende Nähe der Franzosen Veranlassung, denen das Vorhaben des Kurfürsten nicht verheimlicht blieb. Größer denn je war die Gefahr einer Überrumpelung durch Frankreich[1]). Kaiser Leopold war mit den von Goeß zugestandenen Bedingungen einverstanden; einstweilen zögerte er jedoch, den Vertrag zu ratifizieren, bevor sich nicht Brandenburg und Holland zur Zahlung der geforderten Summe bereit erklärten und er sich mit Spanien wegen Überlassung von 2000 Mann verständigt hatte. Wegen der Sicherung der Stadt Trier sollte sich Goeß auf des Kaisers Wunsch an Montecuculi wenden, damit dieser sich mit dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm über die notwendigen Maßregeln berate. So war der Kurfürst denn auf die Seite des Kaisers getreten, der einzige von den Fürsten an der Westgrenze des Reichs. Leopold gab alsbald dem spanischen Vertreter den Auftrag,

[1]) Briefe Karl Kaspars an den Kaiser. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

bei seinem Könige um die Entsendung von 2000 Mann nach der Stadt Trier anzuhalten. Lisola sollte die Bewilligung der monatlichen Unterstützung von 2000 Talern erwirken, der niederländische Vertreter Gambricht sollte bei den Holländern eine solche Unterstützung von 4000 Talern durchsetzen. Hieraus ist zu sehen, daß der Kaiser es aufrichtig mit der Aufnahme des Kurfürsten in das österreichisch-brandenburgische Bündnis meinte.

Auf seinen Befehl ließ Montecuculi 300 Mann vom kaiserlichen Regiment nach Koblenz gehen. Ihnen sollten im Notfalle noch 700 Mann folgen. Auch die Spanier entsandten Truppen und der Gouverneur der spanischen Niederlande Monterey ließ einige hundert Mann ins Trierische einrücken. Daraus schöpften aber die Franzosen Verdacht und ihr General ließ den Kurfürsten wegen dieser Truppensendungen interpellieren. Der Erzbischof befand sich in einer äußerst peinlichen Lage[1]). Die Holländer wollten sich anfänglich nicht zu der vom Kurfürsten geforderten monatlichen Zahlung von 4000 Talern entschließen. Sie wollten nur 3500 Taler geben. Auch über die Maßnahmen des Kaisers war der Erzbischof im Unklaren. Überall verbreitete sich die Kunde vom Anmarsch der Truppen der Verbündeten, aber bei einem unverhofften Anschlag der Franzosen auf Trier oder Koblenz waren die Hilfsvölker doch nicht zur Stelle, und die Besatzungstruppen in Trier und Koblenz waren nicht ausreichend[2]). Die Frage einer definitiven Entscheidung trat immer näher an Karl Kaspar heran.

Mitte Februar erhielt der Agent Heiß den Auftrag, zum Kurfürsten zu gehen und ihm ein Gutachten zu unterbreiten. Seine Stellungnahme dazu solle er dem Marquis de Dangeau mitteilen, der auf dem Rückweg von Heidelberg ihn besuchen werde. Der König versuchte, den Erzbischof zu überzeugen, daß Holland ohne Ursache den Krieg angefangen habe. Der Kaiser und Friedrich Wilhelm zögen ihre Truppen am Rhein zusammen, um Holland zu unterstützen. Um das zu verhindern, habe Turenne am Rhein Aufstellung genommen. Die Kaiserlichen setzten ihre Hoffnung auf Koblenz in der Annahme, hier eine feste Stütze für ihre Operationen zu haben. Wenn nun die Freundschaft des Kurfürsten wahrhaft und aufrichtig sei, dann solle er sie dadurch beweisen, daß er den Rheinübergang den Verbündeten

[1]) Bericht Goeß' an den Kaiser. 21. IV. 1673. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

[2]) Memoire service d'instruction au Sig. Heiß. 15. II. 1673. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

verwehre und gestatte, daß zur besseren Abwehr der französische König eine Mannschaft dort hinlege. Diese werde die trierische Garnison schützen und vor allem Frankreich den wichtigsten Punkt am Rhein sichern. Der König versprach, für den erlittenen Schaden hinreichenden Ersatz zu schaffen und dem Kurfürsten aus allen Kräften beizustehen, falls seine Nachbarn ihn angriffen. Diese Anerbietungen seien edelmütig und der König zweifle nicht daran, daß der Kurfürst auf sie eingehen würde. Sollte Se. Kurfürstliche Durchlaucht dennoch dem Wunsche des Königs nicht entsprechen, dann sollte er die Folgen zu tragen haben; das Verderben des Erzstiftes sei aber die unbedingte Antwort auf einen abschlägigen Bescheid. Karl Kaspar ließ Ludwig XIV. durch seinen nach Paris zurückkehrenden Gesandten Heiß folgendes antworten[1]: „Das Ansinnen der französischen Krone sei derart, daß er sich ohne weiteres nicht entschließen könne, dieses um so weniger, als ihro Königlichen Majestät selbsten wohl bekannt sei, was in diesem Punkte die löblichen des Römischen Reiches Satzungen wie auch der Münsterische und Osnabrücksche Friedensschluß einem so anderen Reichsfürsten erlauben und verbieten und wie es der bis dahero von ihm observierten Neutralität diametro zugegen stehen würde, da ihrer Königl. Majestät in und durch das Reich bis dahero gemachten Durchzug pass und repass nicht gehindert worden, man selbige andern vom Reich durch deren eigene Mitreichsstände sollten verweigert oder disputiert werden, zudem wenn sie sich zu dem bequemten, wodurch sie durch obgemeldete Reichsconstitutiones und Friedensschlüsse obligiert werden. Deshalb finde er für angebracht, um keinem Teile Jalousie zu geben, die Angelegenheit nach Regensburg zu bringen[2]. Er bitte aber den König inständigst, das Erzstift weiterhin mit Kriegsdurchzügen zu verschonen. Sein Land habe dadurch schon einen Schaden von etlichen 100 000 Thalern genommen".

Anfang April erschien der französische Gesandte am Hofe des Kurfürsten. Er verlangte im Namen seines Königs positive und kategorische Entscheidung, ob er den kaiserlichen und brandenburgischen Truppen den Übergang über den Rhein gestatte und sie in die Festung aufzunehmen gedenke oder ob er den Paß und die Festung ihnen verweigern werde. In diesem Falle wolle der König das Erzstift wie seine eigenen Lande verschonen, zur besseren Besatzung der

[1]) 9. 3. 1673. Schreiben Karls an den Kaiser. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

[2]) Instruction für Heiß an Ludwig. 9. März 1673. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

Festung sich zu einer monatlichen Unterstützung von 3000 Thalern verpflichten und den in den trierischen Landen von Turenne angerichteten Schaden ersetzen. Der Kurfürst wich jedoch einer bestimmten Erklärung aus[1]). Er antwortete, weil er seine Mutmaßungen auf die Aussagen anderer Kurfürsten und Fürsten gründe, müsse er zunächst bei ihnen sichere Erkundigung einziehen. Erst dann werde er sich zu der gewünschten Resolution herbeilassen[2]). Durch diese Unterredung kam Karl Kaspar zur Überzeugung, daß Ludwig XIV. genauen Bescheid von den Verhandlungen hatte, die zwischen den Alliierten und ihm schwebten. In eindringlichen Worten wandte er sich an den Kaiser[3]), doch ja mit seiner ganzen Autorität dahin zu wirken, daß das Bündnis möglichst rasch ratifiziert und dem Erzbistum hinreichender Schutz gesichert werde, denn in jedem Augenblicke müsse er eine Überrumpelung seitens Frankreich befürchten, die ihn widerstandslos dem Könige überantworte.

Am 2. Mai ging Heiß an den Pariser Hof. Ihm gab der Kurfürst ein Memorial anstatt der gewünschten Resolution. Zunächst sollte Heiß dem Könige die Frage vorlegen, ob er eine verbindliche Äußerung dahin abgeben wolle, daß er das Erzstift Trier, die Einwohner, Lande und Herrschaften bei einem Durchzuge zu Wasser und zu Lande in keiner Weise berühren und mit Einquartierungen verschonen wolle. Gebe er eine dahin zielende Versicherung ab, dann verpflichtete er sich seinerseits, den Verbündeten das Betreten seines Landes zu verbieten. Auf diese Weise könne wahre Neutralität erhalten werden. Er hoffe, daß der König sich zu einer solch' billigen Verpflichtung herbeilasse, erwarte auch von seinem Gerechtigkeitsgefühl, daß er den von Turenne angerichteten Schaden baldigst ersetze.

Diese Worte Karl Kaspars von der Leyen besagten unter Wahrung aller freundschaftlichen Formen, daß er sich durchaus nicht zum Werkzeug der französischen Krone hergeben wolle. Sie bedeuteten eine offene Sprache zu einer Zeit, in der der Kurfürst sich in einer äußerst schwierigen Position befand. Wohl fiel dem Erzbischof die Antwort schwer, aber mindestens ebenso schwer mochte die Antwort dem König Ludwig auf die trierische Frage sein. Er hat in Worten

[1]) Goeß an den Kaiser, 21. IV. 1673. Urkunden und Aktenstücke.
[2]) Karl Kaspar an den Kaiser, 13. IV. 1673. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.
[3]) Schreiben Karl Kaspars an den Kaiser, April 1673. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

nie auf sie geantwortet. Es gab für Ludwig XIV. nur die eine Antwort der Tat. Was hatte dann der Kurfürst erreicht, wenn er seinem Bistum das Schicksal Lothringens widerfahren ließ? Er verließ sich in echt deutscher Gesinnung auf den Kaiser und den Vertrag, auf den er am 31. Dezember 1672 eingegangen war. Aber bis zum Frühjahr des folgenden Jahres hatte weder Holland noch Brandenburg den Vertrag unterzeichnet.

Um den Kurfürsten nicht, von aller Hülfe entblößt, einem Überfall Frankreichs auszusetzen, erteilte der Kaiser den Befehl, daß das ganze zu Friedberg stehende Kaiserstein'sche Regiment nach Trier ins Erzbistum abmarschiere. In der Befürchtung, daß Ludwig darin eine gegen Frankreich gerichtete Beleidigung sehe, ließ Karl Kaspar durch seinen Gesandten Linker den zu Regensburg befindlichen französischen Vertreter über den Zweck dieses Truppenmarsches aufklären[1]) Er diene nur zur Sicherung des Landes gegen jedweden Eindringling.

Zu derselben Zeit zog sich aber ein Alliierter aus dem Bündnis mit dem Kaiser zurück. Es war Friedrich Wilhelm von Brandenburg. Er schloß, der lässigen Kriegsführung überdrüssig, mit Frankreich den Frieden zu Vossem[2]). Das bedeutete für Karl Kaspar einen schweren Schlag, weil er die monatlichen Subsidiengelder von 2000 Thaler verlor. Dieser Verlust wurde in etwa durch Spanien ersetzt, das sich bereit erklärte, seine Hülfstruppen zu verdoppeln, und dem Kurfürsten sofort 15 000 Taler aushändigen ließ. Um im Notfalle mehrere Bundesgenossen auf der Seite zu haben, trug Karl Kaspar sich mit dem Plane[3]), mit den braunschweigischen Fürsten einen Bund zu schließen. Er schickte einen Bevollmächtigten zu ihnen, um über seinen Eintritt in ihr Bündnis zu verhandeln. Diesem Vorhaben Triers arbeitete indessen die Landgräfin von Kassel mit aller Entschiedenheit entgegen. Sie protestierte gegen seine Aufnahme. Die Versammlung, in der über den Eintritt Karl Kaspars verhandelt wurde, beschickte sie nicht, indem sie als Ursache vorschützte, dem Kaiser sei es mit der Vereinigung der Reichsfürsten zu gemeinsamem Handeln der Reichsverbindung doch nicht ernst gemeint. In Wirklichkeit lag der Grund ihrer Zurückhaltung auf einem ganz andern Felde. Turenne

[1]) Bescheid an Linker, der nach Wien reiste. 11. Juni 1673. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

[2]) v. Erdmannsdörffer I 480.

[3]) Linker an den Kaiser. 11. 6. 1673. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

stand in der Grafschaft Waldeck bei Korbach und setzte alle Hebel in Bewegung, die Landgräfin von dem Eintritt fernzuhalten. Karl Kaspar trat doch in den Bund ein und ließ den Vertrag am 22. Juli 1673 unterzeichnen. Er verpflichtete sich, 1200 Mann zu Fuß und 200 zu Pferd zu stellen. In dieses Bündnis trat auch der Kaiser ein. Im Juli war auch das ganze Kaiserstein'sche Regiment in Koblenz angekommen. Karl Kaspar wurde es zur freien Verfügung gestellt, während die ganze Verpflegung dem Kaiser zufiel. Über das Einrücken dieses Regiments in Koblenz zeigte sich Turenne äußerst entrüstet und gab seiner Erbitterung offenen Ausdruck. Wie er, so dachte auch die französische Regierung.

Plötzlich erhielt der Kurfürst zu Koblenz die Nachricht, daß ein französiches Heer von mehreren Tausend Mann Streifzüge im Westen seines Erzbistums machte, die Dörfer brandschatzte und die arme Bevölkerung ausplünderte. Es verbreitete sich das Gerücht, daß ein Teil der in Lothringen stehenden Armee im Erzstift bleiben sollte, um im Lande zu hausen und sich der Festung Trier zu versichern. Ludwig erteilte dem Abbé Gravelle Befehl, unverzüglich bei dem Kurfürsten anzufragen, ob er dem Kaiserlichen Heere den Rheinpaß verweigere oder nicht. Sofort wandte sich Karl Kaspar an den Kaiser[1]) um Rat und ließ durch seinen Gesandten auf dem Reichstage die große Gefahr schildern, in der das Erzstift sei. Ungefähr 6000 Mann französischer Truppen erschienen in der Umgebung Triers. Um die Stadt und die ringsum liegenden Dörfer vor Einquartierung zu schützen, beschloß der Rat, zwei Abgeordnete in das französische Hauptquartier zu schicken, die „mit Überreichung einiger Präsentien an Wein, Geflügel und Wildpret dahin komplimentieren sollten, daß der Durchmarsch ordnungsmäßig erfolgen solle". Im Lager angekommen erhielten die Abgeordneten vom General de Rochefort den Bescheid, daß zwischen seinem König und dem Kurfürsten Mißhelligkeiten sich eingeschlichen hätten, derentwegen sie sich an Herrn de Tourille wenden sollten. Dieser wies darauf hin, mit welch' höchster Entrüstung sein König vernommen hätte, daß der Kurfürst von Trier gegen die dem Herrn de Dangeau gegebene Erklärung kaiserliche Völker angenommen, dahero ihm von ihrer Königlichen Majestät Befehl erteilt wäre, ohne Verzug mit 6000 Mann in das Erzstift zu gehen. Demnächst müsse er in die Vororte von Trier einrücken und mit einer Deputation über eine geordnete

[1]) Schreiben des Kurfürsten an den Kaiser, 16. 7. 1673. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

Verpflegung verhandeln. Der Befehl gehe dahin, daß jedem Reiter 1 Pfd. Fleisch, ein Quart Wein mit dem dazu gehörigen Brot, sodann genügend Hafer und Heu für die Pferde und Geld für die Soldateska verschafft werde. Im übrigen würde er seiner Ordre gemäß von einem Ort zum andern gehen und Alles nach Anlaß militärischer Libertät aufzehren, dabei auch niemanden verschonen[1]). Das war die Antwort, die die Abgeordneten dem Stadtrat zurückbrachten. Allenthalben durchzogen französische Truppen das Erzstift. Als am 3. August ein Teil bei Tür, einem Dorfe in der Nähe von Mayen, lagerte, erschienen die Herren Jakob von und zu Eltz, Herr von Kempenich und Freiherr von der Leyen bei dem Marquis de la Trousse. Er zeigte ihnen ein Schreiben seines Königs, wonach er Befehl habe, „das Erzstift mit Kriegsmacht zu überziehen und darin nach Gutfinden Quartier zu nehmen und 133 000 Thaler Kriegskontribution zu verlangen. Werde diese Summe bezahlt, dann sollen die Einwohner geschont und gelinde als nur immer möglich behandelt werden". Im Falle einer Weigerung oder kriegerischer Opposition seien sie beordert, im Erzstift zu sengen und zu brennen; nicht nur die Ernte zu vernichten, sondern auch die Weinstöcke an der Mosel abzuschneiden und so die Bevölkerung vollständig zu verderben. Das sollten die Herren ihrem Kurfürsten hinterbringen.

Zu Anfang August wurde die Belagerung von Mayen, Cochem und Münster ernstlich in Angriff genommen und die Bewohner der Trierer Vororte aufs Grausamste behandelt. Die Hauptstärke der französischen Truppen hielt die Conzer Brücke besetzt und rückte immer näher an die Stadt Trier heran. Die Abteien in der Stadt waren dicht von Flüchtlingen angefüllt und über 300 Familien hatten sich bereits nach der Pfalz geflüchtet. Ratlos und ohnmächtig mußte der Kurfürst dem allen zusehen in seiner Festung Ehrenbreitstein. Er schickte seinen Vetter, der ihm von der schriftlichen Ordre Mitteilung gemacht hatte, nach Köln, um den dort weilenden schwedischen Gesandten von dem feindlichen Gebahren zu benachrichtigen. Auch der Bischof von Straßburg, Wilhelm von Fürstenberg, war gerade in Köln. Ihm teilte der schwedische Gesandte von Parr mit, daß dies eine solche Herausforderung sei, daß der Kaiser der Krone Frankreichs den Krieg erklären müsse, da Ursache genug vorläge. Im übrigen sei die kaiserliche Armee schon im Anmarsch. Zugleich schickten die schwedischen Ge-

[1]) Schreiben Karl Kaspars an Köln. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

sandten einen Kourier zu Ludwig XIV., um ihn auf sein rücksichtsloses, allem Rechte hohnsprechendes Vorgehen hinzuweisen[1]). Auch Wilhelm von Fürstenberg schickte ein Schreiben ähnlichen Inhalts an den König und machte ihn darauf aufmerksam, daß er ein solches Verhalten vor Gott und der Welt nicht verantworten könne. Karl Kaspar wandte sich auch an den Kurfürsten von Brandenburg[2]), legte ihm die Greueltaten der Franzosen dar und bat ihn, Ludwig von weiterem Vorgehen abzuhalten oder, wenn das nicht durchzusetzen sei, ihn zu unterstützen. Ihm antwortete Friedrich Wilhelm, daß er, falls die braunschweigische Allianz sich zu seiner Verteidigung entschließen werde, das befürworten werde. In einem Memorial, das der Abgesandte Georg Reinhardt von Breitbach nach Wien überbrachte, wandte sich Karl Kaspar an den Kaiser, daß er endlich von „Amtswegen und der öfters beschehenen Zusage ihm beistehen und so zeigen solle, daß er diejenigen, die ihm verbündet seien, mit Nachdruck unterstütze und nicht ohne kaiserlichen Schutz lasse." Da die Gefahr der Einnahme von Trier durch die Franzosen aufs höchste gestiegen sei, bitte er den Kaiser, beim Generalgouverneur der spanischen Niederlande dahin zu wirken, daß die versprochene doppelte Hülfsmannschaft möglichst bald nach Trier geschickt werde, zumal die Stadt doch ein wichtiger Punkt für die Spanier sei. Sollte der Kaiser jedoch in aufrichtiger Friedensliebe auf einen Waffenstillstand hinarbeiten, dann solle er darauf sehen, daß Ludwig sich zum vollen Schadenersatz des Erzstiftes verpflichte. Der Kurfürst befinde sich in völligem Geldmangel und könne kaum noch den Unterhalt der Besatzung erschwingen. Er bitte den Kaiser, doch die Subsidiengelder für die Kaiserstein'schen Truppen zu schicken, widrigenfalls er sie ihm zurücksenden müsse, so sehr er sie auch benötige. Er müsse sich überzeugen, daß er, der stets wie kaum ein anderer die Reichsinteressen wahrnehme, von allen verlassen sei. Seine eigenen Truppen könne er nicht entlassen, und somit möge der Kaiser gestatten[3]), daß er das Kaiserstein'sche Regiment als das verpflichtete Truppenkontingent zu den braunschweigischen verbündeten Truppen abkommandiere. Be-

[1]) Relation des Barons v. d. Leyen und seine Verrichtung zu Köln. 7. August 1673. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

[2]) 18. Juli 1673. Trier an Brandenburg. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

[3]) Memorial für den trier. Abgeordneten Franz Reinhardt von Breitbach an den Kaiser. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

vor jedoch tatkräftige Hilfe ankam, war das Verhängnis über die Residenzstadt hereingebrochen. Immer enger zogen die Franzosen den Belagerungsgürtel um die Festung. Am Abend des 27. August forderte General St. Claud den Obersten Crouder und beide Stadtbürgermeister an das Simeonstor (Porta nigra). Er teilte ihnen mit, daß sein König ihm Befehl gegeben, die Truppen nach Trier zu legen und die Stadt als Stützpunkt zu befestigen, damit werde den Spaniern der Einzug in die Stadt verhindert, die vertragsmäßig einige 1000 Mann dorthin legen sollten. Von jeder Hülfe entblößt, mußte die Stadt sich der französischen Gewalt fügen; am 12. September 1673 zogen die Franzosen ein.

Eine andere Truppenabteilung hatte sich im Laufe des Herbstes wiederum gegen die Stadt Mayen gewandt und ihre Belagerung in Angriff genommen. Aber die Bewohner hatten sich mit reichlichen Lebensmitteln und mit Kriegsmaterial vorgesehen und leisteten hartnäckigen Widerstand. Unverrichteter Sache mußte der Feind abziehen. Ebenso hatte die Stadt Münster eine hartnäckige Belagerung auszuhalten. Der Kurfürst erreicht dadurch nur Schonung für die beiden Städte, daß sie gegen 11000 Thaler Kriegskontribution erkauft wurde. Indessen wurde diese Zahlung dadurch hinfällig, daß de la Trousse den über diese Summen aufgesetzten Akkord nicht unterzeichnete, worauf auch der Kurfürst seine Bewilligung zurückzog.

Wiederum näherte sich de la Trousse der Stadt Mayen und erzwang von der Bürgerschaft ein hohes Lösegeld. Die Umgegend der Stadt brandschatzte er aufs entsetzlichste, Dörfer und die auf dem Felde stehende Frucht brannten lichterloh und zeigten die grauenvollen Spuren der rauhen Soldateska. Der einzige Kurfürst, der es allein aufrichtig mit der Unterstützung des Erzbischofs v. d. Leyen meinte, war Friedrich Wilhelm von Brandenburg. Als Karl Kaspar ihn von der Lage seiner Untertanen benachrichtigte, sandte er sofort ein Schreiben an Ludwig XIV., in dem er aufs wärmste für das Bistum Trier eintrat und Schonung für die Untertanen erbat.

In dem gleichen Sinne äußerte er sich bei dem in Berlin anwesenden französischen Gesandten Verjus. Er tadelte es mit heftigen Worten, daß sein König einen friedlichen Reichsfürsten, der sich stets neutral verhalten habe, auf eine allem christlichen Denken hohnsprechende Weise behandle. Seinem Vertreter in Regensburg gab er den Befehl, mit allen Kräften darauf hinzuarbeiten, daß endlich der Reichstag bezüglich der Sicherung des trierischen Erz-

stiftes zu einem energischen Entschlusse komme. In der Tat war es die höchste Zeit, daß die deutschen Reichsstände sich aufrafften und sich endlich ihrer Pflicht bewußt wurden[1]). Die Eroberung der Residenzstadt eines deutschen Kurfürsten in Friedenszeit konnte der Reichstag nicht unbeachtet lassen. Auf Betreiben des Kaisers kam der Fall der Stadt Trier zu lebhafter Erörterung. Die Kriegserklärung des Reichs schien aber bei dem langwierigen Getriebe in Regensburg auszubleiben. Deshalb wandte sich der Kurfürst an Brandenburg persönlich um Unterstützung. Zugleich bat er den Kaiser, den Befehl zu erteilen, daß der Ober- und Niedersächsische Kreis seine Truppenkontingente nach dem Westen entsenden sollte[2]), damit man endlich dem französischen Unwesen mit Nachdruck steuern könnte. Wohl sahen die braunschweigischen Fürsten[3]) die Notwendigkeit ein, dem bedrängten Alliierten zu Hilfe zu eilen. Georg Wilhelm, Herzog von Braunschweig und Lüneburg, war dazu bereit und forderte auch die andern Bundesfürsten dazu auf. Aber der Herzog Rudolf August von Braunschweig und Lüneburg und die Landgräfin von Hessen-Kassel, die seit längerer Zeit von Turenne beeinflußt wurden, sprachen dagegen. Auf einer Bundesversammlung könnte die Assistenzfrage behandelt werden, der einzelne sei ohne Bundesbeschluß nicht berechtigt, Hülfe zu schicken. Sie wiesen auf den Reichstag hin, dessen Aufgabe es sei, Abhilfe zu schaffen, und erst auf dessen Vorgang hin sollte man die bundesgenössischen Truppen eingreifen lassen. So war und blieb der Kurfürst ohne Hilfe. Die Franzosen hausten dermaßen in Trier und Umgegend, daß sie selbst bekannten, solche Ausschreitungen nicht einmal im feindlichen Holland verübt zu haben. Sie zwangen die Bevölkerung, selbst Hand an die Befestigung der Stadt zu legen[4]); die herrlichen Obstbestände in der Umgebung der Stadt mußte sie niederhauen, sie wurden zu Verschanzungen verwendet. Ein Domkaplan schrieb an Karl Kaspar: „Wir sind bei Übergabe der Stadt zur Redimierung der Metalle und Glocken um

[1]) 23. September 1673. Brandenburg an den Kaiser. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

[2]) 1. 10. 1673. v. d. Leyen an den Kaiser — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

[3]) Mit denen Karl durch seinen Eintritt in das brandenburgisch-österreichische Bündnis, das durch Braunschweigs Anschluß erweitert war, alliiert war.

[4]) 18. Oktober 1673. Karl an den Kaiser. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

2800 Pfund = 9358 Reichsthaler geschätzet worden, daneben vom 8. September ab mit wirklicher Garnison und jetzo noch mit drei Regimentern zu Fuß und zwei zu Pferd einquartiert, zu deren Subsistenz in den zwei verwichenen Monaten 22327 Reichsthaler beizutragen. Die Hoffnung hat uns erhalten, es würde durch den nach Paris geschickten Gesandten einige Remedierung erfolgen, so ist uns wider Vermuten die Kontinuation monatlich von 13526 Reichstalern angekündigt worden. Notandum, daß über obengenannten Geldgaben täglich jeder Bürger zur Fortifikation der Stadt Trier einen Mann stellen und unterhalten, den einquartierten Reitern und Fußsoldaten auch an Fourage und Munition, wie sie es verlangen, stellen müssen." Der Kurfürst bat den Kaiser durch den Grafen Montecuculi, die Stadt noch vor Jahreswende zurückerobern zu lassen[1]). Im Laufe des Sommers war von Holland der Subsidienvertrag unterzeichnet worden und auch Spanien hatte mit dem Kaiser ein Bündnis gegen Frankreich geschlossen. Der Kurfürst von Brandenburg hatte, wie schon erwähnt, sich indessen aus der Allianz zurückgezogen und mit Frankreich[2]) den Frieden zu Vossem geschlossen. Dadurch war auch der brandenburgische Subsidienvertrag hinfällig geworden. Der Kaiser hatte indes die Garantie der Geldleistung übernommen. Karl Kaspar wandte sich deshalb an ihn und bat ihn, ihm die garantierte Summe von 2000 Taler auszuzahlen. Auch hierbei trat wiederum die Tatsache klar zutage, daß der Wiener Hof unbedacht zu versprechen gewohnt war, ohne an eine Einlösung der eingegangenen Verpflichtungen zu denken. Auf dem Kriegsschauplatze hatte Montecuculi mit Erfolg gekämpft Er hatte Turenne auf das linke Rheinufer zurückgeworfen. Die Stadt Trier mußte die Folgen des französischen Rückzuges tragen. Sofort wurden von den kaum noch leistungsfähigen Bürgern tausend Taler per vim militariam erzwungen und für die nächsten Tage weitere Erpressungen angekündigt. Es hieß nämlich, Turenne wollte in Trier seinen Aufenthalt nehmen und an der trierischen und lothringischen Grenze Winterquartiere beziehen. Montecuculi zog rheinabwärts gegen Bonn, um sich hier mit den holländisch-spanischen Truppen zu vereinigen[3]). Der Kurfürst Karl Kaspar aber hatte sicher erwartet, daß der kaiserliche Feldherr sich nach der Stadt Trier wenden würde. Da dieser seinem Wunsche nicht entsprach, wandte sich der

---

[1]) 10. November 1673. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.
[2]) Erdmannsdörffer, 580.
[3]) Erdmannsdörffer, S. 591.

Kurfürst in mehreren Schreiben an den Kaiser[1]), damit er endlich die Rückeroberung seiner Residenzstadt veranlasse. Zugleich wurde er in der Hoffnung bei Schweden vorstellig, daß dieses als Garant des westfälischen Friedens gegen das aller Reichssicherheit hohnsprechende französische Verhalten einschritte. Die Not stieg in der Stadt Trier im Laufe des Winters und Frühjahrs aufs Höchste. Bitter beklagte sich der Rat beim Kurfürsten über das Elend: „Der Jammer vermehrt sich von Tag zu Tag, indem die armen Bürger und die anderen auf der Arbeit, zu der sie gezwungen, nicht wie Menschen, sondern wie „Bister" traktiert, mit Steinen beworfen, mit Prügeln die Köpfe zerlöchert, die Arme entzweigeschlagen, nunmehr auch die Schöffen und Rat zur Aufsicht und Anfeuerung gezwungen werden; wo man einen und anderen in diesen und anderen Stücken fehl findet oder allein Ursache finden kann, der wird gleich ins Gefängnis gelegt und nicht herausgelassen, er habe denn eine Strafe erlegt und hilft allhier kein Bitten". Dazu ward verboten, auf den außerhalb der Stadt liegenden Mühlen zu mahlen. So konnten die Einwohner kein Mehl bekommen und waren brotlos Hungersnot trat ein und mit ihr unsägliches Elend. Die Stadt war vollgepfropft mit französischen Soldaten, die an allen Enden plünderten und die Häuser niederrissen. Die verlangten Kontributionen konnte die Stadt nicht mehr aufbringen, deshalb wandte sich der Stadtrat an den Kurfürsten, er solle doch der bedrängten Bürgerschaft helfen und die Stadt nicht vollständig dem Untergange preisgeben. Anfang April wurden zu St. Barbara die Häuser (zu Löwenbrücken) niedergerissen und man begann auch schon Hand an das Kloster Maximin und die Karthause St. Alban zu legen. Alles dies geschah auf Befehl Ludwig XIV.[2]). Der Abt von St. Maximin hatte sich nach Luxemburg geflüchtet. Nur die Kirchen wurden geschont, während die umliegenden Häuser und vor allem die Gebäulichkeiten des wohlbefestigten Klosters St. Maximin niedergerissen wurden[3]). Karl Kaspar nahm auf die Klagen des Stadtrates hin wiederum seine Zuflucht zum Kaiser. Auch der Abt bat von Luxemburg aus um den kaiserlichen Schutz. Leopold verstand in tröstlichen Worten seine

[1]) 1. und 5. Dezember 1673. Kurfürst an den Kaiser. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

[2]) 5. April 1674. Karl an den Kaiser. Wiener Akten. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

[3]) 8. April 1674. Abt an den Kurfürsten, Wien. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

Anteilnahme an dem Geschicke des Erzbistums zu bekunden. Von militärischer oder finanzieller Unterstützung sprach er jedoch nicht. Der Kurfürst machte nun dem Kaiser den Vorschlag, ihm wenigstens die Einkünfte der fürstlichen Abtei Stablo und deren zeitliche Administration zukommen zu lassen. Der derzeitige Administrator von Stablo, Egon von Fürstenberg, Bischof von Straßburg, war nach Paris geflohen und vom Kaiser seiner deutschen Besitzungen und Würden verlustig erklärt worden, da er sich vollständig in Frankreichs Arme geworfen hatte[1]).

In seinem Gesuche um Überlassung jener Einkünfte wurde er von dem Kurfürsten Karl Ludwig von der Pfalz unterstützt, der den Kaiser darauf hinwies, daß Trier billigerweise für seinen Schaden durch die Einkünfte jener Abtei entschädigt werden müßte. Im Laufe des Sommers und des Herbstes 1674 trat für die Stadt keine Änderung ein. Von allen verlassen, mußte die Bevölkerung bereits über ein Jahr das unmenschliche Gebahren der Franzosen ertragen. Der Kurfürst saß ohnmächtig in Ehrenbreitstein, wußte nicht Mittel noch Rat, wie er seine Verschanzungen gegen die französische Übermacht auf die Dauer verteidigen werde. Die Holländer hatten sich zur Zahlung der monatlichen Subsidien von 3000 Talern verpflichtet, aber bis jetzt noch keinen Pfennig entrichtet. Vergebens suchte Karl Kaspar durch seinen Gesandten Linker in Wien den dort anwesenden holländischen Vertreter v Hemskircken dahin zu stimmen, daß endlich die fälligen Subsidien, die bereits auf 39354 Taler angelaufen waren, gezahlt würden. Diese sollten der Bürgerschaft der Stadt Trier zugute kommen, denn sie konnte sich nicht mehr zu der monatlichen Leistung von 14000 Talern aufschwingen, welche die französische Besatzung bisher erpreßt hatte. Der Kurfürst bat den Kaiser, doch endlich darauf im Haag zu dringen, daß die rückständigen Gelder entrichtet würden, oder aber selbst die Summe zu zahlen, da der Subsidienvertrag in erster Linie mit dem Kaiser und nicht mit Holland geschlossen worden sei. Der Kaiser habe die Garantie der richtigen Zahlung übernommen und sei also jetzt zur Abtragung der stets wachsenden Schuld verpflichtet[2]). Darauf gab denn auch Leopold seinem Vertreter Gambrich im Haag den Befehl, darauf zu sehen, daß fürderhin die richtige Auszahlung an den Kurfürsten erfolge. Die 39354 Taler sollten in Raten von 18000 oder 15000 Taler innerhalb

[1]) Erdmannsdörffer I 592.

[2]) 8. Mai 1675. Wien. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

weniger Monate abgetragen werden[1]). Zu den französischen Einquartierungen und Durchzügen gesellten sich im Laufe des Sommers die des Herzogs Karl von Lothringen. Er rückte mit einer ziemlich starken Armee vom Niederrhein ins Erzstift. Es war kein einheitliches Heer. Kaiserliche, lothringische, spanische, trierische, münstersche Truppenkörper, die vor allem durch starke Truppenmassen der braunschweig-lüneburgischen Fürsten außerordentlich verstärkt worden waren. Ihr Ziel war Trier. Da aber die Kunde sich verbreitete, ein französisches Heer nähere sich an der Saar aufwärts, um der in Trier liegenden Besatzung zu Hilfe zu kommen, zog Karl von Lothringen an die Saar und stellte sich in der Nähe von Conz den Franzosen unter dem General Crequi zur Schlacht. Vor allem verdankte man den Braunschweigern den entscheidenden Sieg über den Feind[2]). Der französische General de la Trousse wurde gefangen genommen, aber vom spanischen General de Grana in gelinder Gefangenschaft gehalten. Ja, es ging sogar die Rede, de Grana gestatte seinem Gefangenen, nach Philippsburg zu gehen und auch für einige Zeit sich in Frankreich aufzuhalten. Sofort wandte sich Karl Kaspar an den Kaiser und legte durch seinen Abgeordneten Linker v. Lüxenwick gegen solche Behandlung eines Gefangenen Verwahrung ein[3]). Er bat den Kaiser, de la Trousse in strenge Haft nach Ehrenbreitstein bringen zu lassen. Diese Gefangennahme des französischen Generals wollte der Kurfürst für sich ausnützen, um ihn nur gegen hohes Lösegeld freizugeben. Der Kaiser gab hierauf de Grana Befehl, de la Trousse dem Erzbischof auszuliefern[4]). Die Erfolge der verbündeten Armee gaben der Hoffnung Raum, daß endlich die Stunde der Befreiung für die Stadt Trier geschlagen habe. General Crequi hatte sich gleich nach der Niederlage bei der Conzer Brücke in die Stadt Trier zurückgezogen und ließ alle erdenklichen Maßregeln zur Verteidigung treffen. Ihm folgten die siegreichen Truppen unter de Grana und begannen Mitte August die Belagerung der Stadt. Wieder zeichneten sich hierbei die Braunschweiger unter ihrem Führer Hans

[1]) 15. Mai 1675. Der Kaiser an den Kurfürsten. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Treverensia Fasc. I b.

[2]) Schreiben Karl Kaspars an den Kaiser. 1. Oktober 1675. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

[3]) Memorial vom 8. September 1675. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

[4]) Antwortschreiben des Kaisers vom 28. September 1675. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

Adolph von Holstein-Ploen aus[1]). Crequi war entschlossen, die Belagerung bis auf's Äußerste auszuhalten. Aber nach dem bereits 14 Tage lang die französischen Truppen schwere Verluste erlitten hatten, und durch die heldenmütige Haltung der Verbündeten, vor allem der Braunschweiger, die Wiedereroberung der Stadt als sicher anzusehen war, verweigerten die Bedrängten Crequi den Gehorsam und hißten am 3. September eine weiße Fahne zum Zeichen der Kapitulation. Die Übergabe der Stadt erfolgte am 6. September. Genau am gleichen Tage war zwei Jahre früher die Besetzung durch die Franzosen erfolgt[2]). So war die Residenzstadt dem Kurfürsten zurückerobert. Nun galt es, Vorbereitungen zu treffen, daß nicht zum zweiten Male die Franzosen die Stadt in ihre Hand bekommen könnten. Dazu war vor allem eine starke Besatzung nötig. Im Elsaß standen vier Kaiserstein'sche Kompagnien, die der Kurfürst vor einem Jahre wegen Mangel an Proviant hatte entlassen müssen. Diese sollten zunächst in die Stadt Trier verlegt werden. Der Bischof von Münster hatte sich bereit erklärt, einige Regimenter an Karl Kaspar abzulassen, aber nur unter der Bedingung, daß er den Sold und die Unterhaltung übernähme. Zudem wollte Bischof von Galen ein anderes 6000 Mann starkes Kontingent in Aachen stationieren, das die Franzosen hindern sollte, ihre Streifzüge von Maastricht und Limburg aus nach dem Erzstift zu unternehmen. Zur Unterhaltung dieser Truppen sollte das Stift Aachen, Kornelimünster und die in der Eifel gelegenen Grafschaften und Herrschaften beitragen. Das sei für diese weniger drückend, als die Last der Quartiere der kaiserlichen Truppen. Dieses münsterische Heer könnte durch einige tausend Mann verstärkt werden, die der Bischof von Würzburg und Bamberg absenden werde; dazu kämen noch zwei Regimenter und einige tausend Lothringer. Auf solche Macht gestützt, werde man sicherlich im Frühjahr große Erfolge erzielen und den Kriegsschauplatz in das Gebiet von Metz, Toul und Verdun verlegen können. Karl Kaspar war ganz mit dem Vorschlag von Münster einverstanden. Er übersandte dem Kaiser eine Liste der Graf- und Herrschaften, die für den Unterhalt der münsterschen Truppen in Frage kamen; für die Verpflegung der in Trier stehenden Truppen wollte er selbst aufkommen,

---

[1]) Schreiben des Kurfürsten an den Kaiser. 3. November 1675. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

[2]) Schreiben Karls an den Kaiser. 4. September 1675. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

solange es in seinen Kräften stände[1]). Leopold schien dem Vorschlag, der von Münster ausging, nicht abgeneigt zu sein und gab Generalfeldmarschall Montecuculi Befehl, über das Anerbieten und den Plan des Bischofs im Kriegsrat zu verhandeln[2]), damit von dem kommenden Feldzug im Frühjahr 1676 Ersprießliches erwartet werden könnte.

Der Bischof von Münster und der Herzog von Braunschweig-Lüneburg entsandten denn auch Mitte November ihre Truppen nach Trier, um den Winter über dort zu bleiben. Auch an Braunschweig hatte Graf von Sternberg vom Kaiser den Auftrag zu übermitteln, die in der Wetterau stehenden braunschweigisch-lüneburgischen Regimenter nach Trier zu legen. Karl Kaspar suchte den Unterhalt für die Truppen dadurch herbeizuschaffen und sich für den erlittenen Schaden in etwa zu entschädigen, daß er ziemlich hohe Kontributionsforderungen den von den Verbündeten besetzten französischen Gebieten auferlegte und von seinen Truppen eintreiben ließ. Dagegen erhob der spanische Intendant de la Matière Einspruch. Er erschien persönlich von Luxemburg aus bei dem Kurfürsten, um ihm entschieden solche Repressalien im Namen seines Königs zu verbieten, da das berührte Feindesland den Spaniern gehöre und infolgedessen unter der Protektion seines Königs stehe. In gerechter Entrüstung über dieses spanische Veto wandte sich Karl Kaspar an den Kaiser. Er wies darauf hin, daß über 3 Jahre hindurch sein Erzstift den grausamsten Plünderungen, tyrannischer Einäscherung der Dörfer, Hinwegschleppung der Untertanen usw. ausgesetzt gewesen wäre, während er mit gebundenen Händen dem allen hätte zusehen müssen; damals hätte niemand für ihn eingegriffen, er, der trotz aller Gefahr für des Reiches Interesse eingetreten sei, könne nicht verhindert werden, jetzt die Gelegenheit zu benützen und sich Entschädigung für seine bedrängten Untertanen geben zu lassen. Er bitte den Kaiser, von höchsten Amtswegen bei der Krone Spanien und dem Generalgouvernator de Grana nachdrücklich dahin zu wirken, daß er in den Gegenforderungen der Kontribution aus des Feindes Land nicht nur nicht gehindert, sondern ihm vielmehr hilfreiche Hand geboten werde[3]). Auf des Kaisers Vermittelung

[1]) Schreiben vom 1. Oktober. Karl Kaspar an den Kaiser. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

[2]) Kaiser an den Kurfürsten. 3. November 1675. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

[3]) Karl an den Kaiser. 16. Januar 1676. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

hin erschien nach einigen Wochen der Duca de Villa Hermosa im Auftrage des spanischen Intendanten zu Luxemburg, um dem Kurfürsten eine geregelte Verproviantierung seiner Truppen auf Kosten des feindlichen Landes zu gestatten. Im Laufe des Januar 1676 berief der Bischof von Münster seine Regimenter ab. Auch die braunschweigischen Herzöge ließen ihre Truppen abrücken, um sie gegen die Schweden zu verwenden. An ihre Stelle rückten zwei holländische Regimenter ein. Leopold gab dem Generalfeldmarschall de Grana Befehl, 9 Kompagnien nach Trier zu legen, damit die Stadt genügend Besatzung habe[1]). General de Grana gab jedoch in einem Schreiben an den Kurfürsten zu verstehen, daß er unmöglich 9 Kompagnien entlassen könne; eine solche Schwächung dürfte er nicht zugeben. Vier Kompagnien wolle er ihm überlassen und auch die 300 Waldecker, die zu seinem Heere kommen sollten. Zur selben Zeit wurde dem trierischen Gesandten von den Generalstaaten und dem Gouverneur der spanischen Niederlande Graf de Monterey mitgeteilt[2]), daß sie im Falle eines Angriffs auf Trier unmöglich Hilfe schicken könnten. Ende Februar ging Freiherr von der Leyen im Auftrage seines kurfürstlichen Vetters persönlich nach Wien zum Kaiser, um über die schwierige Lage des Erzstiftes und vor allem der Residenzstadt Trier Aufklärung zu geben. Durch die Besatzung sei die Stadt Trier nicht hinreichend geschützt. Außer den erzstiftischen Truppen befänden sich noch die 2 Regimenter aus Holland unter dem Obersten de Wel, dann ein spanisches Regiment unter dem Obersten von Eltern. Letzteres hätte aber durch die Eroberung sehr gelitten und würde täglich schwächer, weil die Soldaten wegen schlechter Besoldung die Fahne verließen. Aus diesem Umstande erwüchse die nicht geringe Befürchtung, daß bei einem unverhofften Angriff der Franzosen die Stadt wiederum fallen werde, zumal da die Fortifikation bei weitem noch nicht zu Ende geführt wäre. Französische Soldaten hätten in vielen Orten Magazine zur Aufbewahrung des Proviantes errichtet, sie versicherten sich fester Plätze wie Zweibrücken, Kerkel, Lichtenberg und anderer mehr. Auf diese Weise zögen sie einen großen Festungskranz um die Stadt Trier und schnitten ihr den Verkehr mit Koblenz ab. Vom Niederrhein konnten keine Hilfstruppen nach Trier gelangen, da die starken zu Maastricht,

[1]) Schreiben Leopolds an den Kurfürsten. 29. Januar 1676. — K. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

[2]) Kurfürst an den Kaiser. 13. Februar 1676. — K. u. K. H. H. u. St. Wien. Trev. Fasc. I b.

Lüttich und Limburg stehenden Truppenkörper jedwede Unterstützung von dieser Seite abhielten. Deshalb bäte der Kurfürst den Kaiser, dem Generalfeldmarschal de Grana dahin Befehl zu geben, daß er einige tausend Mann kaiserlicher oder andere Hilfsvölker in die Stadt Trier abkommandiere. Sollten die Franzosen ihre Kriegsoperationen im Frühjahr anderswohin lenken, dann sollten diese Völker ins Feld zurückkehren. Die Verpflegung übernähme die Bevölkerung, wenn sie ihr auch schwer fiele, um nicht noch einmal dem Feinde in die Hände zu fallen. Sodann sollten in Trier und Koblenz große Magazine errichtet werden, ferner mache der Kurfürst den Vorschlag, eine zweite Armee am Mittelrhein aufzustellen, in der Nähe von Koblenz oder Trier, damit die vom Feinde besetzten Ortschaften in Zweibrücken und an der Saar zurückerobert und der Kriegsschauplatz in Feindesland verlegt werden könnte. Auf diese Weise würde endlich den feindlichen Einfällen ein Ziel gesetzt werden. Von Limburg aus hätten mehrere tausend Mann wieder einen Raubzug in das Erzstift Trier unternommen und der armen Bevölkerung ungeheure Kriegslasten aufgebürdet. Der Kurfürst hätte eine Abordnung nach Maastricht geschickt und zu seinem Leidwesen die französische Forderung gewähren müssen, eben weil er ohne Hülfe gewesen. Im übrigen sei man an ihn herangetreten, mit Frankreich sich über einen Neutralitätsvertrag zu einigen. Ludwig verpflichte sich gerne, alle Belästigungen des Erzstifts einzustellen. Obschon bei dem Domkapitel und bei der Bürgerschaft Frankreichs Vorschlag Beifall gefunden, so werde er es doch nicht eher tun, bis auch der Kaiser zu Gleichem sich entschließen werde. Es werde der Kurfürst von aller Verpflichtung gegen den Kaiser und das Reich in keinerlei Weise sich ableiten lassen, bei dem Reich für das alles das aufzusetzen, ungeachtet aller bisher ausgestandenen Verfolgungen, allen Elends und Ungemachs, was von einem treuen und dem Kaiser und dem Erzhaus ganz devotierten Kurfürsten immer mag erfordert und erwartet werden, wenn er nur sich zu lebenslänglicher Hülf in der drohenden und vor Augen schwebenden Gefahr sich zu getrösten hätte. Er bitte noch einmal dringend um Zusendung einiger tausend Mann, die dann, sobald die Gefahr beseitigt wäre, anderswo Verwendung finden könnten.“ Freiherr von der Leyen wurde freundlich vom Kaiser empfangen. Leopold willfahrte gerne dem Wunsche seines treuesten Kurfürsten und erteilte dem Herzog von Lothringen, der an Stelle des Grafen Montecuculi getreten war, den Auftrag, aus dem fränkischen Kreis 2000 Mann nach der Stadt Trier abrücken zu lassen. Im April

des Jahres 1676 war die Besatzung der Stadt über 7000 Mann stark, und der Kurfürst durfte der Hoffnung sein, daß seine Residenzstadt nicht so bald wieder in Feindeshand geriete. Bis zum Friedensschluß hatte das Kurfürstentum in der Tat leidliche Ruhe, der Kriegsschauplatz war näher an den Niederrhein verlegt worden. Schon Ende 1675 wurden die ersten Friedensunterhandlungen gepflogen; sie zogen sich jedoch bis 1678 hin und fanden im Vertrag von Nymwegen ihren Abschluß. Den Frieden erlebte Karl Kaspar nicht mehr. Körperliche Unpäßlichkeit warf ihn im April 1676 aufs Krankenlager, von dem er sich nicht mehr erheben sollte. Nach zweimonatlicher Krankheit starb er am 1. Juni 1676 im vierundzwanzigsten Jahre seiner kurfürstlichen Regierung.

Rückblick.

Keiner der Zeitgenossen hat sich über Karl Kaspar von der Leyen eingehender ausgesprochen. Nur eine Leichenrede, wie sie auch unbedeutenderen Männern gehalten wird, berichtet über ihn. Bei der Beurteilung seines Charakters, seiner Neigungen und Eigenschaften, sind wir daher einzig auf sein staatsmännisches Planen und Handeln angewiesen. Nur beiläufig und selten lassen sie uns dann einen tiefen Einblick in sein Inneres tun. Karl Kaspars Äußeres war sehr ansehnlich. Er war hoch gewachsen; seine Körperfülle war ihm beschwerlich. Aus einer Äußerung des französischen Gesandten Maréchal de Grammont und aus anderen Notizen darf man schließen, daß er gerne nicht schlecht lebte und einen guten Tropfen nicht verachtete[1]. Daß er sich im Übermaß sinnlichen Genüssen hingab, ist aber durchaus nicht erwiesen. Im Verkehr von Mensch zu Mensch war von der Leyen wohlwollend. Gegen jedermann war er gütig und herablassend. Gerne sah er Freunde um sich. Seiner Familie bewahrte er sein ganzes Leben hindurch eine treue Anhänglichkeit. Diese blieb bei ihm nicht nur Gesinnung des Herzens; daß er sie betätigte, zeigte die Tatsache, daß ein Verwandter unter ihm Domkapitular war und sein Neffe Hugo v. Orsbeck sein Nachfolger wurde. Sein Leben als Priester war makellos. Wenigstens erheben seine Gegner nie Vorwürfe dieser Art gegen ihn, auch nicht zu Zeiten, wo diese ihm hätten schaden können. Aus seinen Briefen spricht stets der gottesfürchtige Mann. Man darf annehmen, daß nicht allein der Wunsch und Rat der Eltern oder die aus dem Mittelalter übernommene Sitte adliger Familien, jüngere Söhne im geistlichen Stande standesgemäß zu versorgen, sondern daß innerer Beruf und

[1]) Lélecteur est un homme qui par rapport à l'esprit était brullé avec le sens comme un sans erudition point étude et avait une aussi faible connaissance d'affaires de l'empire que de siennes propres. Il excellait dans la connaissance de bon vin dont il buvait si grande quantité et pendant tout le temps qu'il faisait avouer ci ceux qui buvaient avec lui, qu'il était très difficile de lui tenir tête. Lettres de Mazarin VII S. 522 Anm.

Herzensneigung ihn zur geistlichen Laufbahn bestimmten. Gegen diese Annahme spricht auch nicht die Bemerkung des französischen Gesandten, der seine Trinkfestigkeit rühmt. Direkte Exzesse erwähnt auch er nicht. Seine priesterliche Würde scheint er auch nicht bei Gelagen und Festlichkeiten außer acht gelassen zu haben. Seine bischöflichen Pflichten erfüllte er sorfältig. Dem Papste war er ein gehorsamer Diener, seinem Klerus ein guter Herr[1]). Er sah bei der Geistlichkeit auf Bildung und sittenreinen Lebenswandel. Den Chorgesang brachte er wieder zu neuer Blüte. Von den Geistlichen verlangte er vor ihrem Amtsantritt ein Examen ihrer sittlichen und wissenschaftlichen Reife. Um dem adligen Nachwuchs im Trierer Klerus eine Gemeinstätte und Bildungsanstalt zu verschaffen, gründete er die Adelsschule in Trier. (Seminarium St. Lambert 1667)[2]). Die im 30jährigen Kriege zerfallenen oder zerstörten Gotteshäuser ließ er aufbauen und suchte Glauben und Gottesfurcht im Volke zu heben. Seine einflußreiche Stellung als Erzbischof von Trier benutzte er auch, wie viele Kirchenfürsten in Mittelalter und Neuzeit vor ihm getan, um seine Familie zu heben. Wie ihn nicht zuletzt Familienbeziehung zu seinem hohen Amte emporgetragen, so suchte er auch seinerseits, wie schon gesagt, angesehene Stellungen ihr im Trierer Klerus zu verschaffen. Daß er aber in dieser Beziehung das erlaubte Maß überschritt, dafür finden sich keine Anhaltspunkte. Daß Milde und Nachgiebigkeit bei ihm mit der nötigen Energie und Strenge gepaart waren, zeigt er auch in seiner landesherrlichen Regierung. Er respektierte die Rechte der Landstände, auch wenn sie ihm unbequem waren. Wo er sich im Rechte glaubte, war er zäh und unnachgiebig. Er hatte keine absolutistischen Neigungen wie seine Vorgänger. Seine Stelle als Landesherr faßte er wie ein mittelalterlicher Fürst auf, nicht wie viele seiner begabteren Standesgenossen, die in ihrem Lande das moderne Regierungssystem des Absolutismus einzuführen suchten. Seinen Untertanen war er ein gütiger Landesvater, dem die Leiden des Volkes sehr zu Herzen gingen. Die Klagen über das Los seiner Bevölkerung verstummen in den schweren Zeiten nie. Die Wunden, die der Krieg geschlagen, suchte er zu heilen. Gerne brachte er persönliche Opfer. Jedem Bürger, der ein Haus in der Stadt aufbaute, billigte er Steuer-

---

[1]) Siehe Blattau III. 110—115. — Siehe Verordnung 4., 14. 7. 1659. — Siehe Verordnung 4. 1667.

[2]) Blattau III. 109 ff. — Hontheim, Historia diplom. III. 779. — Leonardy.

ermäßigung zu[1]). Die harten Züge des modernen Staatsmannes, der Realpolitik treibt, finden sich in seinem Charakterbilde so gut wie gar nicht. Er stand fest auf dem Boden des Mittelalters und wurde sich des Umschwungs der Verhältnisse, den die mit dem westfälischen Frieden beginnende Neuzeit mit sich brachte, gar nicht bewußt. Er lebte in dem Glauben, daß das alte Reich der Staufer noch in den ursprünglich vorgezeichneten Bahnen lebe. Seine Politik war die des Friedens. Von der Leyen hatte zwar für die äußere Politik den Scharfblick seines Vorgängers, aber er besaß nicht den martialischen Sinn und die Neigung eines Philipp von Sötern, sich an der großen europäischen Politik zu beteiligen. Deshalb lenkte er sein Augenmerk nicht so sehr auf großzügige politische Spekulationen, als vielmehr auf die innere Konsolidierung und Kräftigung seines Territoriums. Zwar wurde er oft gegen seinen Willen in das schwankende Gewoge jener politischen Zeitläufe hineingerissen, aber er blieb stets zurückhaltend und im Gegensatz zu seinem Vorgänger reichstreu. Wir müssen ihm die Anerkennung zollen, daß keiner seiner Mitfürsten so treu zu seinem Kaiser gehalten hat wie er. Zweimal gab er dem angestammten Kaiserhause seine Stimme. Soweit es in seiner Macht lag, trat er stets für das österreichische Erzhaus ein und betonte sein überliefertes Recht auf die Krone. Daneben versuchte er mit dem allgewaltigen Nachbarn Ludwig XIV. freundnachbarliche Beziehungen aufrecht zu erhalten. Hierzu veranlaßte ihn die Schwäche seines Kurfürstentums. Eine selbständige Politik zu treiben, wie es der Kurfürst von Mainz. Friedrich Wilhelm von Brandenburg, und selbst der Bischof von Münster Bernhard v. Galen im stande waren, daran hinderte ihn die Lage an des Reiches Grenze; dazu fehlten ihm die erforderlichen finanziellen und militärischen Kräfte. Er wollte sich aber auch nicht als Werkzeug Ludwig XIV. hergeben. Das beste Zeugnis seiner reichstreuen Gesinnung legte er gerade in der Zeit ab, in der er allein es wagte, sich offen dem Kaiser anzuschließen. Als Ludwig XIV. das Erzstift in die größte Not stürzte, als seine Residenzstadt selbst in Feindeshand gefallen war, schrieb er an den Kaiser: „Und gleich ich von Anfang der von mir angetretenen kurfürstlichen Regierung getreuest dahin gesehen, womit ich Euer Kaiserlichen Majestät und dero hochlöblicher Erzhaus höchste Ehr Glorie und Wohlfahrt schuldigst fürdern und beobachten möchte, als werde ich unausgesetzlich bis zu meinem Lebensende damit gehorsamst fortfahren, noch mich durch gegenwärtige oder

[1]) Hontheim III. 670.

neue Zufälle daran im geringsten irre machen lassen." Seine felsenfeste Treue zu Kaiser und Reich besingt im Jahre 1679 ein Geistlicher in lateinischen Distichen; Karl Kaspar legt gewissermaßen sein politisches Testament nieder, wenn der Verfasser ihn reden läßt:

Fest wie der Fels steh' ich, Reich bindet mit ewigen Bande
Habsburgs Haus an das Reich. Krähe nur, gallischer Hahn!
Fels bin ich, und auf felsigem Boden nicht Lilien wachsen.
Hoch auf felsigem Boden hauset das Adlergeschlecht.
Sei auch Habsburgs Fürst von allen Deutschen verlassen,
Karl allein wird ihm einzig ein Tröster noch sein.
Eherne Waffe nicht bricht, noch sprenget goldene den Felsen.
Dein, o Kaiser, bin ich, ewig auch werd' ich es sein.
Stürme, verwüste die Welt, zertrümmere sie, gallischer Kräher.
Fest, unerschüttert der Fels stehet, wo immer er stand.
Du, o Leopold, bleibst stets meines Herzens Stolz.

Lebenslauf.

Geboren wurde ich, Jakob Lehnen, kath. Confession, am 5. Juni 1885 zu Hohenfels (Kr. Daun) als Sohn des Mühlsteinfabrikanten Nicolaus Lehnen. Ich besuchte zunächst die Volksschule in meiner Heimat, dann das Gymnasium zu Prüm, das ich Ostern 1906 mit dem Zeugnis der Reife verließ.

Ich wandte mich sodann dem Studium der Geschichte und der alten Sprachen zu und studierte in Bonn von 1906—1907 im Herbst, dann in Straßburg bis zu meinem Staatsexamen, das ich im Sommer 1911 bestand. Zur Ableistung meines Seminarjahres wurde ich dem Realgymnasium zu Krefeld überwiesen, kam dann nach Essen, um am Realgymnasium mein Probejahr abzulegen. Im Sommer 1913 promovierte ich vor der philosophischen Fakultät der Kaiser Wilhelms-Universität zu Straßburg. Meine Lehrer in der Geschichte waren die Herren Professoren Schulte, Nissen, v. Bezold und Ritter in Bonn, Bresslau, Neumann, Spahn und Wiegand in Straßburg.

Allen, die mir bei der Arbeit behilflich gewesen sind, spreche ich meinen Dank aus, besonders Herrn Geheimrat Prof. Dr. Wiegand, auf dessen Anregung sie entstand, und der mir bei ihr mit Rat und Tat vielfach zur Seite stand. Dank zolle ich dann Herrn Prof. Dr. Spahn für seine mir öfters erteilten Ratschläge, dem Direktor des Bezirksarchivs zu Straßburg, Dr. Kaiser, den Herren Direktoren der kgl. Staatsarchive, Herrn Geheimrat Dr. Reimer in Koblenz, Herrn Geheimrat Dr. Ilgen in Düsseldorf und Herrn Geheimrat Dr. Philippi zu Münster.